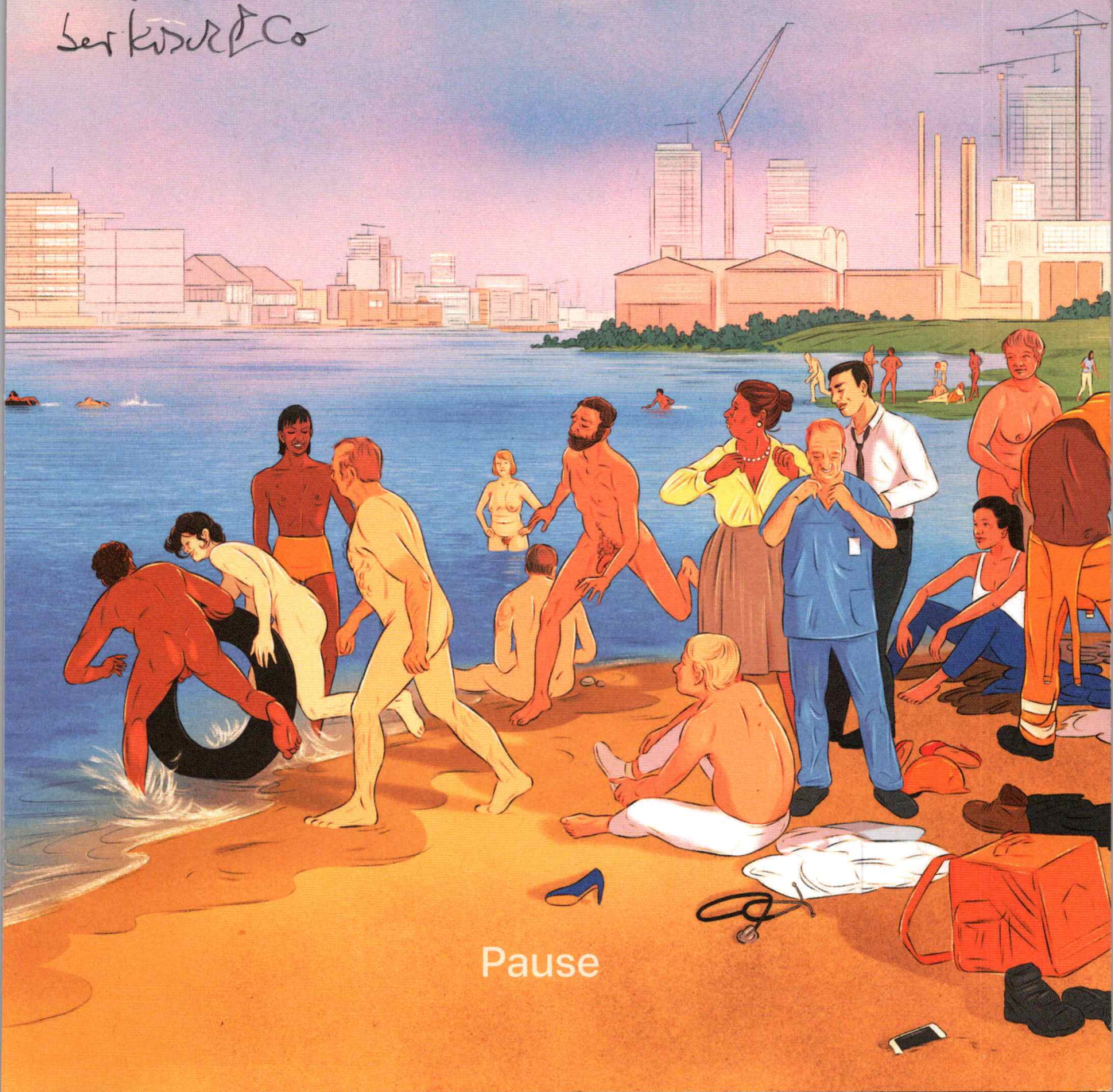


JACOBIN

gk/jr
10.8.21
Ser Kunst & Co



Pause



*Wer den ganzen Tag arbeitet, hat
keine Zeit, Geld zu verdienen.*

— John D. Rockefeller



Titelillustration von
Isabel Seliger / Sepia

Pause

Zugegeben, das Cover dieser Ausgabe ist eine Mogelpackung.

EDITORIAL Ole Rauch

Neulich schrieb ein Redakteur einer Wirtschaftszeitung, wir würden in ein paar Jahrzehnten alle rund ein Viertel weniger arbeiten. Er frohlockte: »Auf dass es uns allen möglich sein werde, ›morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden«, wie Karl Marx so schön träumte.«

Wir erleben gerade eine groteske Zeit, in der ein Großteil der Menschen in Arbeit ersäuft (oder um sie bangen muss oder keine bekommt), während ausgerechnet das *Handelsblatt* von Arbeitszeitverkürzung und weniger entfremdeter Arbeit träumt. Aber wo soll das beides herkommen?

Die Gewerkschaften und die Linke wirken seit Beginn der Pandemie wie erstarrt, oder schlimmer noch – wenn man sich die Linkspartei ansieht –, wie gefangen in einer endlosen Spirale interner Zerwürfnisse. Der Dramatiker Peter Hacks schrieb einmal über die Antideutschtümelei des Publizisten Hermann Gremliza: »Es ist politisch nicht geschickt, in Deutschland als Deutschenhasser aufzutreten. Viele Leser stört, wenn man sie wissen läßt, daß man sie haßt.« Dasselbe gilt, wenn man für eine linke Partei antritt, um linke Politik zu machen, dann aber zu einem Kreuzzug gegen eine alles dominierende »Lifestyle-Linke« antritt, während die SPD brav ihre letzte GroKo absitzt und die Grünen sich auf's gemeinsame Regieren mit der Union einschunkeln.

Neben jenen, die von der Arbeit anderer leben können, und der gut situierten Mittelklasse

gibt es auch in unserer Gesellschaft einen »dritten Stand«, dessen Interessen auf Seiten der Entscheidungsträger selten Beachtung finden. Teile dieser Klasse wurden nach Jahren schlechter Bezahlung und Überarbeitung unlängst als »systemrelevant« gerühmt. Neu ist daran nichts. Der Staat wird, in Kriegen genauso wie in Pandemien, zum Rollator der Wirtschaft – und der Pfleger, die Kindergärtnerin und der IT-Techniker sollen ihn auf eigene Kosten schieben, wenn es kritisch wird.

Das System aber, für dessen Reproduktion Menschen auf einmal relevant sind, soll bleiben. Die Ungleichheitsmaschine läuft weiter: Arbeitgeber geben keine Arbeit, sie nehmen. Arbeitnehmer nehmen keine Arbeit, sie geben. Das wissen alle, die nicht auf den Kopf gefallen sind.

Aber diese Einsicht allein ändert noch nichts.

Sozialer Fortschritt fällt nicht vom Himmel, sondern wurde, seit die Menschen sesshaft wurden, erkämpft, egal ob gegen Dorfhäuptling, Sklavenhalter, Baronesse, Fabrikant, Managerin, Finanzminister oder Shareholder. Und die sind meist unbeeindruckt von feurigen Leitartikeln, Petitionen oder Aufrufen. Deshalb gilt: nicht auf den Enthusiasmus bauen, sondern auf das Interesse.

Das Interesse, nicht fremdbestimmt und nicht nur arbeiten zu müssen, ist das Thema dieser Ausgabe. Das Wort »Urlaub« stammt aus dem Mittelalter und bedeutete damals die »Erlaubnis, sich zu entfernen«. Dieses Heft ist für den Urlaub, egal ob im Park, am See oder am Strand, bevor alles wieder wird, wie es vorher war – und es ist eine Denkpause, um zu überlegen, wie es schöner, gerechter und demokratischer zugehen könnte. Gute Reise! 7

*Der Staat
wird zum Rollator
der Wirtschaft –
und wir alle sollen
ihn schieben.*

The Internet Speaks

Weil Kommunikation das Herz
einer guten Beziehung ist

Kein Fleischsalat

@Antikalypse

Kein Staat. Keine Gesellschaft. Kein Jacobin Magazin.

Gibt's auch als Poster

@gresija

männer haben ein jacobin abo, weil das cover hübsch aussieht, statt zur therapie zu gehen

Zu meta

@floderien

Aber kA mein Verständnis ist halt auch, das wir uns in einem »metamodernen« Moment befinden, was ich auf der Linken in tankies oder jacobin sehe.

Die Guillotine auch: shop.jacobin.de

@HansHermannHir1

Naja, wer seine Zeitschrift »Jacobin« nennt, dem erscheint natürlich alles unterhalb der Guillotine als zu unradikal.

Das ist in materieller Erfahrung begründete Einsicht in die objektive Notwendigkeit

@Demokra99596067

da habt ihr ne meinung, aber die meinung stimmt halt nicht

Jugo-Spaces gehörten nie zur Sowjetunion, Kollege

@pekulium

Balkanurlaub ist für die Jacobin Crowd immer direkt ein Erforschen von Post-Soviet Spaces

Die sozial-ökologische Transformation der Vielen von unten

@LoomInext

Warum verbindende Klassenpolitik nur intersektional geht erläutere ich in meinem Debattenbeitrag in der neuen JACOBIN

Unsere Empfehlung: Schnell Subventionen abgreifen, solange es noch Staaten gibt!

@lambert_to

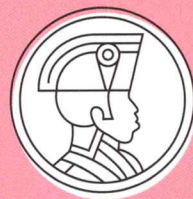
Leserbrief:

Liebes @jacobinmag_de, das bei Ihnen beworbene Bunkersystem zum Schutz von mir und meiner Familie hat sofort mein Interesse geweckt. Ich habe mich bereits über staatliche Förderangebote informiert. Vielen Dank und weiter so!

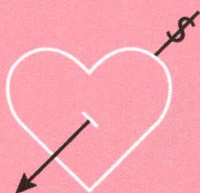
Ihr...

P.S. I <3 Ásynjur Bunker





Citoyens



JACOBIN ist eine führende Publikation der sozialistischen Linken. Wir bringen Euch scharfe und lesbare Analysen zu Politik, Wirtschaft und Kultur. 2011 in New York geboren, erscheint JACOBIN auf Englisch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch – und seit Mai 2020 auch auf Deutsch.

 *Jetzt abonnieren unter jacobin.de/abo*

Redaktion

Herausgeber:	Ole Rauch
Chefredakteurin:	Ines Schwerdtner
Chefin vom Dienst:	Astrid Zimmermann
Lektorat:	Thomas Zimmermann
Redaktion:	Loren Balhorn, Linus Westheuser, Ilker Eçilmez
Ko-Redaktion:	Pujan Karambeigi, Matthias Ubl, Fabian Vugrin
Kolumne:	Alexander Brentler, Franziska Heinisch
Praktikum:	Jonas Junack
Office:	Adelaide Ivánova, Lukas Scholle

Gestaltung

Creative Director:	Andreas Faust
Art Direction:	Andy King, Marie Schwab, Markus Stumpf

Contributors

Christian Baron, Katy Fox-Hodess, Wolfgang M. Schmitt, Andy King, Anna Schors, Göran Therborn, Freg J. Stokes, Fabian Vugrin, Aaron Benanav, Astrid Zimmermann, Alexander Brentler, Luna Wolters, Thomas Zimmermann, Ines Schwerdtner, Ole Rauch, Jonas Junack

Fotografie:	Nick Jaussi, Paul Lovis Wagner
Illustration:	Isabel Seliger / Sepia, Anton Ohlow, Bartholomäus Zientek, Zane Zlemeša, Paul Paetzel, c/o now (Andrijana Ivanda, Duy An Tran, Tobias Hönig, Markus Rampl, Paul Reinhardt)
Comic:	War and Peas, Lukas Weidinger



40

Den Laden am Laufen halten

Fünf »Systemrelevante« sprechen mit JACOBIN über ihre Erfahrungen in der Krise.

80

700 Jahre Seuchen

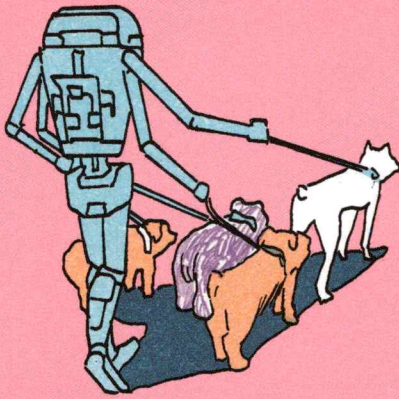
Freg J. Stokes erzählt die Pandemiegeschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen.



56

Fiverr-Träume

Wie heiß es in der Hölle der Kreativarbeit werden kann, weiß **Andy King** aus eigener Erfahrung zu berichten.



70

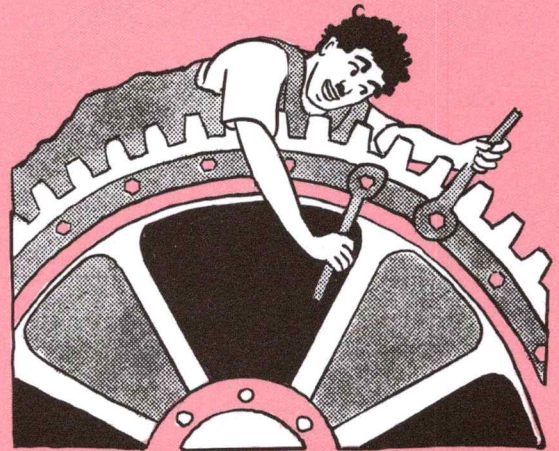
Die Roboter nehmen uns die Jobs nicht weg

Woran es wirklich liegt, wenn wir keine Anstellung finden, erklärt **Aaron Benanav** im Interview.

104

Wollen wir wirklich Arbeitern beim Arbeiten zusehen?

Vom Kino über die Klassengesellschaft können wir mehr erwarten, meint **Wolfgang M. Schmitt**.



#5 Pause

Am Pranger

- 8 Von 1.000 Babyschildkröten überlebt nur eine *Fabian Vugrin*
- 10 Ich liebe den Fußball, aber der Kapitalismus hat ihn unter sich begraben *Jonas Junack*

Schwerpunkt: Pause

- 12 Arbeit, alles Arbeit *Ines Schwerdtner*
- 18 Geld arbeitet nicht *Alexander Brentler*
- 24 Das deutsche Modell hält nicht ewig *Fabian Vugrin und Alexander Brentler*

- 32 Was die Welt zusammenhält *Katy Fox-Hodess*
- 52 Die Politik der Anerkennung ist gescheitert *Ines Schwerdtner*
- 66 Angst vorm Abstieg *Göran Therborn*
- 88 Für ein Recht auf echte Faulheit *Alexander Brentler*
- 90 Lauter kleine Diktaturen *Thomas Zimmermann*
- 96 Von unten sieht alles ganz anders aus *Christian Baron*
- 102 Dolly Parton hat uns verraten *Astrid Zimmermann*

Kulturpalast

- 108 Die revolutionäre Komponistin *Anna Schors*

Kleine Freuden

- 2 The Internet Speaks
- 6 Der Arbeitstag
- 28 Hendl your business *Lukas Weidinger*
- 78 Der Park der Zukunft *c/o now*
- 101 Work hard, play hard *War and Peas*
- 110 Luna Wolters' Horoskop

Der Arbeits

ILLUSTRATION Markus Stumpf

(Idealtypische Darstellung)



Eine Barista in einer Kaffeehauskette hat nach 31 Kaffees so viel Gewinn erwirtschaftet, wie sie am Tag an Lohn verdient. Sie hat für dieses Geld gearbeitet und kann damit jetzt tun und lassen, was sie will.

Aber ihr Arbeitstag ist damit noch lange nicht zu Ende. Bis zu ihrem Feierabend wird sie noch 219 weitere Kaffees ausschenken.

tag

Wir denken, wir werden an einem
Achtstundentag für acht Stunden Arbeit bezahlt.
In Wirklichkeit arbeiten wir nur einen Bruchteil
dieser Zeit für unseren Lohn.



Mit dem Gewinn aus diesen Verkäufen kann der Besitzer der Kaffeehauskette tun und lassen, was er will, auch ohne dafür gearbeitet zu haben. Die Baristas, die er beschäftigt, haben keinen Einfluss darauf, was mit diesen Erträgen ihrer Arbeit geschieht.

Die Baristas hätten gern mehr Lohn. Aber für den Besitzer ist jeder verkaufte Kaffee, der seinen Beschäftigten zufließt, weniger Gewinn – stattdessen sollen sie lieber mehr arbeiten, in derselben Zeit. Wer wird sich durchsetzen?

Von 1.000 Babyschildkröten überlebt nur eine

Eine Horde Freiwilliger macht sich mithilfe einer
ganzen Industrie auf, um Not und Elend zu bekämpfen.
Als wäre eine bessere Welt so günstig zu haben.

TEXT Fabian Vugrin MEME Andy King

Rudi Dutschke vertrat eine Theorie der Revolution, bei der das individuelle Engagement von entscheidender Bedeutung ist und die Emanzipation der Menschheit nur durch »den vollen Einsatz der Persönlichkeit« gelingen kann. Die vonseiten orthodoxer Marxistinnen und Marxisten geäußerte Kritik beschuldigte Dutschke, sich von der Arbeiterklasse abzuwenden und kleinbürgerliche Politik in den Vordergrund zu stellen. Ihm wurde dabei vor allem eines vorgeworfen: Voluntarismus.

Dieser ist, wenn auch wortverwandt – nicht zu verwechseln mit dem sogenannten Voluntourismus. Unter diesem Schlagwort entsendet ein unüberschaubares Netzwerk von Tourismuskonzernen Jahr für Jahr Millionen von Freiwilligen aus Nordamerika und Europa in die Länder des Globalen Südens. Dort wird kein Urlaub gemacht, sondern Gutes getan, »etwas zurückgegeben« und – wie bei Dutschke – für eine bessere Welt gekämpft.

Zwar stellen beide Ausführungen das persönliche Handeln in den Vordergrund. Doch was bei Dutschkes Voluntarismus der politische Umsturz ist, sind beim Voluntourismus das gute Gewissen und die Lebensläufe der Freiwilligen – und natürlich die klingenden Kassen der Konzerne.

»Make a little BIG change!« – mit simplen Botschaften und erschreckend einfalllosem Marketing verspricht die zwielichtige Industrie um die Freiwilligenarbeit ihren Kundinnen und Kunden eine nicht austauschbare, individuelle Erfahrung. Die Aufenthalte lassen sich nach Belieben buchen – wie ein

Urlaub. So können sich die »Abenteuer«-lustigen für umgerechnet 45 Euro pro Nacht zur Freiwilligenarbeit in Kinderheimen oder Geburtskliniken auf den Philippinen einbuchen – oder für vier Wochen und knapp 2.000 Euro in einem mexikanischen Schildkrötenreservat bei Schutz und Pflege frisch geschlüpfter Jungtiere helfen.

Während die Voluntourismus-Programme mit Angeboten in Tierschutzreservaten noch verhältnismäßig wenig Schaden anrichten, kann das zum Beispiel über die Freiwilligenarbeit in Waisenhäusern nicht gesagt werden. Hier werden pädagogisch ungeschulte, der Landessprache nicht mächtige und in den überwiegenden Fällen selbst noch sehr junge Menschen ohne Vorbereitung auf Kleinkinder losgelassen.

Schätzungen von Kinderschutzorganisationen wie UNICEF oder Save the Children zufolge sind in Ländern wie Nepal, Sri Lanka oder Liberia um die 90 Prozent der Kinder in Waisenhäusern gar keine Waisen. In der Hoffnung, dass ihre Kinder eine bessere Bildung, Gesundheitsversorgung oder schlicht mehr zu Essen bekommen, geben arme Familien diese an Heime ab. Dort entwickeln die Kinder jedoch regelmäßig Bindungsstörungen. Die Kinderschutzorganisationen melden außerdem Fälle, in denen die Kinder – aufgrund mangelnder Hintergrundprüfungen seitens der Voluntourismus-Anbieter – zunehmend zum Ziel sexueller Ausbeutung werden.

Die Voluntourismus-Industrie ist auf ein gewisses Maß an Elend im Globalen Süden angewiesen. Ohne notleidende Dorfbewohner gibt es

keine zu bauenden Hütten, ohne Artensterben keine zu rettenden Schildkröten und ohne Waisenhäuser keine Freiwilligen, die viel Geld zahlen, um sich um die Kinder zu kümmern. Das System lebt davon, dass diese Probleme niemals wirklich gelöst werden, sodass es immer weiter von ihrer Bewirtschaffung profitieren kann.

Außerdem verfestigen die Freiwilligen mit ihrer Wohlfühlarbeit – und mehr noch die Reiseunternehmen mit ihren Geschäftsmodellen – die strukturellen Abhängigkeiten der betroffenen Länder von den Staaten des Globalen Nordens. Denn die mittlerweile mehrere Milliarden Dollar Umsatz im Jahr werden fast ausschließlich in den Ländern verbucht, die zugleich auf internationaler Ebene mit erdrosselnden Handelsabkommen das Aufbre-

ten Schul- oder Arbeitsalltags. Auslandserfahrung sowie ehrenamtliches Engagement gehören zum guten Ton.

Durch ihren Einsatz versuchen die Freiwilligen, symbolisches und kulturelles Kapital zu erwerben. Auch wenn der Drang zur guten Tat oftmals von idealistischen Intentionen gespeist ist, entwickeln die Voluntouristinnen und Voluntouristen mit dem Kurztrip ins Elend nicht die Länder vor Ort, sondern nur sich selbst. Denn auch wenn sie mit den besten aller Absichten ins Meer getragen werden: Von 1.000 Babyschildkröten überlebt am Ende ohnehin nur eine.

Mit Dutschkes Voluntarismus hat dieser Voluntourismus der Konzerne also nur gemein, dass dabei die persönliche Aktivität im Vorder-

ALLOW ME TO SAVE YOU



SO YOU CAN SAVE MY CV

chen neokolonialer Machtstrukturen verhindern, um sich den Zugang zu den Märkten und Ressourcen des Globalen Südens zu sichern.

Doch auch wenn nur ein Bruchteil des gezahlten Geldes bei den Organisationen in den Zielländern ankommt, macht es für diese ökonomisch durchaus Sinn, die Freiwilligenarbeit zu importieren. Diese wird jedoch eher als kurzfristige Gewinnmöglichkeit gesehen und weniger als ein Teil der Lösung systemischer Probleme. Die von Einheimischen dringend benötigten Arbeitsplätze werden dabei von den unausgebildeten Hilfskräften besetzt gehalten.

Der Run auf den philanthropischen Urlaub ist nicht zuletzt Symptom eines gesellschaftlich geschürten, zwanghaften Verlangens nach einzigartigen Erfahrungen jenseits des entfremde-

grund steht. Doch bei Dutschke sollten damit größere Massen zu revolutionären Taten bewegt werden – er wusste, dass Ungerechtigkeit und Ungleichheit gesellschaftlich verursachte Probleme waren, die nur kollektiv und politisch zu lösen sind.

Der Voluntourismus hat hingegen ausschließlich das Individuum im Blick. Und dieses ist nur allzu oft unwissend, was die politische und ökonomische Situation in den Ländern angeht, in die es reist. Mit ihrer vermeintlich »bewussten Tat« unterstützen die Reisenden daher nur allzu oft eine Elendsindustrie, hinter deren verlockenden Werbebildern sich neokoloniale Klischees verbergen – und, schlimmer noch: Menschenhandel, materielle Armut und Tierquälerei. Utopien können, wie der Autor China Miéville schrieb, auch toxisch sein. 7

Ich liebe den Fußball, aber der Kapitalismus hat ihn unter sich begraben

TEXT Jonas Junack MEME Andy King

Meine Mutter hat ein Faible dafür, mir alte Kinderfotos zu schicken. Und so starrte mich neulich mein sechsjähriges Ich mit Sonnenbrand-gerötetem Gesicht von meinem Handybildschirm an. Meine Füße stecken in matschverkrusteten Total90-Fußballschuhen, stolz trage ich ein Trikot der griechischen Nationalmannschaft. Meine Erinnerung an diesen Moment ist noch heute gestochen scharf. Denn dieser heiße Sommertag im Jahr 2002 war der Tag des WM-Finales zwischen Deutschland und Brasilien. Ich selbst stand damals noch am Anfang meiner großen Fußballkarriere, die beim ATSV Buntentor in Bremen beginnen – und siebzehn Jahre später am selben Ort enden sollte.

Ich liebte es, Fußball zu spielen und zu schauen. Ich liebte es, über den Sport zu sprechen und von ihm zu träumen. In der Schule kritzelte ich keine Hakenkreuze oder Penisse, sondern Wunschaufstellungen mit meinen Lieblingsspielern auf die Tische. Die Sachlage dürfte klar sein: Solange ich mich erinnern kann, bin ich Fußballfan. Und jetzt, zwanzig Jahre nach meinem ikonischen Fotoshooting im Griechenlandtrikot, sollte ich einen Artikel über diesen Sport schreiben. So viel sei verraten: Einfach war das nicht.

Dieser Text hat mehrere Anläufe gebraucht. Ich habe Toni Kroos beleidigt, den DFB verhöhnt und mich über die European Super League und Uli Hoeneß beschwert – aber jedes Mal schien mir das Ergebnis nur eine halbgare Kritik an einem Gegenüber zu sein, für das ich bereits jede Hoffnung ver-

loren habe. Einen bösen Verriss über den Fußball zu schreiben, fiel mir nicht deshalb schwer, weil er nicht die nötige Angriffsfläche bieten würde oder meine Liebe für ihn noch immer zu groß wäre. Was mir Schwierigkeiten bereitete, war vielmehr, dass dieser Sport unter einem Haufen Scheiße begraben liegt, der solche Dimensionen angenommen hat, dass ich nicht mehr weiß, was er eigentlich noch unter sich verbirgt. Und was soll man Scheiße vorwerfen – dass sie stinkt?

Schon damals, als ich in meinen Total90-Nikes über die Bremer Aschbahn sprintete, war der Profifußball ein notdürftig als Mannschaftssport getarnter Spielplatz für den ungezügelter Kapitalismus. Real Madrid versammelte mit Zidane, Beckham, Raul, Ronaldo und Figo Weltstars, die nicht deshalb zusammen klickten, weil sie gute Freunde waren, sondern weil der Chef des Vereins sie mithilfe von Millionen aus der Franco-Diktatur, seinem Baugewerbe und korrupten Deals mit der Regierung in sein Team lockte. Dass sich dieser Trend in Zukunft geradezu überschlagen und mich irgendwann zu einem Gegner des Kapitalismus machen würde, hätte ich damals nicht vermutet. Doch von dem Sport, in den ich mich einst verliebte, ist heute nicht mehr viel zu erkennen.

*Vom People's Game
zum Luxusgut*

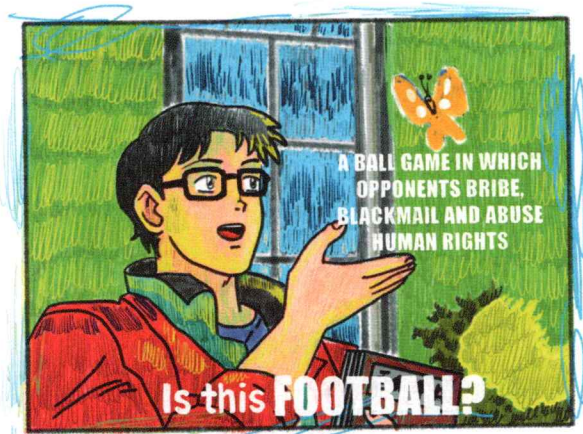
Die Ticket- und Trikotpreise haben absurde Höhen erklommen, während die nationalen Wettbewerbe so uninteressant geworden sind, dass

die europäischen Top-Vereine schon mit dem Gedanken einer eigenen Liga spielen. In der Bundesliga ist der FC Bayern München gerade zum neunten Mal in Folge Meister geworden – abgesehen vom Red Bull-Franchise-Projekt RB Leipzig stellt auf absehbare Zeit kein Verein eine echte Konkurrenz dar. In England ist es ähnlich, nur dass sich die Großfinanz dort so viele Fußballklubs unter den Nagel gerissen hat, dass der Wettkampf des Geldes schon fast wieder spannend anzusehen ist.

Im kläglichen Versuch, mitzuhalten, verkaufen mittelklassige Vereine ihr Tafelsilber. Das sind entweder die Lieblingsspieler der Fans oder die Namen der Stadien. So steht in Bremen, wenige hundert Meter von der Sportanlage meines alten Klubs

Ich habe genügend Spiele geschaut, Foren durchgelesen und Gespräche über den Sport geführt, um zu wissen, dass ich nicht der einzige Fan bin, den diese Zustände wütend machen. Im Gegenteil: praktisch jeder Fußballfan teilt meine Kritik. Wenn ich am Samstag um halb vier – pünktlich zum Anstoß – in eingefleischten Kneipenrunden sitze und der versammelten Belegschaft zuhøre, wie sie sich über die Entwicklungen im Fußballgeschäft beschwert, dann klingt es, als würde ein Haufen Sozialisten vor der Leinwand sitzen und den Kickern zuschauen.

Wir alle wünschen uns einen Fußball zurück, der etwas mehr so ist wie wir. Einen Fußball, den wir uns leisten können. Einen Fußball, der hart ist, aber fair. Einen Fußball, der nicht von Milliarden, sondern



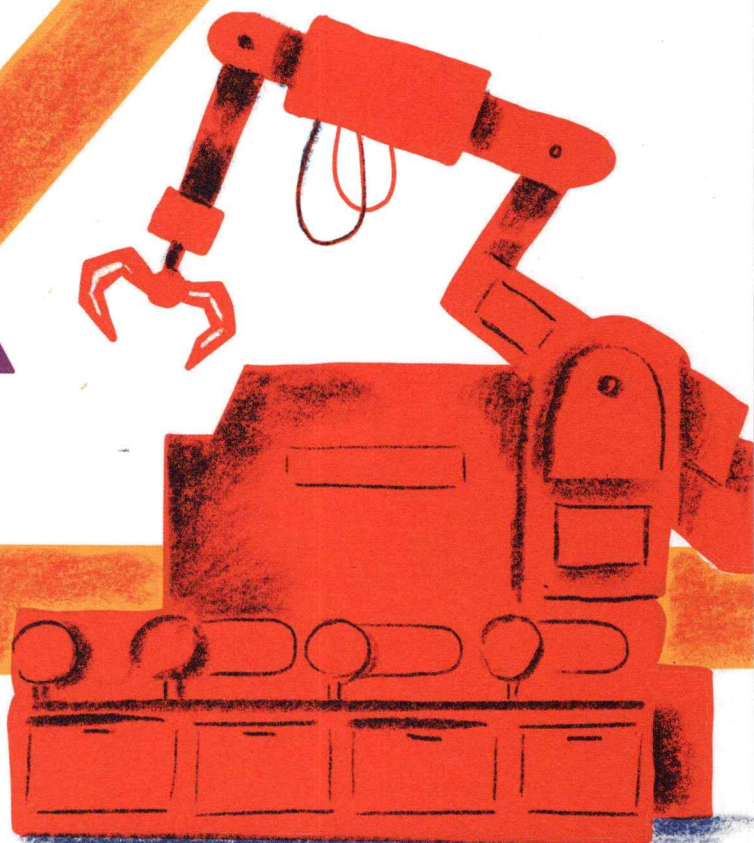
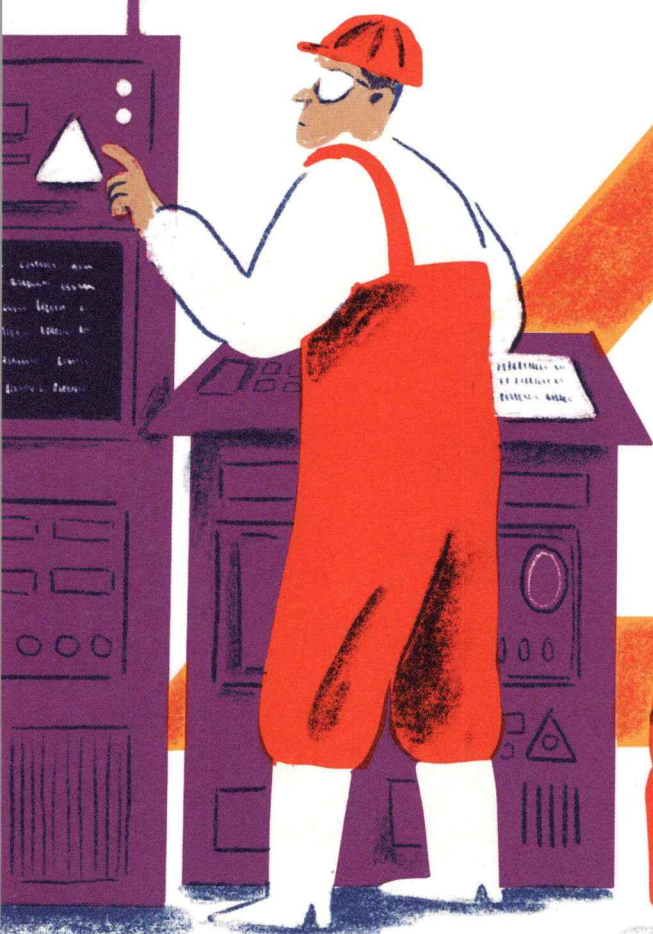
entfernt, mittlerweile das Wohninvest Weserstadion. Ein durchschnittliches Ticket für den Stadionbesuch kostet mittlerweile 50 Euro, Tendenz steigend. Die TV-Angebote sind kaum günstiger. Da die Spiele auf verschiedene Bezahlsender verteilt wurden, muss sich der geneigte Fan mittlerweile mit bis zu drei Abos rumschlagen. Für Pfleger, Putzkräfte, freie Journalistinnen oder andere arbeitende Menschen ist das Mitfiebern zur Luxusware geworden. Unterdessen versuchen große Fußballverbände wie der DFB ihre Hände in Unschuld zu waschen, indem sie Schriftzüge wie »Human Rights« auf ihre Trikots drucken – offenbar um uns weiszumachen, sie würden auf eine bessere Welt hinarbeiten. In England – dem Mutterland des Fußballs – wird der Sport traditionell »The People's Game« genannt. Doch diesen Titel hat er sich verspielt.

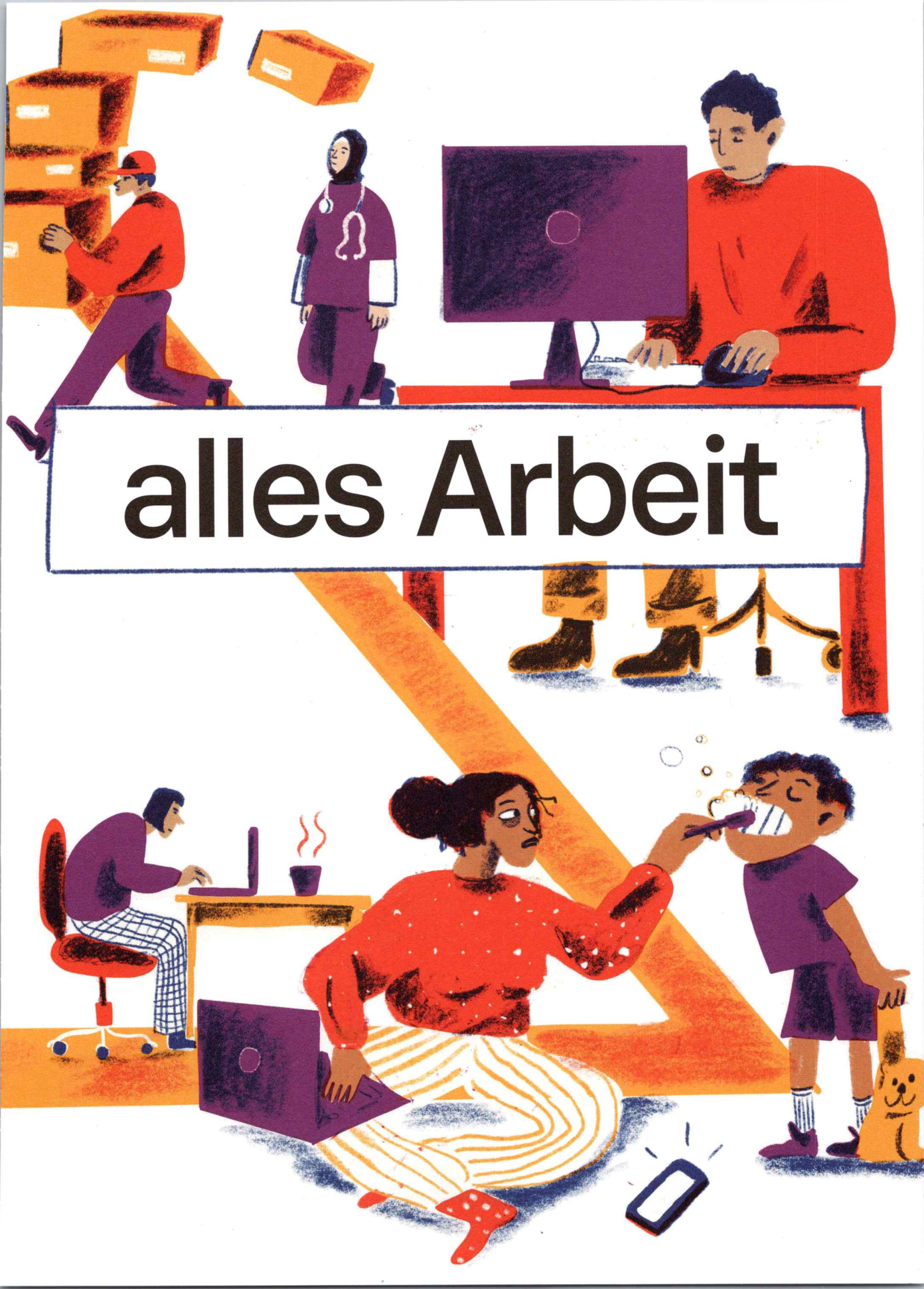
von Atmosphäre und sportlichem Wettkampf getragen wird. Von Arbeit auf dem Platz! Fast jeder Fan wird mir zustimmen, wenn ich sage, dass der Kapitalismus den Sport zerstört, den wir lieben. Aber kaum einer wird sich mir anschließen, wenn ich dazu aufrufe, die Geschäftsführungen unserer Vereine zu enteignen. Denn ein Satz hält unter Fußballfans noch immer durch die Reihen: »Politik gehört nicht ins Stadion.«

Mein sechsjähriges Ich hat sich in den Fußball verliebt, ohne etwas von Politik zu verstehen. Zwanzig Jahre später tut diese Liebe weh, denn ich weiß jetzt: Politik ist nicht nur im Stadion – sie ist das Stadion. Die Mächtigen haben uns den Fußball genommen, um daran Milliarden zu verdienen. Und sie werden ihn uns nicht kampfflos zurückgeben. 7



Arbeit,





alles Arbeit

**Im Corona-Jahr mussten einige
so viel arbeiten wie noch nie.
Andere durften gar nicht.
Das Ergebnis ist eine noch tiefer
gespaltene Klasse.**

TEXT Ines Schwerdtner
ILLUSTRATION Marie Schwab

Eine Krise kann bereits bestehende Ungleichheiten verstärken und gesellschaftliche Trends beschleunigen. So auch die Corona-Pandemie: Während der Online-Handel von Amazon boomt, gehen kleinere Läden in den Innenstädten noch schneller pleite als sonst. Auf Kosten der Arbeitenden, die nicht einmal zum Pinkeln Pause machen dürfen, erobert Jeff Bezos mit einem Vermögen von rund 200 Milliarden Dollar den Titel des reichsten Menschen der Welt von Elon Musk zurück. Er hätte sein Vermögen auch ohne Covid-19 weiter gesteigert – doch mit der Pandemie ging es viel schneller. Tausende Infizierte in seinen Versandzentren waren der Preis, den er dafür gern in Kauf nahm.

Doch hier und da – in Alabama, Italien oder Bad Hersfeld – organisieren sich Amazon-Beschäftigte, weil ihnen dieser Preis zu hoch ist. Sie haben die vielleicht wichtigste Erkenntnis der Arbeiterbewegung für sich angenommen: Hört eine auf zu arbeiten, geschieht nichts – hören aber alle auf zu arbeiten, steht die Wirtschaft still. Wo immer es Ausbeutung gibt und Mitarbeiter in Flaschen pinkeln müssen, wird es früher oder später auch Widerstand geben. Die Frage ist nur, wie aus diesem Widerstand gegen miserable Arbeitsbedingungen eine echte politische Macht wird.

Ein Generalstreik kommt nicht von allein

Nicht jede Lohnabhängige bei Amazon tritt ihren Job in dem vollen Bewusstsein an, Teil der riesigen globalen Lieferkette eines der weltgrößten Unternehmen zu sein. Die meisten wollen vermutlich einfach Geld verdienen und ihre Familie über die Runden bringen. Sie heuern also dort an, wo es Jobs gibt. Weil ihnen im Versandzentrum nichts gehört – weder das Com-

putersystem, noch die Fließbänder oder die Produkte – und sie nur für einen Lohn dort arbeiten, an den Profiten aber keinen Anteil haben, sind sie Teil der Klasse der Lohnabhängigen. Das verbindet sie mit allen anderen Lohnabhängigen auf der Welt, egal für welches Unternehmen sie arbeiten.

Ökonomisch ist die Existenz dieser Klasse nicht zu leugnen. Aber das bedeutet noch nicht, dass sie auch politisch existiert. Erst die Geschichte, ihre Krisen und Aufstände machen sie wirklich zu einer Klasse. Ihre Identität bildet sich in konkreten sozialen Kämpfen und Bewegungen heraus. Die arbeitende Klasse ist von vornherein da, gleichzeitig wird sie aber erst *gemacht*.

Dieser Unterschied wirkt banal, ist aber entscheidend. »Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger. Alles zu werden, strömt zuhauf!« ist auch deshalb zur Losung der Arbeiterbewegung geworden, weil es die Entwicklung vom bloßen Material zum geschichtsmächtigen Subjekt auf den Punkt bringt. Schließen sich die Unterdrückten zusammen, werden sie zur politischen Macht. Das gilt damals wie heute. Doch wie die Organisation bei Amazon zeigt, verläuft dieser Prozess nicht nach dem Lehrbuch – und die Revolution ist, wie wir ständig erleben müssen, auch nicht vorprogrammiert.

Der herrschenden Klasse stehen verschiedene Techniken zur Verfügung, um die Klasse der Arbeitenden von der Macht fernzuhalten: sei es durch *union busting*, also das Verhindern von Organisation am Arbeitsplatz, sei es durch gewerkschaftsfeindliche Gesetze oder – was nach dem Gegenteil klingen mag, aber auf das Gleiche hinauskommt – durch ein Angebot, das die Arbeitenden nicht ablehnen können, etwa in Form von Prämien oder Zugeständnissen, die den Konfliktherd befrieden.

So bekamen während der Pandemie zum Beispiel Lidl-Mitarbeiter als Belohnung einen 200-Euro-Gutschein – für Produkte aus dem eigenen Supermarkt. Auf der anderen Seite wurde Dieter Schwarz, der Eigentümer von Lidl, im Jahr 2020 um 300 Millionen Euro reicher. Das Beispiel zeigt das krasse Ungleichgewicht in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums – und dass sich Beschäftigte gegenwärtig mit Brotkrumen abspesen lassen, während sie eigentlich sehr viel mehr fordern könnten.

Dabei ist es auch ohne Zuckerbrot und Peitsche der herrschenden Klasse schon schwierig genug, ein gemeinsames Bewusstsein zu entwickeln. Denn die Lebenswirklichkeiten der arbeitenden Menschen

Dienstleistungsarbeit

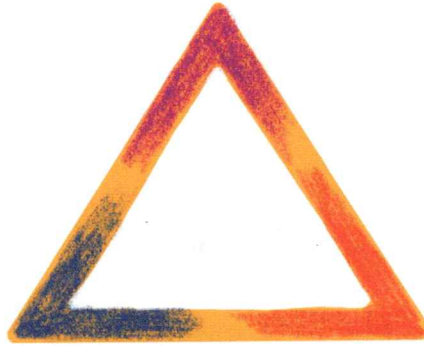
Infektionsrisiko

*Sorge um Arbeitsplatz,
Kurzarbeit*

Produktionsarbeit

*Home Office, vor allem Frauen:
Kinderbetreuung*

Höherqualifizierte /
Schreibtischarbeit



könnten unterschiedlicher nicht sein. Die Erfahrung eines Brummifahrers ist einfach eine andere als die einer Altenpflegerin.

Arbeit ist eben nicht gleich Arbeit

Gerade in der Pandemie können wir nicht davon sprechen, dass die Menschen die Einschränkungen in einer bestimmten Art und Weise erleben. Von Anfang an war klar, dass insbesondere die Arbeit – sowohl die Lohnarbeit als auch die Arbeit zu Hause, vor allem die Kinderbetreuung – betroffen sein würde. Doch je nach Ort, Geschlechterperspektive und Milieu unterscheiden sich die Erfahrungen zum Teil massiv.

Für den »Arbeitswelt-Monitor« der Hochschule Osnabrück haben die Soziologinnen und Soziologen Hajo Holst, Agnes Fessler und Steffen Niehoff für die erste Welle der Pandemie über 11.000 Beschäftigte zur ihrer Situation befragt und zusätzlich qualitative Interviews geführt. Sie geben einige erste Anhaltspunkte über die Klassenlagen während der Corona-Krise. So kommt das Forschungsteam zu dem Ergebnis, dass die Erfahrungen innerhalb der arbeitenden Klasse anhand von Bildung und Bezahlung auseinandergehen, nämlich zwischen besser ausgebildeten und auch besser bezahlten Berufsgruppen und jenen, die weniger gut ausgebildet und ökonomisch härter von der Pandemie betroffen sind. Dabei sind die letzteren auch häufiger einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt als die Ersteren. Laut dem Robert Koch-Institut lag die Covid-19-Sterblichkeit im Dezember 2020 und Januar 2021 in sozial stark benachteiligten Regionen um rund 50 bis 70 Prozent höher als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung.

Hinzu kommt andererseits eine Trennung der Klasse in Form eines Dreiecks, wobei die drei Ecken ganz unterschiedliche Krisenwahrnehmungen darstellen: In der Produktion und den technischen Berufen wurde Corona vor allem als Wirtschaftskrise erfahren; in den Dienstleistungsberufen stand das Infektionsrisiko im Vordergrund; und bei Büro- und Schreibtischarbeit die Entgrenzung der Arbeitszeit im Homeoffice. Alle diese Untergruppen haben gemeinsam, dass sie durch die Pandemie massive Einschränkungen wahrnehmen, doch die Trennung der Lebenswelten hätte – zumindest während der ersten Welle, in der auch die Produktion teils stillstand – kaum größer sein können.

Innerhalb des männlich dominierten Produktionssektors war während des ersten Lockdowns die Angst um den Arbeitsplatz und das Einkommen vorherrschend. Als sogar Fließbänder in Autofabriken stillstanden, sorgte das von der Bundesregierung eingeführte Kurzarbeitergeld zumindest für eine finanzielle Entlastung. Doch die Sorge um eine längere Wirtschaftskrise prägt die Beschäftigten in diesem Bereich ungemein: Das Kurzarbeitergeld wird nicht ewig gezahlt werden und nicht jedes Unternehmen wird die Krise überstehen. Dazu kommt die ohnehin anstehende Transformation vieler Produktionsbereiche. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wissen sehr genau, dass Industriestandorte und Arbeitsplätze auch nach der Pandemie gefährdet sind.

Bei den Dienstleistungen hingegen ist der Kontakt mit anderen Menschen nahezu unvermeidbar, ja geradezu bezeichnend für diesen Sektor. Er ist weiblich dominiert und während der Pandemie vor allem einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt. Der Staat unternahm verhältnismäßig wenig zum

Schutz der Arbeitenden in diesem Bereich, sodass sich zwar viele glücklich schätzten, dass ihnen ihr Job erhalten bleibt, zugleich aber jeden Tag fürchten mussten, sich auf der Arbeit mit Covid-19 anzustecken.

Ein wieder anderes Problem haben diejenigen, die vor der Pandemie in Büros administrativen Arbeiten nachgingen. Vorrangig zum Schutz ihrer Gesundheit gingen weitaus mehr Schreibtischangestellte als sonst bereitwillig ins Homeoffice und erlebten dadurch eine Entgrenzung ihrer Arbeitswelt. Im April 2020 arbeiteten laut der Hans-Böckler-Stiftung rund 27 Prozent der Beschäftigten im Homeoffice. Im November 2020 waren es dann wieder nur 14 Prozent. Besonders prekär war die Heimarbeit für diejenigen, die sich zu Hause zugleich um die Kinderbetreuung kümmern mussten – und das waren hauptsächlich Frauen. Während der Pandemie hatten Frauen wöchentlich im Schnitt 1,7 Stunden mehr Sorgearbeit zu verrichten. 60 Prozent der Beschäftigten im Homeoffice berichten davon, dass die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen.

Organisierung unter erschwerten Bedingungen

Die drei Bereiche folgen also verschiedenen Logiken der Krisenauseinandersetzung. Dazu kommen Unterschiede anhand des Ausbildungsniveaus sowie Geschlechterunterschiede. Kleingewerbetreibende oder Künstlerinnen haben je nach Versorgungslage sowohl ökonomische Sorgen als auch in Teilen weiter ein erhöhtes Infektionsrisiko. Die Klasse zerfällt in unterschiedliche, teils gegensätzliche Interessenlagen.

Diese Bedingungen erschweren die Organisation. Zwar gaben die Befragten in der Studie aus Osnaabrück an, dass sich Mitbestimmung durch Personal- und Betriebsräte positiv auf den Arbeitsschutz auswirkt, jedoch zögerten die Gewerkschaften in der Anfangszeit der Pandemie, in Tarif- und Streikrunden einzusteigen. Während die Hans-Böckler-Stiftung für das Jahr 2019 immerhin 227 Arbeitskämpfe verzeichnete, waren es 2020 nur 157. Zu unvorhersehbar war die Schwere und Tragweite der Pandemie. Durch die erzwungene soziale Distanz hat auch die Vereinzelung am Arbeitsplatz zugenommen. Schon vorher war uns jahrzehntelang eingetrichtert worden, dass wir allein für unsere Belastung und eine gelungene Work-Life-Balance verantwortlich seien. In der zeitweisen Isolation waren wir dann tatsäch-

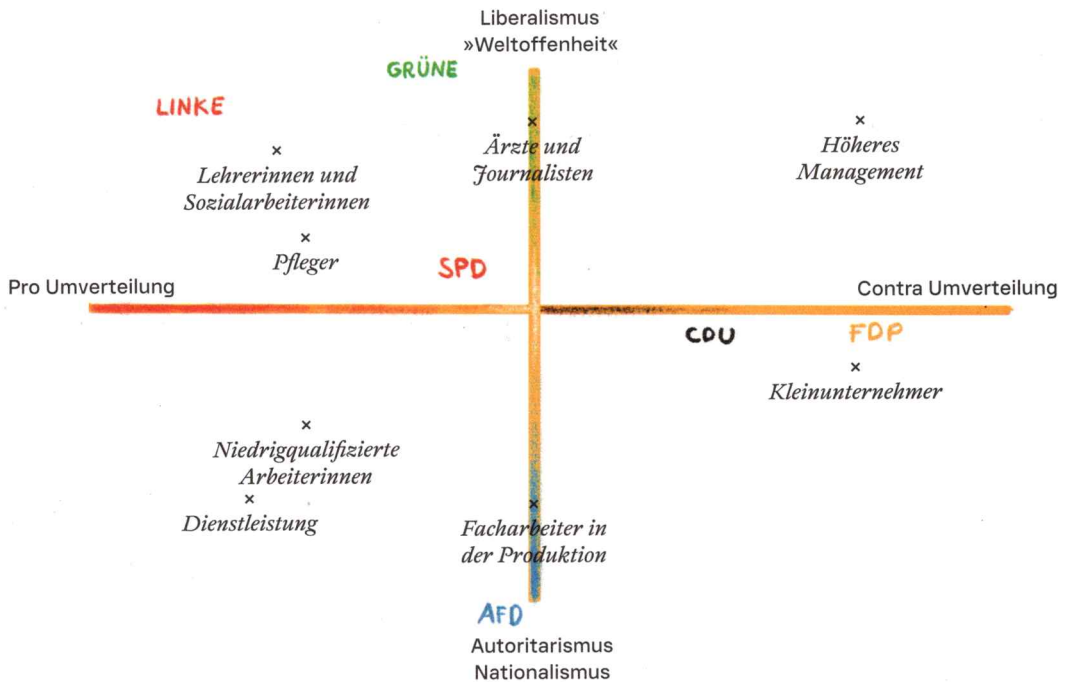
lich ganz auf uns zurückgeworfen. Einmal von Abstiegsangst oder Überforderung ergriffen, kann diese Situation Depressionen und Burnout zur Folge haben. Zugleich kann die Angst politisch in Ressentiment umschlagen.

Das Zurückgeworfensein auf sich selbst hat aber auch ein Bewusstsein dafür geschaffen, welchen unfassbar großen Raum die Arbeit in unseren Leben einnimmt. Diese Einsicht kann bedrückend sein – sie kann aber auch den Wunsch nach einer anderen Arbeitswelt befördern. In Ermangelung politischer Organisation merken wir in der Krise umso stärker, was wir auch vorher schon gebraucht haben: Arbeitsschutz, höhere Löhne, mehr Freizeit, Feiertage, Pausen, Mitbestimmung. Für das Jahr 2021 rechnet die Hans-Böckler-Stiftung wieder mit mehr Arbeitskämpfen.

Doch wer setzt sich ein?

Der Streik ist nach wie vor das effizienteste Mittel, um die materiellen Interessen und Forderungen der arbeitenden Klasse durchzusetzen. Die gewerkschaftliche Organisation ist dafür die Basis, aber nicht die einzige Möglichkeit, den eigenen Belangen Ausdruck zu verleihen. Wenn es um Sozialstaat, Daseinsvorsorge und soziale Gerechtigkeit geht, ist die Parteiform weiterhin die einzige, die auch politische Repräsentation im Parlament gewährleistet. Auch wenn das Parteiensystem fragil geworden ist – ohne politische Vertretung werden die Belange der Arbeiterinnen und Arbeiter erst recht unter den Tisch fallen.

Doch auch auf politischer Ebene bildet die arbeitende Klasse keinen einheitlichen Block. Das lässt sich anhand eines zweidimensionalen politischen Spektrums vergegenwärtigen, dessen vertikale Achse von »Liberalismus« nach »Autoritarismus« verläuft, während die horizontale Achse die Zustimmung oder Ablehnung bezüglich der Umverteilung materieller Ressourcen bemisst. Im Durchschnitt tendieren abhängig Beschäftigte zu einer Politik der Umverteilung, wobei dies zum Beispiel für niedrigqualifizierte Berufsgruppen in Dienstleistung und Produktion stärker gilt als etwa für Ärztinnen und Journalisten. Gleichzeitig gibt es auf der vertikalen Achse zum Teil erhebliche Differenzen: Während Beschäftigte in menschnahen Berufen wie Bildung, Sozialarbeit und Pflege tendenziell »liberal« eingestellt sind, neigen insbesondere Facharbeiter in der Produktion dem »autoritären« Pol zu.



Während CDU und FDP auf Seiten der Abneigung gegenüber sozialer Umverteilungspolitik recht treffsicher die Interessen und politischen Vorlieben von Unternehmerinnen und höherem Management widerspiegeln, decken die »Mitte-links-Parteien« SPD, Grüne und Linke nur die eine Hälfte der arbeitenden Klasse ab – nämlich ihre höherqualifizierten, eher weiblichen und weltoffenen Teile. Das bedeutet aber, dass die meisten Menschen in niedrigqualifizierten Berufen in Produktion und Dienstleistung politisch praktisch nicht repräsentiert werden. Die Stimmen dieser Bevölkerungsgruppen versucht die AfD am unteren rechten Rand abzugreifen, indem sie ihnen Nationalismus anbietet, nicht aber soziale Gerechtigkeit. Ein guter Teil der arbeitenden Klasse, der sich zwar Umverteilung wünscht, die »liberalen« Haltungen der linken Parteien aber nicht teilt, bleibt derzeit außen vor.

Laut einer Yougov-Umfrage von 2017 wünscht sich mit 79 Prozent eine große Mehrheit der Menschen mehr soziale Gerechtigkeit. Linke Politik hätte demnach großen Spielraum. Dennoch ist es bisher keiner politischen Partei gelungen, das Mobilisierungspotenzial der gesamten arbeitenden Klasse auszuschöpfen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einer davon mag sein, dass sich die Parteien selbst aus den höher qualifizierten Sektoren rekrutieren. Ihre Politik ist entsprechend auf das eigene Klientel ausgerichtet. Auch ist mit einem Paternalismus á la »für

die da unten« kein Blumentopf zu gewinnen. Die meisten Menschen wollen keine Almosen, sondern für ihre Arbeit vernünftig entlohnt werden. Auch dass gerade der niedrigqualifizierte Sektor unter der Agendapolitik der 2000er Jahre gelitten hat, ist für das Vertrauen in Parteien nicht gerade förderlich.

Außerdem haben linke Parteien es offenbar aufgegeben, die eigene Klasse zu schulen: Nicht jede autoritäre Haltung sitzt auf festem ideologischen Grund – in vielen Fällen sind solche Einstellungen locker und zufällig zusammengesetzt. Aufgabe der politischen Bildung war es immer, die arbeitende Klasse nicht in diesem diffusen Alltagsverstand zu belassen – geschweige denn ihm nachzuplappern –, sondern ihr zum Bewusstsein der eigenen Interessen zu verhelfen.

Die Risse in der arbeitenden Klasse sind nicht zu unterschätzen und durch Corona vielleicht sogar noch tiefer geworden. Derzeit fehlt es an einer verbindenden Kraft, diese Unterschiede zu überwinden. Solche verbindenden Elemente wären echte Umverteilung, Beteiligung an den Entscheidungsprozessen in Betrieben, Gewerkschaften und Parteien, eine Ansprache auf Augenhöhe und eine Bildungspraxis, die Ausbildungsniveaus zwar nicht nivelliert, aber doch den Anspruch erhebt, allen arbeitenden Menschen das nötige Wissen für ihre Emanzipation zugänglich zu machen. 7



Geld arbeitet nicht

Vom Grundeinkommen über Klimaschutz
bis zur Staatsverschuldung – unsere ökonomischen
Debatten laufen oft ins Leere, weil wir diesen
einen Punkt nicht verstehen.

TEXT Alexander Brentler
ILLUSTRATION Anton Ohlow

»Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten« – so lautet das Glücksversprechen aller Finanzberater, seien sie seriös oder dubios, online oder offline. Die finanzielle Unabhängigkeit von Lohnarbeit ist für Normalsterbliche eine fast paradiesische Vorstellung. Nicht bis zur Rente warten zu müssen, um mit der täglichen Plackerei aufhören zu können, ist verlockend. Aber die Sache ist die: Geld arbeitet nicht. Nie. Auch dann nicht, wenn man es »sinnvoll investiert«.

Dennoch ist diese Vorstellung weit verbreitet und wirkungsmächtig. Das zeigte sich zuletzt an den beipflichtenden Reaktionen, als das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel für nichtig erklärte: Den Vermieterinnen und Vermietern stünden ihre hohen Profite zu, schließlich wür-

den sie in nobler Selbstaufgabe darauf verzichten, ihre Einkommen einfach zu verkonsumieren, und es stattdessen in gesellschaftlich nützlicher Weise im Wohnungswesen einsetzen. Ähnliches gelte für den Aktienmarkt: Wer sein Geld dort investiere, helfe Unternehmen dabei, durch Innovation die nächste Pandemie zu verhindern oder den Klimawandel zu besiegen. Hinter solchen Argumenten verbergen sich gleich mehrere ökonomische Fehlannahmen. Es lohnt sich, sie Stück für Stück auseinanderzunehmen.

Woher kommt das Kapital?

Wer sich heute an der Börse Aktien eines Unternehmens kauft – zum Beispiel die eines Solarzellenherstellers – stellt der Firma damit keineswegs neues Kapital zur Verfügung, das sie in effizientere Produk-

tionsstraßen oder in ihr Forschungslabor investieren könnte. Beim Aktienkauf handelt es sich typischerweise um einen Transfer zwischen der Vorbesitzerin der Aktie – einer Privatperson, einer Bank, eines Investment- oder Pensionsfonds – und dem Käufer. Das betreffende Unternehmen erhält vom Kaufpreis der Aktie typischerweise gar nichts. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Aktie zum ersten Mal emittiert wird – dies kann aber schon Jahrzehnte zurückliegen – oder das Unternehmen selbst seine Aktien veräußert. Zwar ist es möglich, dass eine erhöhte Nachfrage den Aktienkurs steigen lässt, was das Unternehmen unter Umständen befähigt, mehr Kredite aufzunehmen, und so Spielräume für Investitionen schafft. Garantiert ist das jedoch nicht.

Wer Aktien kauft, sichert sich meist Anrechte auf jene Anteile der Profite von Unternehmen, die als Dividenden ausbezahlt werden – also darauf, den Unternehmen Geld zu *entziehen*. In der Regel tritt die Aussicht auf solche Zahlungen jedoch in den Hintergrund, denn die Hauptmotivation für viele Aktienkäufe ist die Hoffnung, diese später zu einem höheren Kurs verkaufen zu können. Manche Unternehmen zahlen nur sehr geringe Dividenden und erfreuen sich dabei stetig steigender Aktienkurse – einfach weil es genügend Käuferinnen und Käufer gibt, die darauf vertrauen, dass es weiter bergauf geht. Auch die Unternehmen haben Interesse an einem hohen Kurs, da sie bei einer künftigen Kapitalerhöhung weniger Anteile aufgeben müssen, um die gleiche Menge Kapital zu erlangen.

Ähnliches gilt im Fall von Immobilien: Wer in Berlin ein Mehrfamilienhaus aus dem 19. Jahrhundert oder einen DDR-Wohnturm erwirbt, trägt exakt nichts zur Schaffung neuen Wohnraums bei. Und neben den üppigen Großstadtmieten, die den Investorinnen sicher sind, spekulieren die meisten von ihnen auch auf weitere Wertsteigerungen.

Doch was ist mit Investoren, die einen Neubau in Auftrag geben? Hier wird zwar neuer Wohnraum geschaffen, jedoch orientiert sich dieser selten an den allgemeinen sozialen Bedürfnissen und zielt oft auf das Luxussegment ab. Doch selbst in Fällen, in denen dies nicht zutrifft, ist das Bild vom Investor als selbstlosem Kapitalspender lachhaft: Die allermeisten Menschen investieren nicht, weil sie weniger konsumieren als andere, sondern weil sie wegen ihres überdurchschnittlich hohen Einkommens trotz üp-



Die Vorstellung,
dass 10.000 Euro auf
Omas Notspargbuch
die Triebfeder des
globalen Kapitalismus
sind, ist ein politisch
motiviertes Märchen.

pigem Konsum noch Investitionsmittel übrig haben. Es geht nicht nur darum, wer genau privates Investitionskapital besitzt: Die grundlegende Idee, dass Investitionen von Unternehmen – vor allem aber die der öffentlichen Hand – an die Sparwilligkeit von Privatpersonen gebunden sind, ist schlichtweg falsch. Wie viel eine Gesellschaft insgesamt konsumieren, aber auch wie viel sie investieren kann, hängt von ihrer Fähigkeit ab, diese Güter überhaupt zu produzieren – also davon, wie viel sie wiederum in der Vergangenheit investiert hat. Daher spricht man auch von »industrialisierten« Ländern, wenn es um reiche Gesellschaften mit höherem Lebensstandard geht, nicht von »Ländern mit hohem Kontostand«.

Vieles ist knapp – Geld aber nicht

Es gibt eine Reihe realer Beschränkungen, wie viel eine Gesellschaft investieren oder konsumieren kann: Güter wie Produktionsmittel, Infrastruktur, Bildung und Arbeitskraft lassen sich nicht einfach sprunghaft vermehren. Was es nicht gibt, ist eine fixe Geldmenge, die von privaten Investorinnen in die beiden Kategorien »Konsum« und »Investitionen« aufgeteilt wird. Die Entscheidung darüber ist immer und notwendigerweise politisch, auch im Kapitalismus. Industriegesellschaften steuern diesen Prozess über Instrumente wie Geldpolitik, Haushaltsdefizite, Steuern, Subventionen und Industriepolitik. Aktuell priorisieren wir damit die Disziplinierung der Arbeiterklasse durch Unterbeschäftigung sowie den Konsum der Oberklasse gegenüber der nachhaltigen Sicherung unseres langfristigen Wohlstands.

Egal, ob das Geld für eine neue Solaranlage nun von Blackrock, einem kanadischen Pensionsfonds, einem Bundessparbrief, der EZB oder Omas Sparbuch kommt: Irgendjemand muss Silizium, Kupfer und Aluminium fördern, die Chemikalien raffinieren, die Wafer schneiden, die Module verschrauben, das Gerüst aufbauen und die Wechselrichter anschließen. Geld erledigt nichts davon, denn Geld arbeitet nicht – es ermöglicht unter Umständen nur einigen wenigen Menschen, sich von der notwendigen Arbeit freizukaufen. Die Sinnhaftigkeit dieser Verhältnisse dürfen und sollten wir hinterfragen – dafür bedanken müssen wir uns aber auf keinen Fall. ⑦

21

Geld arbeitet nicht



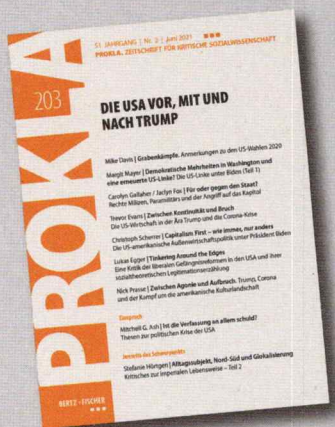
BERTZ + FISCHER
...

ZEITSCHRIFT
FÜR KRITISCHE
SOZIALWISSENSCHAFT



Schwerpunktt Themen

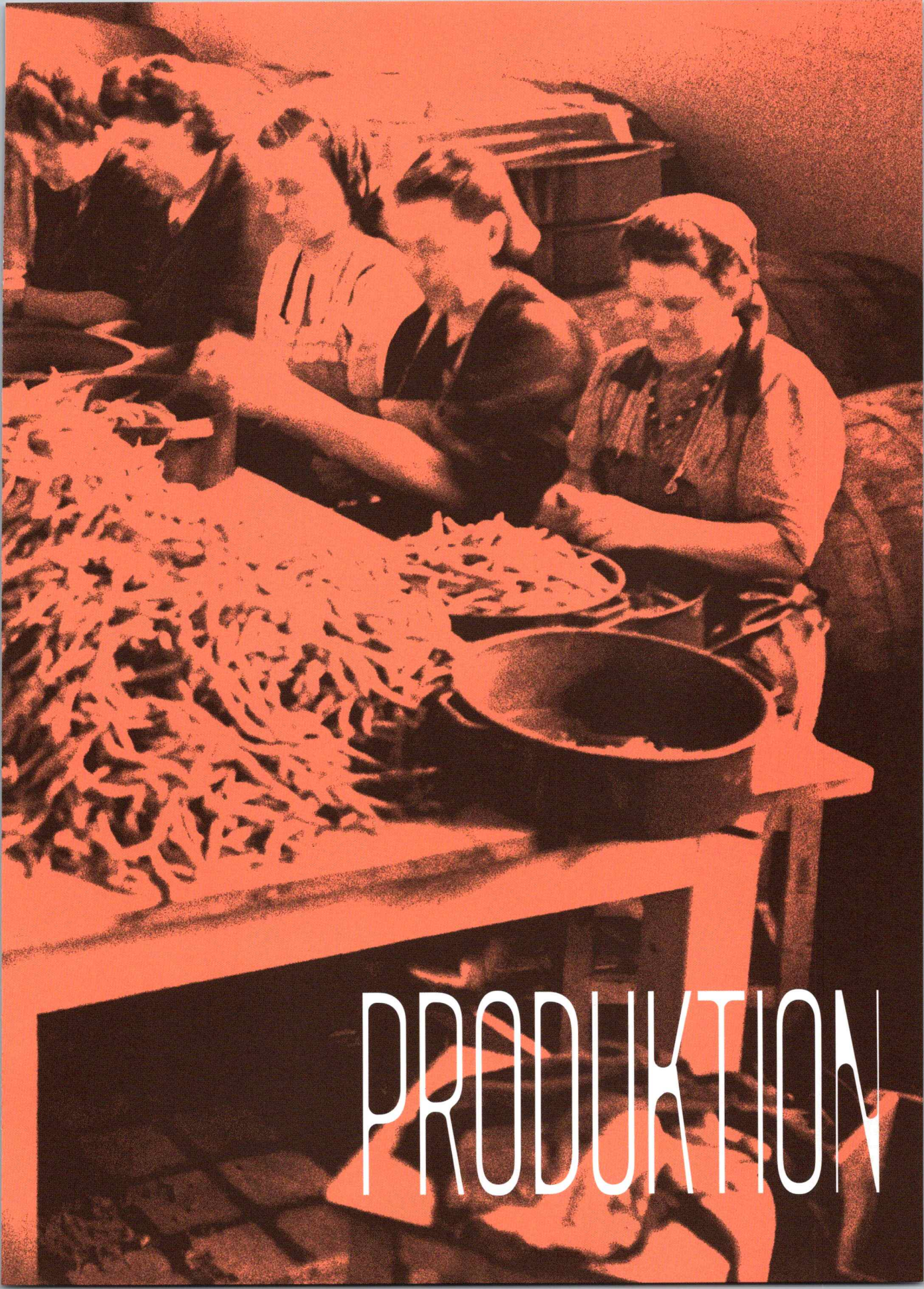
- Nr. 200: Probleme des Klassenkampfes – heute (3/2020)
- Nr. 201: Die Politische Ökonomie des Krieges (4/2020)
- Nr. 202: Green New Deal? Wie rot ist das neue Grün? (1/2021)
- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)



Probeheft anfordern!
Bertz + Fischer Verlag
prokla@bertz-fischer.de
www.bertz-fischer.de/prokla

Einzelheft: € 15,-





PRODUKTION

DAS DEUTSCHE MODELL HÄLT NICHT STAND

Schon vor der Pandemie
stand die Exportsucht in Frage.
Und damit auch die Macht
der Gewerkschaften.

**TEXT Fabian Vugrin
und Alexander Brentler**

Was in Deutschland für den Normalbetrieb gilt, verhält sich auch im Ausnahmezustand nicht anders: Die Exportindustrie ist unantastbar. Während Privatleben, Hobbies und Kultur für die Pandemiebekämpfung zurückstecken müssen, treffen sich Arbeiterinnen und Arbeiter jeden Tag zu Hunderten in den Fabriken zu teils schwerer körperlicher Arbeit mit hohem Infektionsrisiko. Die Weigerung der Politik, wirksame Schutzmaßnahmen gegen Corona zu verhängen, offenbart aufs Neue die immense Macht und Bedeutung der verarbeitenden Industrie.

Entgegen der landläufigen Wahrnehmung exportiert Deutschland allerdings nicht nur Oberklasse-Autos und Maschinen, also hochwertige Konsum- und Kapitalgüter. Das verarbeitende Gewerbe ist in Deutschland sehr breit gefächert – vom Tönnies-Schlachthof bis hin zur Computerchipfabrik. Entsprechend gehen auch die Pandemieerfahrungen der in der Produktion beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter weit auseinander.

**Betriebe zwischen
Pandemie und Weltmarkt**

Die verschiedenen Produktivitäts- und Lohnniveaus in den einzelnen Branchen führen zu unterschiedlichen Lebensrealitäten unter den Beschäftigten. Ebenso haben diverse Spielarten von Leiharbeit, der Anteil migrantischer Arbeit und ungleiche gewerkschaftliche Organisationsgrade eine gewisse Spaltung der Arbeitenden zwischen Branchen und Regionen, aber auch zwischen Stamm- und Leiharbeitern zur Folge. Einen »typischen« Industriearbeiter gibt es in Deutschland nicht.

Während die Beschäftigten in Niedriglohnssektoren wie der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie in der Pandemie um ihre Gesundheit bangen müssen, überwiegen in anderen Sektoren oftmals wirtschaftliche Sorgen. Laut einer Studie des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität

Osnabrück sind Arbeiterinnen und Arbeiter in der Chemieindustrie »relativ glimpflich« durch die Zeit des ersten Lockdowns gekommen. In der Metall- und Elektroindustrie waren dessen wirtschaftliche Auswirkungen hingegen sehr viel deutlicher zu spüren. Laut der IG Metall gingen im vergangenen Jahr in den von ihr vertretenen Branchen fast 140.000 Stellen verloren. Doch die Turbulenzen der Metallbranche lassen sich nicht ausschließlich auf die Pandemie zurückführen. In der Automobilindustrie waren die Aufträge bereits seit Anfang 2018 rückläufig. Die Branche steht vor einem technologischen Umbruch hin zur E-Mobilität, auf den sie in Deutschland nur schlecht vorbereitet ist. Das bedroht nicht nur industrielle Arbeitsplätze, sondern zunehmend auch das deutsche Tarifmodell.

Das Modell Tesla

Während in Berlin-Marienfelde das von massivem Stellenabbau bedrohte Daimler-Werk in Kooperation mit Siemens zu einem der weltweit modernsten Standorte für Elektromobilität umgebaut werden soll, wird der Einzug von Tesla in Brandenburg einen Präzedenzfall schaffen: Entweder wird der gewerkschaftsfeindliche US-amerikanische E-Autobauer die weltweit erste Gewerkschaft im eigenen Hause dulden müssen. Oder Tesla schafft es, sich der deutschlandweiten Tarifbindung auf Dauer zu entziehen – und könnte damit das gesamte Tarifmodell ins Wanken bringen.

Die IG Metall könnte aus mehreren Gründen Schwierigkeiten bei der Mobilisierung haben: Tesla hat sich mit Grünheide für eine strukturschwache Region als Standort entschieden – eine Vielzahl der Arbeiterinnen und Arbeiter wird auch ohne Tarifbindung ein vergleichsweise sehr gutes Gehalt bekommen und die anfängliche Euphorie über die neuen Jobs wird zunächst über eventuelle Arbeitsrechtsverstöße hinwegtäuschen. Ähnliches war 2017 in der rheinland-pfälzischen Eifel bei der Übernahme des deutschen Maschinenbauers Grohmann durch Tesla zu beobachten. Bis heute hat sich das Unternehmen

**Deutsche
Unternehmen und
Regierungen setzen
alles daran, die Edel-
Werkbank der Welt
zu bleiben.**

dort erfolgreich gegen Tarifverträge gewehrt und sich im vergangenen Jahr eine Untersuchung wegen Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz eingehandelt. Die Tesla-Fabrik in Brandenburg ist die erste ihrer Art in Deutschland. Die IG Metall hat es mit einem ihr beinahe unbekannten Unternehmen zu tun – und das bedeutet, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter von der Pike auf mobilisiert werden müssen. Ihre erfolgreiche Organisation liegt also vor allem in den Händen der Beschäftigten selbst – die Gewerkschaft kann dabei vorerst nur unterstützend wirken.

Exportsucht hat Tradition

Mit ihrer »Lohnzurückhaltung« und der Prekarisierung durch Leiharbeit ist Deutschlands Wirtschaftspolitik fundamental darauf ausgerichtet, einen billigen Produktionsstandort zu bieten. Anders als die angelsächsische Welt, deren Volkswirtschaften von Dienstleistungen und vom Bankensektor dominiert werden oder die Rohstoffexporteure im Globalen Süden, deren Volkswirtschaften oft am Preis einer einzigen Ressource hängen, setzen deutsche Unternehmen und Regierungen alles daran, die Edel-Werkbank der Welt zu bleiben.

Die deutsche Rolle als Industrieexporteur lässt sich teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen, als das wilhelminische Kaiserreich aggressiv versuchte, industriepolitisch mit Großbritannien gleichzuziehen. Die Marke »Made in Germany« wurde vom britischen Parlament eingeführt, um billigen Importrams zu kennzeichnen. In der Weimarer Republik versuchten die Regierungen, einen konstanten Exportüberschuss zu erwirtschaften, um Reparationszahlungen bedienen zu können. Doch erst durch die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung wurde das deutsche Exportmodell zur alles dominierenden wirtschaftlichen Strategie: Da der Wechselkurs des Euro für Deutschland eigentlich zu niedrig ist, wurden die deutschen Exporte künstlich verbilligt.

Die Exportstärke von Industrieländern wie den Niederlanden – aber auch Italien, dem zweitgrößten EU-Industriestandort nach Deutschland – macht den Euro zu einer »harten«, also besonders stabilen Währung. Weil die Eurozone dem Rest der Welt eine breite Palette gefragter Produkte anbieten kann und leicht an ausländische Devisen kommt, hat sie großen wirtschaftspolitischen Spielraum – anders als viele Länder des Globalen Südens. Da gleichzeitig chronische Unterbeschäftigung herrscht, könnte sich der

Euroraum eine expansive Fiskalpolitik problemlos leisten. Das ist aber politisch nicht erwünscht. Europa könnte, wenn es denn wollte, durch einen Green New Deal und den Wiederaufbau der öffentlichen Dienstleistungen Arbeit für die Millionen von perspektivlosen jungen Menschen an seiner Peripherie schaffen, ohne dass das den Euro erheblich abwerten würde. Dennoch zieht man es vor, nichts gegen die verzweifelte Lage im Süden Europas zu unternehmen – denn die Massenarbeitslosigkeit hält die Verhandlungsmacht der Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem ganzen Kontinent klein.

Das Italien von morgen

Das Beispiel Italien zeigt, dass Exportüberschüsse und hohe Arbeitslosigkeit durchaus gleichzeitig auftreten können. Der Hauptgrund für die wirtschaftliche Stagnation des Landes, die sich im Alltagsleben überall niederschlägt und einen massiven Brain Drain verursacht, sind die seit Jahrzehnten zu geringen öffentlichen Investitionen.

Infrastruktur, Universitäten, Sozialstaat und öffentliche Dienstleistungen hinken dem Standard anderer Länder hinterher; auf dem Arbeitsmarkt herrscht strukturelle Unterbeschäftigung; das Lohnniveau für die Jüngeren ist miserabel. Derweil werden gerade im industriellen Norden von Italien weiterhin hochtechnologische Exportprodukte gefertigt – zum Beispiel die riesigen Aluminiumgussmaschinen des Herstellers Idra aus Travagliato in der Lombardei für das Tesla-Werk in Grünheide –, ohne dass die italienische Gesellschaft als Ganze spürbar davon profitiert. Auf diese Zukunft steuert auch Deutschland zu.

Ob es nun um erneuerbare Energien, klimaneutrale Industrieanlagen oder Alternativen zum Privatauto mit Verbrennungsmotor geht: Die deutsche und europäische Industrie verliert den Anschluss. Der jahrzehntealte Investitionsstau macht sich bemerkbar – Wirtschaftsbesse und Politik sind dem Irrglauben aufgesessen, die bestehende Strategie würde sich ewig halten, und haben es verschlafen, das industrielle Modell weiterzuentwickeln.

Zwar wagen Teile des europäischen Establishments unter dem Schlagwort der »strategischen Autonomie« eine vorsichtige Rückbesinnung auf klassische Industriepolitik: Im Rahmen des europäischen Green Deal wird über Schutzzölle für klimaschädliche Importe (sogenannte Carbon Border Adjustments) nachgedacht, die den Umstieg auf ein klima-

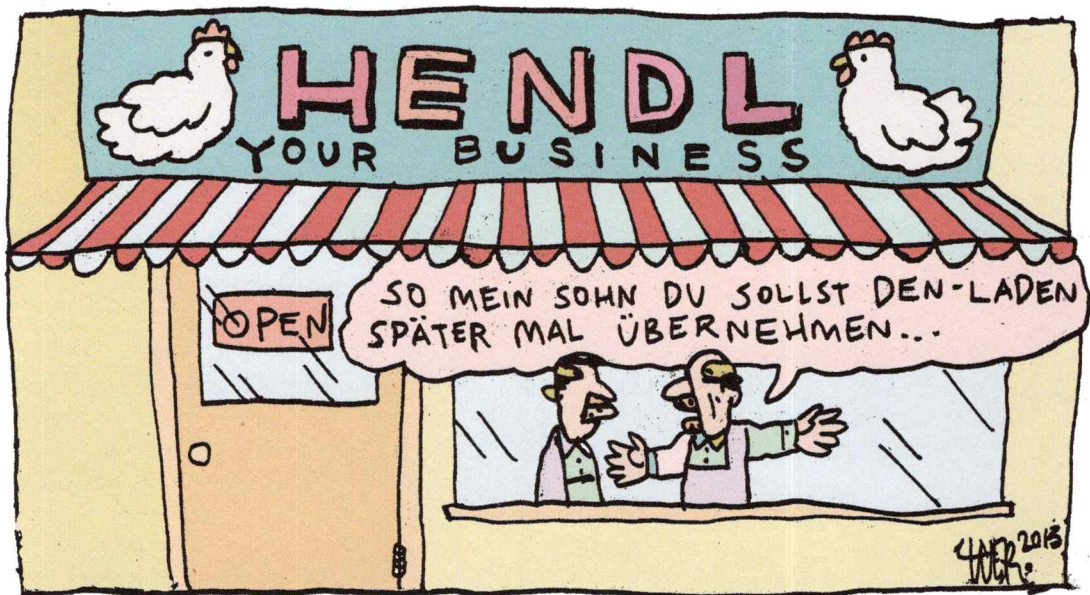
freundlicheres Wirtschaften erleichtern sollen. Die strategischen Anpassungen erfolgen allerdings im Schnecken tempo. Während Joe Biden in den USA plant, weit mehr als 2.000 Milliarden Dollar in die Infrastruktur und in den ökologischen Umbau der Wirtschaft zu investieren, muss in Deutschland auch ein Jahr nach Beginn der Pandemie und im Angesicht der Klimakrise immer noch jede Investition detailliert begründet werden. Über eine Abschaffung der Schuldenbremse wird nur zaghaft nachgedacht, wenn überhaupt.

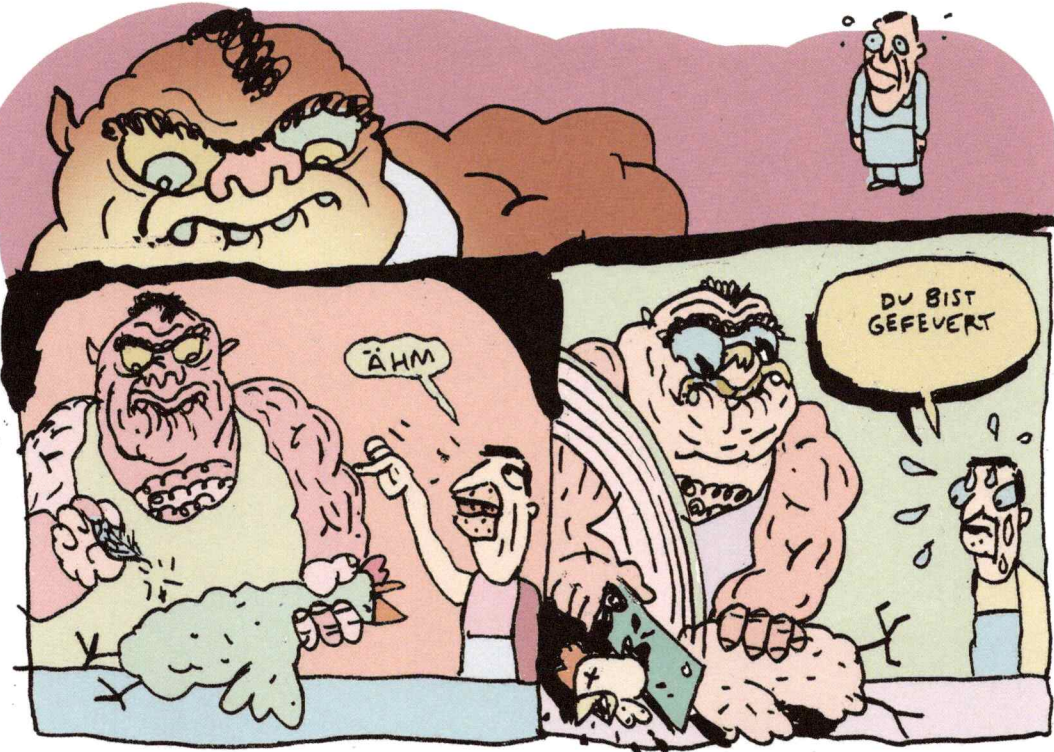
Neue Radikalität

Diese Fehlentwicklungen stellen nicht nur das deutsche Wachstumsmodell, sondern auch das eingeübte Tarifmodell in Frage. Großkonzerne wie Tesla und Amazon, die sich gegen die Tarifpartnerschaft sträuben, stellen die Gewerkschaften vor große Herausforderungen. Es wird sich zeigen, ob der industrielle Wandel in Deutschland durch eine Ausweitung der Tarifbindung sozialverträglich gestaltet werden kann oder die deutschen Gewerkschaften unerprobte, radikalere Wege beschreiten müssen.

Einen solchen Weg hat die von der IG Metall begleitete Teilübernahme der Schwäbischen Hüttenwerke durch ihre Belegschaft vorgezeichnet. Hier gelang es den Beschäftigten nach jahrelangem Kampf, die Zukunft ihres Betriebs im baden-württembergischen Königsbrunn zu sichern, indem sie 15 Prozent ihres Lohns sowie ihr gesamtes Weihnachtsgeld für die Übernahme von zunächst einem Drittel der Unternehmensanteile aufbrachten. Zusätzlich errangen sie ein Vorkaufsrecht auf die verbliebenen zwei Drittel des Unternehmens von den aktuellen Anteilseignern.

Sollte das Beispiel aus Königsbrunn Schule machen, könnte Deutschland statt Kahlschlag, Massenarbeitslosigkeit und Stagnation nichts geringeres als eine industrielle Demokratisierung bevorstehen. Die strukturellen Voraussetzungen wären durchaus günstig: Viele Betriebe stellen attraktive Produkte her und haben Spielraum für Investitionen. Doch der demokratische und ökologische Umbau der Produktion vollzieht sich nicht von alleine. Die politische Folgenlosigkeit der in den vergangenen Monaten ans Licht gekommenen, zum Teil unmenschlichen Arbeitsbedingungen in Konzernen wie Tönnies oder Amazon zeigt einmal mehr: Die Beschäftigten müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. ⑦





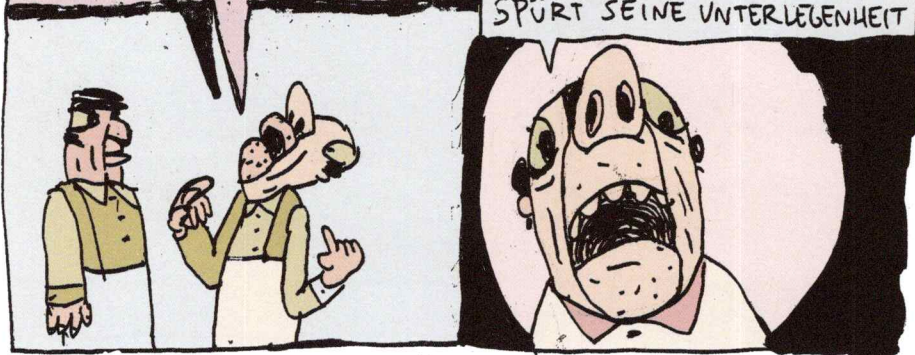


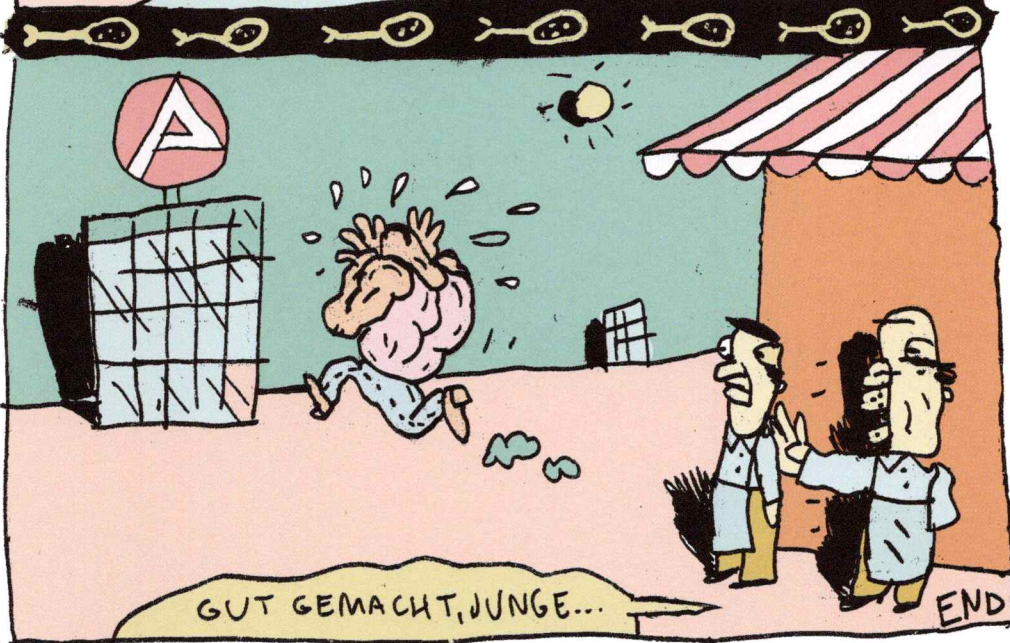
WEISST DU SOHN DU MUSST DIE HIERARCHISCHE ÜBERLEGENHEIT MEHR ZUM AUSDRUCK BRINGEN DU BIST DER JUNIORBOSS DANN ZEIG DAS AUCH



WENN DU MIT IHM REDEST MUSST DU DEN KOPF SO NACH HINTEN NEIGEN

DAS SIEHT DANN SO AUS, ALS WÜRDEST DU IHN VON OBEN HERAB ANSCHAUEN UNTER SPÜRT SEINE UNTERLEGENHEIT





WAS DIE WELT ZUSAMMENHÄLT

Katy Fox-Hodess

32

Die Beschäftigten in der Logistikindustrie haben eine enorme Verhandlungsmacht: Wenn sie streiken, steht die Weltwirtschaft still. Zumindest theoretisch. Im Interview erklärt die Soziologin KATY FOX-HODESS, woran es hakt.

INTERVIEW Alexander Bröntler
und Fabian Vugrin
ILLUSTRATION Zane Zlemeša

Ist es überhaupt noch sinnvoll, von der Logistik als einem separaten Sektor neben der Produktion zu sprechen?

Früher fanden mehr Schritte eines Produktionsprozesses an ein und demselben Ort statt. Heute sind diese Etappen der Produktion in einem viel größeren Ausmaß über verschiedene Räume verteilt. Und jedes Mal, wenn der Prozess von einem Ort zum anderen wechselt, ergibt sich daraus eine Aufgabe für die Logistikindustrie. Wenn wir in der Vergangenheit über Arbeiterinnen und Arbeiter in der Logistik sprachen, dachten wir an Transportarbeiter, die fertige Güter zu den Märkten bringen. Heute müssen wir auch die Bewegungen innerhalb des Produktionsprozesses bedenken.

Welche Rolle spielt dabei die Just-in-Time-Produktion?

Die Just-in-Time-Produktion ist ein wichtiger Aspekt der sogenannten logistischen Revolution, also des Aufstiegs der Logistik zu einem zentralen Bestandteil kapitalistischer Akkumulationsstrategien. Diese Revolution hat vor allem seit den 1970er Jahren stattgefunden. Früher meinte Logistik nur Militärlogistik. Aber in der Nachkriegszeit zog der Sektor zunehmend das Interesse der Wirtschaft auf sich. Das berühmteste Beispiel für diese Verlagerung vom Militär hin zur Wirtschaft ist der Container. Die Verwendung von Containern wurde während des Zweiten Weltkriegs von der U.S. Army erfunden.

Woher kam das plötzliche Interesse der Wirtschaft für die Logistik?

In den 1970er Jahren gab es eine weltweite Rezession, verbunden mit niedrigeren Rentabilitätsraten von Unternehmen im Globalen Norden. Um ihre Profite zu erhöhen, machten die Firmen Kosteneinsparungen durch die

Auslagerung der Produktion in den Globalen Süden, wobei sie die schwächeren Arbeitsrechte und niedrigeren Lohnkosten ausnutzten. Ein weiterer Faktor war das Wachstum der Verbrauchermärkte im Globalen Süden – die Entwicklungsländer verzeichneten damals einen Anstieg des Lebensstandards und des Konsums.

Beide Faktoren führten zu einer Zunahme der Komplexität globaler Lieferketten. Für das Kapital bedeutete das zunächst Kosteneinsparungen und Zugang zu neuen Märkten – aber damit auch logistische Herausforderungen sowie eine erhöhte Anfälligkeit für Störungen.

Wie veränderte das die Geschäftsstrategien der Unternehmen?

Viele Unternehmen gingen von der sogenannten »Push-Production« zur »Pull-Production« über. Bei der »Push-Production« drängen die Unternehmen den Verbraucherinnen durch Prognosen und Marketing ihre Waren auf – effektiv sagen die Firmen den Menschen, was sie kaufen wollen. Ab den 1970er Jahren hingegen nutzten Unternehmen vermehrt neue Technologien wie Barcodes, um schnell auf die Nachfrage der Verbraucher zu reagieren.

Diese Strategie wurde zu einer wichtigen neuen Grundlage für Wettbewerbsvorteile und steht in engem Zusammenhang mit dem Aufkommen der Just-in-Time-Produktion. Die Unternehmen sind bestrebt, ihre Produkte ständig in Bewegung zu halten, sodass diese so wenig Zeit wie möglich in Regalen liegen. Denn Zeit im Regal oder im Lager ist aus Sicht der Just-in-Time-Produktion verlorenes Geld. Stattdessen streben Unternehmen sogenannte »seamless flows« an, also ein möglichst nahtloses Übergehen der Waren aus den Händen der Produzentinnen in die Hände der Verbraucher.

All diese Entwicklungen bedurften einer globalen Logistikindustrie, die den Transport von Waren in verschiedenen Produktionsstadien so schnell und reibungslos wie möglich abwickelt. Nachdem eine Reihe von Unternehmen diese Strategien – Just-in-Time-

Produktion, Pull-Production, Outsourcing und so weiter – übernommen hatte, kam es zu einem Dominoeffekt: Die Konkurrenz zwang immer mehr Firmen dazu, diesem Beispiel zu folgen.

Die gewerkschaftliche Organisation in der Logistikindustrie wird von vielen als eine verpasste Chance der Linken angesehen. Angeblich könnten diese Arbeiterinnen und Arbeiter eine Menge Druck auf das System ausüben. Stimmt das?

Die Betonung sollte darauf liegen, dass Arbeiterinnen und Arbeiter in der Logistik potenziell eine Menge strukturelle Macht haben. Aber es braucht immer noch viel Organisation, um reelle Macht daraus zu machen. Diese Macht ergibt sich aus der Art und Weise, wie die Logistikbranche beschaffen ist: Sie bildet ein Netzwerk globaler Lieferketten mit vereinzelt – aber dafür sehr hohen – Konzentrationen von Infrastruktur, die in Arbeitskämpfen als Angriffspunkte dienen können. Dabei denken wir typischerweise an Mega-Häfen oder große Distributionszentren – aber es gibt auch andere mögliche Wundepunkte in der Logistikindustrie.

Diese Arbeiterinnen und Arbeiter spielen also eine zentrale Rolle in der globalen Wirtschaft und bei der Akkumulation von Kapital und ihnen stehen strategische Angriffspunkte zur Verfügung. Das sind beides notwendige, aber noch keine hinreichenden Bedingungen für einen erfolgreichen Arbeitskampf.

Was hindert die Logistikerinnen daran, sich erfolgreich zu organisieren?

Erstens spielen gesetzliche Faktoren wie das Arbeitsrecht eine Rolle. Zweitens werden Gewerkschaften oft von Staaten, Unternehmen oder außerstaatlichen Akteuren an ihrer Arbeit gehindert. Und drittens kommt es auf den Grad an politischer und sozialer Stabilität in den jeweiligen Ländern an – der Staat und seine Wirtschafts-, Infrastruktur- und Arbeitsmarktpolitik sind also absolut zentral.

Das gilt für die gesamte Logistikbranche, aber insbesondere für die Häfen. Diese

sind für das globale Kapital strategisch enorm wichtig. Ob die Häfen in öffentlichem oder privatem Besitz sind, hat einen großen Einfluss darauf, wie die Arbeiterinnen und Arbeiter in Konflikten Druck ausüben können. Und auch in der Bahnindustrie spielt die Frage von öffentlichem oder privatem Eigentum eine große Rolle. Die immense strategische Macht von Eisenbahnerinnen oder Hafenarbeitern ist für sie aber sowohl ein Vorteil als auch ein Nachteil. Denn je größer die potenzielle Macht der Logistikerinnen ist, die Wirtschaft durch Streiks zu stören, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Staat effektive kollektive Aktionen zu unterbinden versuchen wird. Viele Staaten gehen dabei sehr repressiv vor.

Ein Beispiel für staatliches Handeln mit dem Ziel, die strukturelle Macht von Logistikerinnen zu untergraben, ist die Deregulierung der Straßentransportindustrie in den USA. Die LKW-Fahrer waren dort früher stark gewerkschaftlich organisiert und hatten auch deutlich bessere Arbeitsbedingungen als heute. Es war eine einzige staatliche Entscheidung zur Deregulierung dieses Sektors, welche innerhalb kürzester Zeit dazu führte, dass die meisten LKW-Fahrer zu unabhängigen Auftragnehmern ohne die Rechte der klassischen Lohnarbeiter wurden.

Gibt es Beispiele für erfolgreiche Mobilisierungen oder Bündnisse zwischen Logistikerinnen und der Linken?

In den letzten zehn Jahren gab es unter anderem in Chile Hafenarbeiterkämpfe, die gute Beispiele für die Integration in die größere Arbeiterbewegung darstellen. Vor der Pinochet-Diktatur war die chilenische Gewerkschaftsbewegung eine der stärksten in Lateinamerika – das Land hatte einen sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad sowie eine militante, politisch aktive Gewerkschaftsbewegung. Doch während der Diktatur wurden tiefgreifende Reformen des Arbeitsrechts durchgeführt. Neben der Ermordung, Inhaftierung und dem »Verschwinden« von Hunderten von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern kam es auch zu einem Sys-

» DIE IMMENSE STRATEGISCHE MACHT VON EISENBAHNERINNEN ODER HAFENARBEITERN IST FÜR SIE SOWOHL EIN VORTEIL ALS AUCH EIN NACHTEIL. «

temwechsel auf dem Arbeitsmarkt: Sektorale Tarifverhandlungen – wie sie in Nordeuropa üblich sind – wurden durch Gewerkschaften auf Ebene der einzelnen Unternehmen ersetzt. Das führt dazu, dass innerhalb ein und derselben Firma mehrere Gewerkschaften um Mitglieder konkurrieren.

Wie hat sich das auf das Machtverhältnis zwischen den Tarifparteien ausgewirkt?

Die Macht der Gewerkschaften nahm rapide ab. Und das galt für die Hafenarbeiter genauso wie für jede andere Gruppe von Beschäftigten in Chile. Jeder Hafen hatte mehr als eine Gewerkschaft – es war ein System der totalen Atomisierung und Fragmentierung. Nichtsdestotrotz waren die chilenischen Hafenarbeiter in den letzten zehn Jahren bemerkenswert erfolgreich. Sie verstanden, dass die Fragmentierung der Gewerkschaften zu ihrem Nachteil war – also begannen sie, sich gemeinsam zu organisieren: zunächst auf Ebene der einzelnen Häfen, dann auf regionaler Ebene und schließlich auf nationaler Ebene in einer Organisation namens Unión Portuaria de Chile (UPCH). Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine gesetzlich anerkannte Gewerkschaft, sondern um einen Zusammenschluss von Gewerkschaften. Diese Art der Organisierung mündete in landesweiten Streiks in den Jahren 2013 und 2014.

Sie führten in beiden Jahren fast einmonatige Streiks durch – und das während der Exportsaison von Obst und Gemüse. Sie

konzentrierten sich auf die Häfen, die eine besonders wichtige Rolle in der Exportwirtschaft des Landes spielen, beispielsweise den Hafen von Angamos in Mejillones, der für das wertvollste Exportgut des Landes zuständig ist: Kupfer. In Bezug auf ihre Forderungen gingen die Arbeiter ebenfalls sehr strategisch vor. Die Führung der Gewerkschaft war sich darüber im Klaren, dass der größte und bedeutendste Sieg auf lange Sicht nicht einfach darin bestand, mehr Geld rauszuholen, sondern darin, die Arbeitgeber zur Verhandlung mit der UPHC zu zwingen – mit dem Staat als Vermittler.

Und so haben es die chilenischen Hafenarbeiter mit ihren Streiks geschafft, zum ersten Mal seit der Diktatur wieder einen Präzedenzfall für – gesetzlich nicht vorgesehene – dreigliedrige Tarifverhandlungen auf Branchenebene zu schaffen.

Wie ist ihnen das gelungen?

Ein Teil ihres Erfolgs lag in den engen Verbindungen zu wichtigen Akteuren der chilenischen Linken. Das hat es für den Staat schwieriger gemacht, die Gewerkschaften zu unterdrücken, und gab ihren Forderungen mehr Nachdruck. Denn eines der Probleme von Streiks in der Logistikindustrie ist, dass die Bevölkerung die Auswirkungen direkt spürt. Staaten und Arbeitgeber nutzen das, um die Streikenden zu dämonisieren. Dagegen hilft es, wenn die Streikbewegung sozialen Rückhalt in der Bevölkerung hat.

Außerdem sind die chilenischen Hafenarbeiter stark im International Dockworkers Council (IDC) engagiert – einer internationalen Organisation von Hafenarbeitern. Das IDC drohte in einem Schlüsselmoment des Konflikts mit einer Blockade für Schiffe aus Chile. Das war sehr effektiv. Die Streikenden haben damit nicht nur für sich selbst wichtige Errungenschaften erzielt, sondern ganz neue Maßstäbe für alle chilenischen Arbeiterinnen und Arbeiter gesetzt.

Eine der wichtigsten Lektionen aus der chilenischen Erfahrung ist: Einheit. Weil die Produktion heute derart vernetzt ist, müssen sich Logistikerinnen über ihren eigenen Standort hinaus und international organisieren. Eine weitere Lektion besteht darin, sich nicht allein auf die strukturelle Macht zu verlassen. Nur Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen und politischen Akteuren sichern der Streikbewegung den nötigen Rückhalt in der Bevölkerung.

Ist das so zu verstehen, dass das globale Netzwerk der Logistik lokale Störungen in der Regel gut wegstecken kann und es schon eines systemweiten Schocks bedarf, um es ernsthaft zu erschüttern?

Ganz genau. Das war der Grund, aus dem sich die chilenischen Hafenarbeiter landesweit organisieren mussten. Hätten nur die Arbeiter eines einzigen Hafens gestreikt, dann wären die Schiffe einfach zu einem anderen nahegelegenen Hafen umgeleitet worden – und die

Verhandlungsmacht wäre dahin gewesen. Nationale Einheit und internationale Verbindungen sind in der Logistikindustrie so wichtig wie in keinem anderen Sektor.

Glaubst Du, Logistikerinnen könnten auch im Zentrum des Kampfes für die Dekommodifizierung von Logistikzweigen und ihre Übernahme in die öffentliche Hand stehen?

Ja, und ich denke, Großbritannien ist dafür ein großartiges Beispiel. Die National Union of Rail, Maritime and Transport Workers (RMT), die wichtigste Eisenbahnergewerkschaft des Landes, ist eine sehr linke und militante Organisation. Sie führt seit Jahren eine Kampagne für die Renationalisierung des britischen Eisenbahnsystems. Und auch in Griechenland kämpften die Hafenarbeiter gegen die von der Troika vorgeschriebenen Privatisierungen der Häfen im Zuge der Eurokrise – wenn auch leider erfolglos.

Wie groß schätzt Du das Potenzial ein, dass von Arbeitskämpfen in der Logistik Impulse für eine breitere politische Arbeiterbewegung ausgehen?

Das Potenzial ist definitiv vorhanden. Besonders in dem Bereich, den ich untersuche, also in den Häfen. Einige der historisch bedeutendsten Generalstreiks begannen in Häfen: der Londoner Hafenstreik von 1889, der Generalstreik in San Francisco von 1934 und viele weitere. All diese Streiks gaben der Arbeiterbewegung großen Auftrieb. Der Schlüs-

**»HAFENARBEITER BETEILIGTEN SICH AM KAMPF
GEGEN DIE APARTHEID IN SÜDAFRIKA AM PROTEST
GEGEN DIE KRIEGE IN VIETNAM UND
ALGERIEN, AN DER UNTERSTÜTZUNG DER
BÜRGERRECHTSBEWEGUNG IN DEN USA UND DER
KAMPAGNE FÜR SOLIDARITÄT MIT
DER LINKEN IN CHILE.«**

sel ist dabei die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschafterinnen und politischen Aktivistinnen. Doch dazu müssen Opportunismus und Symbolpolitik auf beiden Seiten überwunden werden. Gibt es eine tief verwurzelte Politisierung und sinnvolle Verständigung zwischen Aktivistinnen und Gewerkschaftern, dann besteht die Möglichkeit, Streiks in diesen strategischen Sektoren zu nutzen, um einen breiteren politischen Wandel zu bewirken.

Ich komme ursprünglich aus Berkeley in Kalifornien. Neben Berkeley liegt die Hafenstadt Oakland, die eine lange Geschichte von Radikalisierungen in der lokalen Gewerkschaft hat – der International Longshore and Warehouse Union (ILWU). Sie war eine der am stärksten linksgerichteten Gewerkschaften in den USA und ihre Geschichte reicht bis in die 1930er Jahre zurück. Die ILWU, aber auch linke Hafenarbeiter in Europa, beteiligten sich am Kampf gegen die Apartheid in Südafrika, am Protest gegen die Kriege in Vietnam und Algerien, an der Unterstützung der Bürgerrechtsbewegung in den USA und der Kampagne für Solidarität mit der Linken in Chile. Londoner Hafenarbeiter weigerten sich beispielsweise, Waffen zu verschiffen, die nach der Russischen Revolution zur Zerschlagung der Roten Armee im Bürgerkrieg eingesetzt werden sollten.

In den letzten Jahrzehnten haben die Hafenarbeiter in Oakland Aktionen zur Unterstützung von Black Lives Matter und der Occupy-Bewegung sowie für die Befreiung Palästinas durchgeführt und gegen die Kriege in Afghanistan und im Irak protestiert. Auch in Europa gibt es großartige Beispiele dafür, dass sich Hafenarbeiter gegen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und den Krieg im Jemen stellten. Es gibt also eine lange und anregende Geschichte der Rolle von Hafenarbeitern in der Arbeiterbewegung.

Gibt es auch Beispiele dafür, dass sich Logistikarbeiterinnen von der Gegenseite haben vereinbaren lassen?

In der Tat gibt es einige beunruhigende Beispiele für Entwicklungen in die entgegengesetzte Richtung. Beispielsweise die LKW-

Fahrer in Chile, die Anfang der 1970er – wahrscheinlich mit finanzieller Unterstützung durch die CIA – ihre Arbeit aus Protest gegen die linke Regierung von Salvador Allende niederlegten und mit der einhergehenden künstlichen Warenverknappung den Putsch begünstigten. Ein weiteres Beispiel ist die – ebenfalls von der CIA unterstützte – französische Gewerkschaft Force ouvrière (FO). Mit ihrer Hilfe wurde in der Nachkriegszeit die Macht der von der linken Confédération générale du travail (CGT) organisierten Hafenarbeiter in Marseille und anderen Teilen des Landes untergraben, die gegen den französischen Imperialismus mobilisierten.

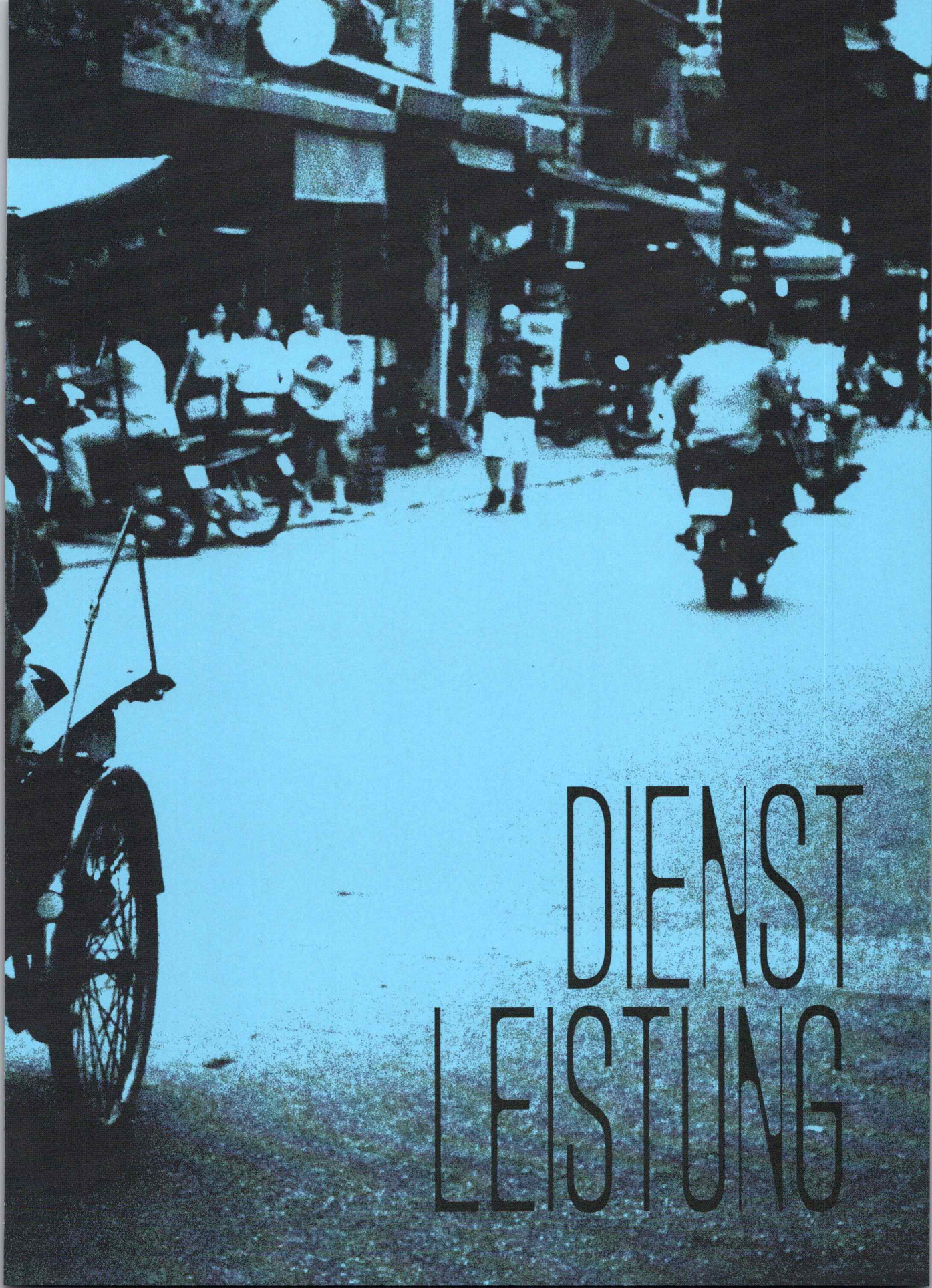
Es ist also nicht so, dass gewerkschaftlich aktive Arbeiterinnen und Arbeiter automatisch links politisiert werden. Aber wie die erstaunlichen positiven Beispiele aus dem 20. und 21. Jahrhundert zeigen, gibt es ein enormes Potenzial für eine sozialistische Mobilisierung. Wir sollten diese Geschichte als Inspiration nehmen, von ihr lernen und auf sie aufbauen. ⑦



Katy Fox-Hodess ist Dozentin für Industrielle Beziehungen und Direktorin für Forschungsentwicklung des Zentrums für menschenwürdige Arbeit an der Universität Sheffield. Sie forscht zur internationalen Solidarität zwischen Gewerkschaften der Hafenarbeiter und zu theoretischen Grundlagen der Arbeitermacht. Sie ist Mitbegründerin des International Labour and Logistics Research Network.

2





Dienst Leistung

INTERVIEWS
Jonas Junack

PORTRÄTS
Paul Lovis Wagner
Nick Jaussi

Den Laden am Laufen halten

Der Dienstleistungssektor bündelt eine unüberschaubare Vielzahl von Berufsgruppen. JACOBIN hat Menschen aus verschiedenen Arbeitswelten getroffen und sich mit ihnen über ihren Job, ihr Leben und die Pandemie unterhalten. Ein Blick in die Kanalisation, den Leichenwagen und über die Supermarktkasse.



»Wir haben alle einen kleinen Dachschaden«

Maria ist ausgebildete Pflegerin. Mittlerweile hat sie außerdem ein Studium begonnen.

Auf was für einer Station arbeitest Du?

Ich arbeite auf einer großen chirurgischen Intensivstation. Wobei wir seit Pandemiebeginn nicht mehr nur chirurgisch arbeiten, sondern auch internistisch, weil die Innere komplett mit Coronapatienten voll ist.

Wie sieht Dein Arbeitstag aus?

Wir arbeiten in drei Schichten, also Früh-, Spät- und Nachtdienste. Der Nachtdienst ist mit über neun Stunden der längste. Jede Schicht hat so ihre Eigenheiten: Im Frühdienst wäscht man die Patienten zum Beispiel. Im Nachtdienst geht es hauptsächlich darum, die Patienten stabil zu halten. Es ist immer ein Kampf ums Leben. Und ich mache gerade sehr viele Nachtdienste.

Hast Du noch so etwas wie einen Schlafrhythmus?

Wenn man Vollzeit arbeitet, geht das eigentlich gar nicht. Bei uns ist es nicht so, dass man eine Woche Frühdienst macht und dann eine Woche spät, sondern es wird jeden Monat komplett neu durch-

einandergewürfelt. Es gibt zwar die Regelung, dass zwischen zwei Diensten mindestens elf Stunden Pause sein müssen, aber auf einen festen Rhythmus kann sich der Körper trotzdem nicht einstellen. Man ist dann schon sehr platt und braucht viel länger für alles.

Seit wann arbeitest Du in der Pflege?

Ich bin seit über vier Jahren Krankenschwester. Aber da muss man eigentlich die drei Jahre Ausbildung noch mit dazu zählen – dann sind es über sieben Jahre. In der Zeit habe ich gesehen, wie sich die Situation von Jahr zu Jahr

verschlechtert – nicht nur für das Pflegepersonal, sondern auch für die Ärztinnen und Ärzte. Alle arbeiten am Limit.

Gibt es Momente, in denen man denkt: »Ich pack das nicht mehr, ich schmeiß hin«?

Ja, auf jeden Fall. Wenn man einen sehr anstrengenden Dienst hat, bei dem man nichts trinkt, nichts isst und gar nicht zur Ruhe kommt, dann fragt man sich schon manchmal: »Was mache ich hier eigentlich? Warum hab ich nicht einen normalen Nine-to-five-Job?« Aber im Endeffekt schmeißt man dann doch nicht hin, denn man arbei-



tet ja mit Menschenleben. Das bedeutet super viel Druck. Aber wir unterstützen uns gegenseitig als Team. Wenn ich merke, dass es jemandem gerade gar nicht gut geht, dann übernehme ich.

Es gibt viele, die arbeiten zum Teil über dreißig Jahre auf Station und können irgendwann einfach nicht mehr. Die sind abgefressen. Aber es gibt auch junge Kollegen, die sich fragen, wie sie den Job mit fünfzig oder sechzig Jahren noch machen sollen – also auch körperlich. Man merkt schon, dass dieser Denkprozess bei vielen im Gang ist. Aber irgendwann müssen wir ja auch an unsere eigene Lebensqualität denken. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen wechseln zu Leiharbeitsfirmen. Da gibt's mehr Geld pro Dienst. Und man kann sich die Arbeit besser einteilen.

Ist die Wut über diese Arbeitsbedingungen ein großes Thema bei Euch?

Die Pflege hat sich daran gewöhnt, dass man mit ihr macht, was man will. Das ist ein Riesenproblem. Aber in den letzten Monaten kommt die Pflege immer mehr zu Wort und es gab auch mehr Bewegungen und Streiks. Bei uns auf Station setzen sich auch viele junge Leute dafür ein, dass sich was ändert. Wenn jetzt ein Streik oder eine Petition ansteht, dann nehmen sie sich vor und nach dem Dienst die Zeit, das Kollegium zusammenzutrommeln und darüber aufzuklären.

Wie hast Du die Diskussion über Systemrelevanz erlebt?

Es ist gut, dass wir mal mehr in den Fokus getreten sind. Aber im Endeffekt hat sich politisch und in unserem Arbeitsalltag nichts geändert. Die Menschen haben

geklatscht, gut. Das ist natürlich kurz schön – aber dauerhaft helfen tut es nicht.

Hat Dir Corona Angst gemacht?

Meine größte Sorge war, dass ich unerkannt positiv sein und andere anstecken könnte – ob nun auf der Station oder im Privaten. Wenn man auf einer Intensivstation arbeitet, bekommt man ja nur die Extremfälle mit. Ich sehe nie eine leichte Form der Erkrankung, sondern wirklich immer nur das Schlimmste vom Schlimmen. Wir haben alle einen kleinen Dachschaden. Schon allein deshalb, weil wir freiwillig und gerne in so einem Bereich weiterarbeiten.

Was muss sich in der Pflege verändern?

Es gibt ganz viele Punkte, an denen man eingreifen könnte. Das fängt schon bei der Ausbildung an: Es wäre wichtig, mehr Leute zu animieren, diesen Beruf zu wählen. Wir haben schließlich einen krassen demografischen Wandel in Deutschland. Und das merken wir in der Pflege. Außerdem werden die Krankheitsbilder immer komplizierter. Aber um den Job attraktiver zu machen, muss man zum Beispiel den Pflegeschlüssel verbessern. Momentan haben wir einfach viel zu viele Patienten pro Pflegekraft.

Damit sich etwas ändern kann, muss die Pflege besser in der Politik vertreten werden. Es gibt in Deutschland siebzehn Ärztekammern, aber nur drei Pflegekammern. Ich hätte mir während der Pandemie schon gewünscht, dass zum Beispiel Jens Spahn mal im Krankenhaus hospitiert. Nicht als PR-Aktion, sondern ohne Kamera – einfach um zu sehen, wie die Zustände wirklich sind und wie so

eine Schicht aussieht. Ein Politiker, der noch nie in dem Bereich gearbeitet hat, der weiß ja gar nicht, was das für eine Arbeit ist.

Wie sähe Dein persönlicher Traum-Arbeitstag ganz konkret aus?

Nehmen wir als Beispiel einen Frühdienst: Ich komme um 6 Uhr auf Station. Es wird ganz entspannt Übergabe gemacht. Ich kann ganz entspannt meinen Patienten-Check durchführen. Und danach kann ich mich vielleicht kurz hinsetzen und eine Tasse Tee trinken, bevor ich loslege. Dann hätte ich Zeit, in Ruhe die Medikamente für meine Patienten vorzubereiten. Ich würde mir wünschen, dass ich mir Zeit nehmen kann, auch wirklich zu pflegen – dass ich beim Waschen der Komapatienten auch mal die Zeit habe, sie zu rasieren oder ihnen die Fingernägel zu schneiden. Und bei wachen Patienten wäre es natürlich schön, sie mobilisieren zu können, damit sie mal aufrecht sitzen. Und dann auch ein bisschen mit ihnen zu sprechen.

Ich würde mir einfach mehr Zeit wünschen – und vielleicht auch mal eine Mittagspause. Wenn ich mir auf Station etwas in die Mikrowelle schiebe, dann esse ich es immer erst, wenn es schon wieder kalt ist. Denn es kommt immer etwas dazwischen. Manchmal machen wir Witze, dass wir eigentlich die ganze Zeit Infusionsständer dabei haben müssten, damit wir immer Flüssigkeit über die Vene kriegen. Sonst haben wir nämlich kaum Zeit, etwas zu trinken während der Schicht.

Aber eines möchte ich nochmal betonen: Auch wenn ich mich viel beschwere und die Arbeitsbedingungen sehr hart sind – ich liebe meinen Job. 

»Vor der Pandemie war das ein richtiger Treffpunkt«

Binta ist seit vielen Jahren Hairstylistin und betreibt ihren eigenen Laden.



Wie bist Du zu Deinem Beruf gekommen?

Das ist lange her. Meine ältere Schwester ist auch Hairstylistin. Von ihr habe ich früh eine Menge gelernt. Sie lebt und arbeitet jetzt in London. Meine andere Schwester arbeitet in Baltimore, auch als Hairstylistin. Wir sind eine richtige Familie von Hairstylistinnen. Dass ich richtig gut bin in diesem Beruf, habe ich das erste Mal realisiert, als ich einmal die Haare der Frau des Präsidenten von Gambia machen sollte. Das ist jetzt über dreißig Jahre her.

Und wie kam es, dass Du Deinen eigenen Laden aufgemacht hast?

Ich habe jahrelang in Berlin-Schöneberg in einem Friseursalon gearbeitet. Irgendwann haben mein Mann und ich entschieden, dass wir einen eigenen Laden aufmachen wollen. Das war vor über zwanzig Jahren. Seitdem sind wir ein paar Mal umgezogen, weil zum Beispiel das Haus verkauft wurde, in dem wir unseren Salon hatten. Aber seit dreizehn Jahren bin ich jetzt hier im Laden und mache Haare oder verkaufe Kunst.

Wie war es für Dich, auf einmal nicht mehr Angestellte, sondern selbst Chefin zu sein?

Es war nicht schlecht als Angestellte. Ich habe mich immer gut mit meinen Chefs verstanden. Aber sein eigener Chef zu sein, hat natürlich auch Vorzüge: Zur Zeit mache ich um 11 Uhr auf, weil wegen Corona nicht so viel los ist. Normalerweise öffne ich um 10 Uhr und schließe Abends um 9 Uhr. Aber das kann ich einfach selbst entscheiden. Und ich kann anderen Menschen etwas beibrin-

gen. Ich habe eine Angestellte und immer wieder junge Menschen, die Praktika machen. Das macht mich glücklich.

Wie geht es Dir mit der Pandemie?

Mit dem Laden bin ich gut durchgekommen bisher. Ich musste mehrmals schließen wegen des Lockdowns, doch mit den Hilfen konnte ich die Miete und meine Angestellte bezahlen. Dafür bin ich sehr dankbar. Aber die Kundinnen trifft die Pandemie natürlich. Es ist alles anders mit den Schnelltests und den Begrenzungen. Ich bin es gewohnt, dass der Laden voll ist. Früher waren hier immer eine Menge Leute. Das ist im Moment natürlich anders. Und ich vermisse es, zu reisen. Normalerweise bin ich viel unterwegs wegen meiner Arbeit. Das geht jetzt nicht mehr. Aber ich hätte sowieso Angst, mich in den Zügen und Flugzeugen anzustecken.

Welche Rolle spielt denn das Soziale in Deinem Laden?

Eine große! Viele Kundinnen und Kunden kommen zu mir, weil sie sich hier zu Hause fühlen. Vor der Pandemie war das ein richtiger Treffpunkt. Manche Leute sind hergekommen, auch wenn sie gar nichts kaufen wollten. Wir haben dann in einer großen Runde afrikanisches Essen gegessen. Dass das zur Zeit nicht geht, trifft mich schon sehr. Ich bin jemand, der den Trubel liebt. Ich genieße es, wenn Menschen um mich herum sind.

Was wünschst Du Dir für die nächsten Jahre und für Deinen Laden?

Mir glaubt das zwar niemand, aber ich werde in drei Jahren 65. Das heißt, ich kann bald in Rente gehen. Aber solange mein Körper es zulässt, werde ich weiterarbeiten. Das Problem ist: Die Arbeit geht ganz schön in den Rücken durch das ewige gebückt Stehen. Meine Tochter studiert gerade noch, aber sie will den Laden übernehmen. Das freut mich sehr, denn hier stecken viele Erfahrungen und Erinnerungen drin. 7

»Mit den Hilfen konnte ich die Miete und meine Angestellte bezahlen.«

»Oft ist der Schädlingsbefall in Wirklichkeit nur im Kopf«

Daniel Krämer *ist Schädlingsbekämpfer und Chef seines eigenen Unternehmens.*

Seit wann arbeitest Du in der Schädlingsbekämpfung?

Seit ich sechzehn bin – weil ich nicht kochen kann. Meine Eltern sind nämlich beide Köche. Nur ich habe absolut kein Talent dafür. Aber in den Gastronomie-Küchen trifft man natürlich auch immer wieder auf Schädlingsbekämpfer. Und da hieß es: Die verdienen gutes Geld, kennen sich überall aus und gehen durch alle Türen, auf denen »Betreten verboten« steht. Das ist für einen Sechzehnjährigen natürlich interessant.

Fährst Du selbst raus oder machen das Deine Mitarbeiter?

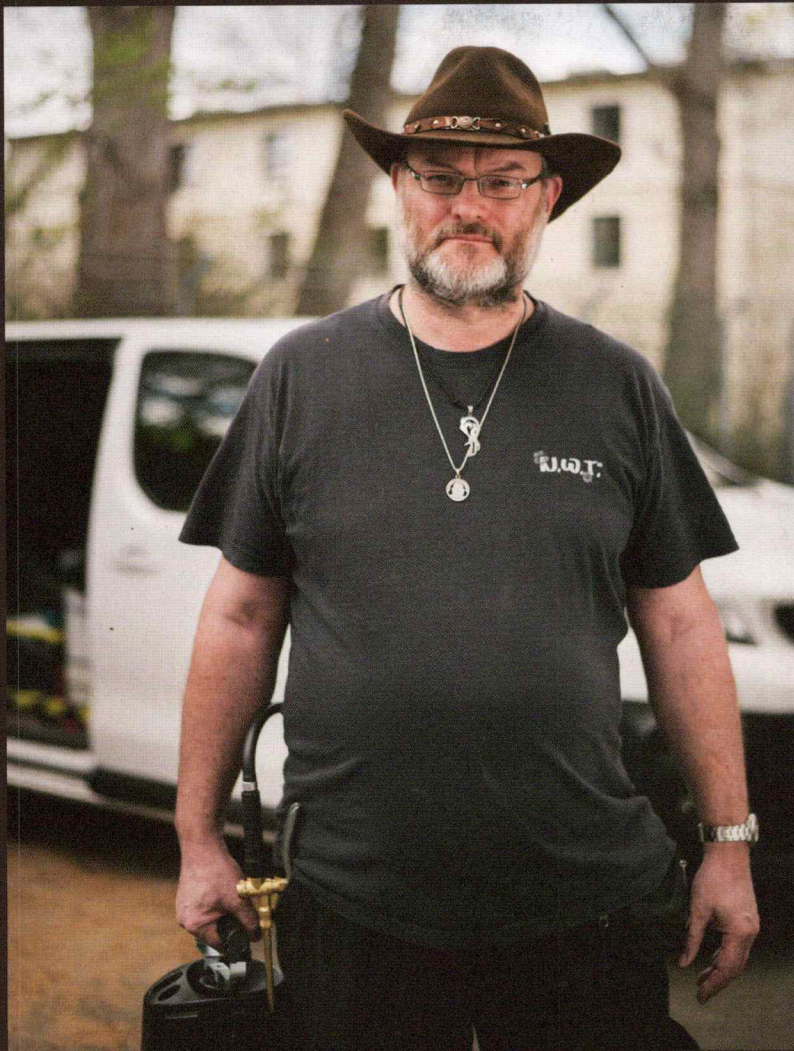
Ich fahr raus, wenn es größere Probleme gibt. Zum Beispiel wenn ein Betrieb aus der Lebensmittelindustrie irgendwelche Fallen oder Maßnahmen haben will, die überhaupt keinen Sinn ergeben. Oder wenn es in die Kanalisation geht. Da habe ich zwanzig Jahre gearbeitet – ich weiß, wie es aussieht da unten.

Habt Ihr eigentlich irgendwann Feierabend oder seid Ihr immer auf Abruf?

Normalerweise ist die Schädlingsbekämpfung ein Fulltime-Job. Aber das läuft bei uns anders. Ich will, dass meine Mitarbeiter um 16 Uhr Feierabend haben.

Wie hat Euch die Pandemie getroffen?

Wir haben es vor allem daran gemerkt, dass uns einige Hotels weggebrochen sind, die wir normalerweise betreuen. Geimpft wurden wir aber nicht, auch wenn wir natürlich systemrelevant sind – wir können ja schließlich nicht einfach so aufhören zu arbeiten. In meiner Familie hatten schon Leute Corona, aber ich habe mich nicht angesteckt. Vielleicht liegt das auch daran, dass ich so lange in der Kanalisation gearbeitet habe. Dort unten fliegt jeder Erreger rum, den man sich vorstellen kann. Da atmet man alles ein, die Aerosole der ganzen Stadt. Ich war in den letzten zehn Jahren einen halben Tag mit Kopfschmerzen zu Hause – das war's.



Wie geht Ihr mit den Menschen um, die einen Schädlingsbefall haben? Für viele ist das ja auch eine psychische Belastungssituation.

Es kommt sehr darauf an, wie gut sich die Betroffenen auskennen. Wenn man ein wenig Bescheid weiß über die Tiere, die bei einem rumkrabbeln, dann verlieren sie schnell an Schrecken. Oft ist der Schädlingsbefall auch in Wirklichkeit nur im Kopf. Viele hatten mal einen Befall, der beseitigt wurde, müssen aber immer noch ständig daran denken und sehen ihn dann auch überall. Das ist wie wenn jemand über Läuse redet – da juckt auch allen direkt der Kopf.

Wie ist denn Dein Verhältnis zu den Schädlingen?

Ich sehe das so: Es ist nicht die Natur, die sich an uns anpassen muss, sondern wir müssen lernen, mit der Natur zu leben. Die Schädlinge sind ja nicht von Haus aus Schädlinge, sondern der Mensch macht sie dazu. Der Mensch hat mit der ersten Schweinezucht und dem ersten Kornspeicher ein Überangebot geschaffen, in dem sich gewisse Arten enorm schnell verbreiten können. Wir sorgen dafür, dass dieser Bestand auf ein gesundes Maß reguliert wird. Wir rotten ja keine Arten aus. Deswegen sehen wir uns auch als Schädlingsregu-

latoren und nicht als Schädlingsbekämpfer.

Das klingt fast, als wärst Du ein Jäger.

Ich sehe mich eher als eine Art Detektiv: Ich bekomme die ganzen Indizien und muss dann mein Wissen einsetzen, um am Ende den Fall lösen. Wenn ich zum Beispiel einen Moderkäfer entdecke, dann weiß ich, dass irgendwo ein Schimmelrasen sein muss. Oft sieht man den gar nicht, weil der weiß auf weißer Tapete sitzt. Aber er ist da.

Wie sollte das Zusammenleben von Mensch und Natur Deiner Meinung nach aussehen?

Wir Menschen müssten uns mehr Wissen über die Tiere aneignen. Dann hätten wir auch weniger Angst vor ihnen. Und die Architektur könnte ihren Teil dazu beitragen: Die ganzen Schächte und Winkel in unseren Häusern bieten natürlich ideale Bedingungen für alle möglichen Tiere. Man könnte ungeziefergeschützter bauen – aber das macht niemand. Das ist den Leuten viel zu teuer.

Hat sich der Job über die Jahrzehnte durch den Klimawandel verändert?

Klar! Es gibt invasive Arten – die Tigermücke zum Beispiel. Darauf bereitet man sich vor in unserem Beruf. Es finden Gesprächsrunden statt, in denen diskutiert wird, wie man am besten dagegen vorgeht. Im Prinzip war es auch mit dem Coronavirus nicht anders: Uns ist schon seit Jahrzehnten klar, dass solche Mutationen vermehrt auftreten. Wir wissen, dass solche Dinge auf uns zukommen. 7

A photograph of a man with short dark hair, wearing a dark jacket over a red sweater, standing with his eyes closed and hands clasped in front of him. He is in a garden-like setting with green bushes. In the background, a large white mosque with a prominent minaret is visible under a clear blue sky. Bare trees are also present in the scene.

»Offen
gesagt,
die meisten
Bestatter
sind
Betrüger«

Işıkali »Ali« Karayel ist Bestatter.
*Seine Firma beerdigt Menschen aus
allen möglichen Religionsgemeinschaften
und Erdteilen.*

Wie bist Du Bestatter geworden?

Ein Freund von mir hat bei einem großen Bestattungsunternehmen mit mehr als 220 Filialen gearbeitet. Die brauchten jemanden im organisatorischen Bereich – und ich war Diplom-Kaufmann. Aber ich habe gesagt: »Bevor ich anfangen will ich zwei Wochen mit einem Bestatter mitfahren.« Mit dem Tod hatte ich vorher nicht viel zu tun gehabt. In diesen zwei Wochen habe ich gesehen, wie sich die Familien bei dem Bestatter bedankt haben. Dieses Dankeschön, das kann man sich nicht kaufen, mit keinem Geld der Welt. Und da habe ich gedacht: »Das will ich machen.« 2013 habe ich mich dann selbstständig gemacht und biete seitdem Bestattungen an. Vor allem im muslimisch ethnischen Bereich.

Wie sieht Dein Arbeitsalltag aus?

Das ist ein Fulltime-Job: 24 Stunden, sieben Tage die Woche, das ganze Jahr über. Ich habe sogar einen Handyvertrag für die Türkei, damit ich auch im Urlaub erreichbar bin. Ich kann meinen Kunden ja nicht sagen: »Ruf mal lieber woanders an.« Nein, ich muss immer ansprechbar sein und im Zweifelsfall helfen. Ein Beispiel: Da war ein älterer Herr – seine Frau war nach über vierzig Jahren Ehe verstorben – der rief mich fast alle zwei Stunden

an. Und wenn ich sage, alle zwei Stunden, dann meine ich auch die ganze Nacht über. In so einer Situation kann ich das Telefon nicht ausschalten. Da muss ich rangehen und für diesen Menschen da sein.

Wie hast Du die Pandemie in Deinem Arbeitsalltag wahrgenommen?

Das Interessante ist, dass es viel weniger Sterbefälle gab im Lockdown. Das hat etwas damit zu tun, dass die Leute keine Unfälle bauen, weil sie nicht rausgehen. Und die Menschen, die an Corona versterben, können nicht von den Angehörigen gewaschen werden. Bei muslimischen Bestattungen ist die Totenwaschung ein sehr wichtiger Ritus. Auch für die Trauerbewältigung. Aber das fällt natürlich weg, schließlich könnte sich sonst jemand an den Verstorbenen mit Corona infizieren.

Wie hat sich das Trauern verändert?

Bei muslimischen Beisetzungen ist in der Regel der ganze Saal gefüllt. Vor der Pandemie gab es manchmal keinen Platz mehr zum Sitzen – denn es ist ein Muss, sich zu verabschieden oder der Familie Beileid zu bekunden. Das alles fällt jetzt weg. Und das ist für die Älteren ganz besonders schwierig, weil sie ja auch noch Risikopersonen sind.

Wie war das für Dich persönlich, als die Pandemie losging.

Hattest Du Angst?

Also ich persönlich nicht. Komischerweise. Ich habe mir nie Gedanken darüber gemacht, dass ich mich anstecken könnte. Ich habe sowieso schon immer so einen Sauberkeitsswahn gehabt – muss mir ständig die Hände waschen und so weiter. Immer darauf zu achten, dass man sauber arbeitet und Hygienevorschriften einhält, ist in unserem Beruf auch vor der Pandemie schon wichtig gewesen.

Gibt es Dinge, die Du Dir für Deinen Berufsstand wünschst?

Offen gesagt, die meisten Bestatter sind Betrüger. Die nutzen die Notsituation der Menschen aus. Bei *Lucky Luke* gibt es diesen Bestatter, der läuft immer mit einem Maßband rum und misst alle Menschen aus, um zu schauen, wie groß später ihre Särge sein müssen. Das trifft es ganz gut. Da bräuchte es mehr staatliche Kontrollen. Und der Staat sollte grundsätzlich alle Bestattungen bezahlen. Es gibt zwar Geld vom Amt, wenn man sich die Beerdigung von Angehörigen nicht leisten kann, aber das reicht hinten und vorne nicht.

Die Menschen arbeiten ihr Leben lang, sie zahlen für ihre Rente und dann sollen sie auch noch ihren eigenen Tod bezahlen? Das verstehe ich nicht. Der Staat sollte die Menschen wenigstens würdevoll beisetzen und nicht mit so einem Sozialtarif vertrösten. Bestimmte Sachen muss der Staat einfach bezahlen. Und der Tod gehört auf jeden Fall dazu. Das ist wenigstens etwas, was er den Familien zurückgeben kann, sozusagen das letzte Geschenk. Und das sollte sein. 7

»Von der Systemrelevanz ist nichts mehr übrig«



Maurike Maaßen *arbeitet im Lebensmittelhandel als Kassenkraft und ist Betriebsrätin bei Netto.*

Wie habt Ihr als Team die Pandemie bisher überstanden?

Wir sind schon sehr gut zusammengewachsen und haben uns gegenseitig unterstützt. Trotzdem ist uns nicht entgangen, dass die Kunden immer aggressiver werden. Mir ist zwar klar, dass bei einigen die Nerven blank liegen: Viele von unseren Kunden sind in Kurzarbeit oder können sich einfach nicht mehr so viel leisten. Ich kann das alles nachvollziehen.

Aber ich verstehe nicht, warum sie das an uns auslassen müssen, denn wir erleben die Zeit ja genauso.

Kannst Du ein Beispiel geben?

Ich weiß von einer Kollegin, die zusammengeschlagen wurde, weil sie einen Kunden nicht reinlassen wollte, der keine Maske dabei hatte. Das ist zwar ein Einzelfall, aber wir erleben wirklich oft verbale Gewalt: Wir werden an-

geschrien, wir werden beleidigt. Ganz schlimm war es, als die Ware begrenzt wurde. Was wir uns da anhören mussten, das war heftig.

Aber im Endeffekt geht es ja um unseren Job – wenn ich mich nicht daran halte, verliere ich meine Arbeit. Was das angeht, ist die Situation schon sehr schlimm geworden. Wir helfen uns zwar gegenseitig und sprechen uns Mut zu, aber letztendlich muss trotzdem jeder gucken, wie er damit klarkommt.

Hat sich Eure Rolle im Lebensmittelhandel verändert?

Schließlich ist der Supermarkt jetzt schon seit langem einer der wenigen Orte, an den die Menschen noch gehen können.

Klar! Ältere Leute kommen rein und quatschen dann mit uns, weil sie sonst keinen mehr haben. Das macht auch Spaß, ich finde es schön. Ansonsten hat sich eigentlich nicht so wahnsinnig viel geändert. Wir hatten natürlich darauf gehofft, dass wir aufgrund der »Systemrelevanz«, wie es ja so schön hieß, etwas für den Handel im Allgemeinen erreichen können würden. Aber von der Systemrelevanz ist scheinbar nichts mehr übrig.

In der ersten Phase haben wir dann irgendwann Pralinen oder Blümchen von den Kunden bekommen. Das ist ja ganz nett. Aber das war innerhalb kürzester Zeit alles vergessen und es trat genau das Gegenteil ein. Dann hätte ich mir die Dankeschöns auch schenken können. Unser Beruf müsste einmal richtig aufgewertet werden.

Inwiefern?

Ich kann das an einem Beispiel klarmachen: Da habe ich mich mit einer Kundin unterhalten und sie sagte irgendwann: »Wie so sind Sie denn Verkäuferin geworden? Sie sind doch so intelligent!« Da wusste ich nicht, was ich dazu sagen sollte. Verkäuferinnen sind nichts wert. Und das muss sich ändern!

Denn der Job ist wirklich nicht ohne. Wenn ich jemanden einarbeite, fällt mir immer wieder auf, was für ein Wust an Dingen das ist, den dieser junge Mensch an einem Tag lernen muss, damit er demnächst an der Kasse sitzen kann. Es ist irre. Oder die körperliche Arbeit im Laden. Ich sehe die Rücken, die kaputt gehen, der ganze Körper leidet darunter. Aber irgendwie ist das alles nichts wert.

Wie könnte so eine Aufwertung ganz praktisch aussehen?

Also zum einen sollte sich das natürlich im Gehalt widerspiegeln. Dass ist es, was sich die meisten wünschen. Mir ist aber wichtiger, dass die Unternehmen gezwungen werden, die Tarifverträge anzuwenden. Was der Tarifvertrag hergibt, ist ja im Grunde genommen nur das Minimum, das man verdienen sollte. Das ist ja nicht so wahnsinnig viel. Doch zumindest das sollte jeder bekommen – nicht nur Mindestlohn oder noch weniger. Aber alles wehrt sich dagegen. Es wäre eine große Aufwertung für unseren Berufsstand, wenn die Politik die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erklären würde.

Und abgesehen vom Gehalt?

Auch rein sprachlich sollte sich etwas ändern. Wenn eine Mutter mit ihrem Kind vor mir steht und das Kind sagt: »Mama, ich möchte auch Verkäuferin werden«, dann sagt die Mutter: »Bloß nicht! Du willst was Vernünftiges.« In der Sprache der Leute muss klar werden: Auch eine Verkäuferin ist was wert.

Vor vier Jahren hast Du in einem anderen Interview schon einmal gesagt: »Ich wünsche mir eigentlich, dass unsere Arbeit respektiert wird.« Was ist denn passiert oder eher nicht passiert, dass Du jetzt genau das selbe sagst wie damals?

Ganz einfach: Es ist nichts passiert, gar nichts. Wir haben natürlich in der Zwischenzeit mit verschiedenen Politikern gesprochen. Zum Beispiel mit dem Herrn Heil und mit vielen anderen von der SPD, der CDU und auch von der Linken. Aber es kommt nichts. Es ist alles hohles Gerede. Keiner macht irgendwas und deswegen geht es immer so weiter.

Was gibt Dir den Antrieb, trotzdem weiterzumachen?

Zwischendurch gibt es ja auch immer wieder Situationen, in denen man dann doch einmal kleine Erfolge verbuchen kann; in denen man etwas für die Kollegen erreicht, das ihnen wirklich hilft. Und das gibt auf jeden Fall Mut. Außerdem bin ich ein sehr sturer Mensch. Also werden wir mit Sicherheit nicht aufhören. Wir geben nicht auf. ☹

»Sie sind doch so intelligent!«

Die Politik der Anerkennung ist gescheitert

Klassenkampf wurde durch Respekt ersetzt.
Das rächt sich nun.

TEXT Ines Schwerdtner
ILLUSTRATION Marie Schwab

Niemand dachte wirklich, dass abendliches Applaudieren die Arbeitenden auf den Intensivstationen und an den Supermarktkassen durch die Krise bringen würde. Spätestens als die Bundestagsabgeordneten im Plenum klatschten, verkehrte sich die anfangs noch gut gemeinte Geste in Hohn. Fast zeitgleich lockerte die Regierung das Arbeitszeitgesetz, das Mindestruhen und Höchstarbeitszeiten regelt – Pausen, die einst hart erkämpft wurden.

Die menschnahen Tätigkeiten, die Berufe der Grundversorgung und der Dienstleistung rückten plötzlich ins Zentrum – doch alles, was sie bekamen, war Symbolpolitik. Angela Merkel konnte den Menschen, die »den Laden am Laufen halten«, von Herzen danken, ohne aber Prämien oder ausreichend Arbeitsschutz zu gewähren. Die SPD verspricht im Wahlkampf eine »Gesellschaft des Respekts« und Olaf Scholz spricht bedeutungsschwanger von der »Würde der Arbeit«, als hätte er mit dem von seiner Partei geschaffenen Niedriglohnsektor nichts zu tun.

Natürlich sehnen sich Arbeiterinnen und Arbeiter nach Respekt für das, was sie tagtäglich tun.

Ein aufrichtiges »Danke« erfreut jeden Menschen und sollte zum Grundrepertoire sämtlicher sozialer Beziehungen gehören. Als politisches Programm hat die reine Anerkennung aber ihre Tücken: Für die Herrschenden ist sie günstig zu haben – ja genau genommen kostet sie überhaupt nichts. Sie bedeutet auch keine Übertragung von Macht oder Entscheidungsgewalt; sie belässt praktischerweise alles genau so, wie es ist. Reale Forderungen der arbeitenden Menschen nach Absicherung, Tarifverträgen oder mehr freier Zeit werden mit Respekt übertüncht.

Nicht erst seit gestern

Diese Form von Politik, die sich darauf beschränkt, die richtige Haltung zu verkörpern oder die überlegene moralische Sicht auf die Dinge zu vertreten, ist schon seit einiger Zeit im Kommen. *Virtue signaling*, also die Zurschaustellung von Tugendhaftigkeit, ist wichtiger geworden als politische Ergebnisse. Eine überschwängliche Geste oder die Übernahme eines Symbols können ausreichen, um sich auf der Seite der Guten zu behaupten.

Auch wenn die griffbereiten Anglizismen das vermuten lassen, handelt es sich bei dieser Wende zur moralisch aufgeladenen Politik um keine angel-



sächsische Erfindung. Die Kritische Theorie, eine der Hauptreferenzen der zeitgenössischen Sozialtheorie und prägend für Generationen von Linken in der Bundesrepublik, sagte sich in ihrer zweiten Generation durch Jürgen Habermas von der »Arbeit« und ihrer marxistischen Analyse los und ersetzte sie durch »Interaktion« und später »Kommunikation«. Was nach einer sprachlichen Spitzfindigkeit klingen mag, war in Wahrheit eine sozialwissenschaftliche Wende, die sich bis heute in den meisten politischen Diskussionen niederschlägt.

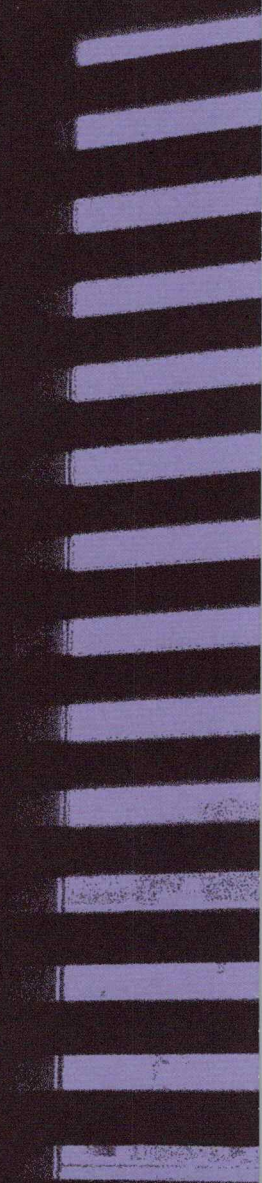
Axel Honneth, Hauptfigur der dritten Generation der Kritischen Theorie, drehte das Rad noch etwas weiter und hob den Begriff der Anerkennung ins Zentrum seines Denkens. Obwohl er damit weniger Bekanntheit erlangte als seine Vorgänger, drang seine Grundidee tief in die Kapillaren der gesellschaftlichen Debatte ein. Indem die Kritische Theorie die Analyse von Arbeit und Klassen hinter sich ließ und sich einer Theorie der Anerkennung verschrieb, schuf sie – wenn auch unabsichtlich – ein Gegenangebot zu der Kritik an ökonomischen Machtverhältnissen. Ein für viele attraktives Angebot zudem, da die Sprache der Anerkennung in der akademischen Umgebung weniger aneckte als das marxistische Insistieren darauf, dass zunächst das Fressen kommt

und dann erst die Moral. Und auch sozialdemokratische Parteien haben es mit dieser Form der Anerkennungspolitik leichter, minimale Verbesserungen für die arbeitende Klasse mit dem großen Wort des »Respekts« zu überschreiben.

Gerade in einer pandemischen Krise, welche die unbedingt notwendige Arbeit an und mit den Menschen und ihren Grundbedürfnissen ins Zentrum gerückt hat, hätte ein zupackendes Verständnis gesellschaftlicher Verhältnisse geholfen, sich von Anfang an nicht mit Applaus abspesen zu lassen. Diese Anerkennungspolitik ist auch deshalb so krachend gescheitert, weil sie es nicht mehr schafft, die Not der Massen zu überdecken, die im wachsenden Dienstleistungssektor arbeiten. Dabei sind diese Tätigkeiten besonders anfällig für anerkennende Gesten: Der sehr weibliche und menschnahe Sektor lebt gewissermaßen von der Aufopferungsbereitschaft der Einzelnen.

Doch wenn ein Pfleger in einer Talkshow auch ein Jahr nach Beginn der Pandemie sagen muss, dass Klatschen einfach nicht ausreicht, dann verschafft sich die Lebenswirklichkeit der arbeitenden Menschen wieder Gehör. Nimmt man ihre Forderungen ernst, merkt man schnell, dass bloße Anerkennung ohne Umverteilung von Macht, Zeit, Geld und Ressourcen eigentlich gar keine ist. ⑦

3



HOME OFFICE



Fiverr-Träume



Wenn Du zu lange in den Freelancing-Abgrund blickst, blickt er irgendwann in Dich hinein.

Vor ein paar Jahren war ich auf einer Dinnerparty außerhalb meines gewohnten sozialen Habitats. Wäscheleinen, gespickt mit bunter Unterwäsche und Happy Socks® überspannten einen langen Korridor, der mit Türen zu Schlafzimmern von Erwachsenen gesäumt war – Lebensumstände, für die der Sozialismus einst kritisiert wurde, machen im Spätkapitalismus ihr gefeiertes Comeback. Rauch und Unternehmergeist hingen in der Luft. In der Küche unterhielt man sich aufgeregt über weltverändernde Apps, die den Klimawandel rückgängig machen, die Märkte und die Menschen befreien, die Flüchtlingskrise lösen oder irgendeinen Aspekt des täglichen Lebens automatisieren und so kostbare Zeit freisetzen könnten. »Noch mehr Zeit zum Arbeiten«, dachte ich mürrisch bei mir. Auch E-Mails hatten uns das einst versprochen. Doch nicht mehr zur Post gehen zu müssen, um einen Brief zu verschicken, bedeutete am Ende nur, immer mehr Mails beantworten zu müssen. Der neoliberale Arbeitskult, der die Erwartung weckt, man müsse bloß mehr arbeiten, um hinterher weniger arbeiten zu müssen, ist nichts als eine Lüge zur Maximierung der Motivation.

Mir gegenüber saß ein breitschultriger, blonder Mann mit einem breiten, warmen Lächeln. Um mich in die Abendgesellschaft zu integrieren, fing ich ein Gespräch mit ihm an. Er war Mitte bis Ende zwanzig, arbeitete bei einem Berliner Start-up und hatte die Go-Getter-Aura von jemandem, der morgens ganz unironisch zu »Eye of the Tiger« aufsteht. Wie viele andere am Tisch verbrachte er seine Wochenenden und seltenen freien Abende damit, an seiner eigenen technologischen Revolution zu tüfteln. Er war »Strategic Design Resident«. Wie ich später herausfand, heißt das so viel wie »ein unbefristet unbezahlter Praktikant, finanziert von der MVB« – der Mutti-und-Vati-Bank. Ich nahm es ihm und seinen Eltern nicht übel. Was die Gesellschaft heute vor dem Kollaps bewahrt, ist folgende unausgesprochene Wahrheit: Um über die Runden zu kommen, sind die meisten Millennials auf finanzielle Unterstützung angewiesen – in der Regel von ihren Eltern. Für jedes unterbezahlte Praktikum geht irgendwo einem Elternteil ein Lebensunterhalt vom Konto ab.

Weniger privilegierte Uniabsolventinnen haben keine andere Wahl, als ihre Sommerferien durchzuarbeiten, um sich die Teilnahme an der Praktikums-lotterie leisten zu können und vielleicht einen Job zu ergattern. Das habe ich selbst auch hinter mir: Ich habe bis tief in die Nacht geschuftet und an den Wochenenden freiberuflich gearbeitet, um mir ein Vollzeitpraktikum zu finanzieren, das mich letztlich nicht weitergebracht hat. Der klägliche Rest der heimlichen Libertären in mir befeuerte mein ausgebranntes Selbst mit erschöpften Slogans: Du musst nicht die Beste sein, Du musst nur besser sein als der Rest; höre nicht auf, wenn es weh tut, höre erst auf, wenn Du fertig bist; schlafen kann man noch, wenn man tot ist.

Nach einer Runde Mexikaner, serviert in einer Vielzahl verschiedener Behältnisse von fleckigen Schnapsgläsern bis hin zu leeren Einmachgläsern, war ich an der Reihe, meinen Beruf zu verraten: Grafikdesignerin. Aber wie es sich für Millennials gehört, war ich außerdem auch Autorin, Erzieherin, Sozialarbeiterin, Retuscheurin, Studio-Fotografin, Video-Editorin, Illustratorin

und gerade in einem kostenlosen HTML-Kurs eingeschrieben. Wie es der Zufall wollte, war mein Gegenüber auf der Suche nach jemandem, der ihm ein Logo designen würde. »Der Job ist bezahlt«, grinste er stolz. In der Kreativbranche ist es nicht selbstverständlich, für hochqualifizierte Arbeit Geld zu bekommen – ein Angebot wie dieses heftet man sich daher wie ein Ehrenabzeichen an die Brust.

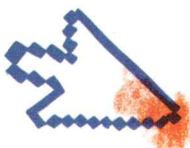
Ich spitzte die Ohren und dachte nervös an die Mahngebühren für die Rückzahlung meines Studienkredits. Ich hatte es bereits aufgegeben, den Kredit jemals vollständig zurückzahlen zu können. Meine neue Strategie war, so lange zu überleben, bis die Gelddruckmaschinen der US-Notenbank eine Hyperinflation auslösen und meine Schulden nichtig machen würden. »Wie viel verlangst Du für ein Logo?«, fragte er. »Für 250 Euro würde ich es machen«, antwortete ich und bereute es sofort.

Selbst für ein einfaches und uninspiriertes Logo war das viel zu wenig. Wieder einmal hatte mich meine finanzielle Notlage dazu gebracht, einen Preis für meine Arbeit zu verlangen, mit dem ich mich unwohl fühlte. Nicht, weil ich sechs Jahre lang Design studiert hatte, weil ich mehr als zehn Jahre lang freiberuflich gearbeitet hatte oder weil die deutsche Krankenversicherung so dermaßen teuer ist – sondern weil ich wusste, dass der Stundensatz unter dem Mindestlohn liegen würde, wenn man den gesamten Prozess des Logodesigns berücksichtigte: Recherche, Skizzen, Konzept, Typografie, Farbpalette, Pitch, Kommunikation, Überarbeitungen, Endprodukt.

Mein breitschultriger Entrepreneur war sichtlich enttäuscht. »Ich hatte viel weniger erwartet. Ich weiß, dass Outsourcing schlecht für die lokale Wirtschaft ist, aber auf Fiverr bekomme ich ein Logo für 5 Euro«, erwiderte er schulterzuckend. »Wohin denn outsourcen?«, fragte ich, und verdrängte dabei den Gedanken an einen Artikel über die trostlose Akkordarbeit unterbezahlter Facebook-Content-Reviewer in Indien, den ich kürzlich gelesen hatte. Ihre Tätigkeit war so belastend, dass psychische Zusammenbrüche an der Tagesordnung waren. »Nach Amerika«, antwortete er; sein Gesichtsausdruck unergründlich.

Freelancer waren früher einmal ein stolzes Völkchen. Sie sahen sich gern als Rebellen, die aus ihren tristen Büros ausgebrochen waren, nachdem sie es sich mit ihren Chefs verscherzt hatten. Nun konnten sie ihr Gehalt und ihre Arbeitszeiten selbst bestimmen. Das »Gig« in »Gig Economy« weckte Assoziationen an einen Rockstar-Status – man kam, man rockte, ließ das Mikro fallen und ging, während die Menge noch am Jubeln war. Eine unabhängige Auftragnehmerin zu sein, bedeutet heute, dass man jemand anderem eine Menge Geld spart. Unternehmen stellen Freelancer nicht mehr wegen ihrer Fähigkeiten ein, sondern um Arbeitsgesetze zu umschiffen und Miete, Gesundheitsvorsorge und Renten einzusparen.

Dein eigener Chef zu sein, bedeutet, zu Deinem eigenen schlimmsten Feind zu werden. Dass Du Deine Arbeitszeiten selbst bestimmen kannst, heißt, dass Du die Wochenenden durcharbeiten wirst. Und was das Gehalt angeht: Unabhängige Auftragnehmer sind zu einer prekären Klasse mit nur geringen Ersparnissen geworden. Internationale E-Lancing-Plattformen wie



Fiverr versprochen Freiheit durch Effizienz – da man weniger Zeit mit der Suche nach Kundinnen und Kunden verbringen würde, hätte man folglich mehr Freizeit. Die junge Generation jubelte – der uneingeschränkte Zugang zu Kundschaft machte unbezahlte Praktika überflüssig. Doch genau wie bei den E-Mails wurde dadurch alles nur noch schlimmer.

Fiverr ist vor gerade einmal elf Jahren an den Start gegangen und inzwischen Milliarden von Dollar wert. 3,4 Millionen aktive Käuferinnen und Käufer tummeln sich auf der Plattform. Während diese weiter wuchs, wurde ihre Belegschaft immer globaler. Der Mangel an Regulierung hatte einen weltweiten Wettkampf zur Folge, bei dem Freelancer aus San Francisco mit Freelancern aus Mumbai konkurrieren. Irgendwann erlaubte Fiverr, auch mehr als 5 Dollar für einen Auftrag zu verlangen – aufgrund des knallharten Wettbewerbs arbeiten dennoch viele zu Preisen in der Nähe dieses Basissatzes. Auch Deutschland ist davon nicht verschont geblieben. Nachdem eine Marktanalyse ergeben hatte, dass deutsche Freiberufler immer noch ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten, eröffnete Fiverr ein Büro in Berlin und startete im Jahr 2020 eine deutsche Version der Plattform.



»Dein eigener Chef zu sein, bedeutet, zu Deinem eigenen schlimmsten Feind zu werden.«

Damit sich ein 5-Dollar-Logo für eine Designerin in Deutschland rechnet, muss sie es in weniger als einer Stunde fertigstellen. Wie ist das möglich? Auf der Homepage von Fiverr heißt es: Es gibt keine Stundensätze. Mit anderen Worten: Es gibt keinen Mindestlohn. Auf der Seite werden ausschließlich die Kundinnen und Kunden angesprochen. Den Arbeitenden hingegen werden keinerlei Versprechungen gemacht. Fiverr garantiert, dass die Zahlungen erst freigegeben werden, wenn die Arbeit abgenommen wurde. Das bedeutet, der Kunde hat immer recht: Die Designerin wird erst bezahlt, wenn der Kunde das endgültige Projekt angenommen hat. Wenn sie am Ende Überstunden schieben muss, weil er sich erst nach vielen Änderungen zufrieden gibt, ist eine Neuverhandlung des Gehalts nicht möglich. Außerdem bleibt ihm das Recht vorbehalten, eine Rückzahlung zu verlangen, auch nachdem ein Projekt abgeschlossen ist.

Es gibt unzählige Horrorgeschichten über Kunden, die Monate nach der Unterzeichnung eines Auftrags ihr Geld zurückverlangen, mit Begründungen wie »Ihr Logo ist daran schuld, dass mein Produkt gescheitert ist«





YOU EAT A COFFEE FOR LUNCH.
YOU FOLLOW THROUGH ON
YOUR FOLLOW THROUGH. SLEEP
DEPRIVATION IS YOUR DRUG OF
CHOICE. YOU MIGHT BE A DOER.

oder »Ihr Lektorat ist der Grund dafür, dass mein Erotikroman von den Verlagen abgelehnt wurde«. Der Kundensupport steht dabei unerschütterlich auf der Seite der Käufer – selbst wenn die Freelancer rassistisch diskriminiert werden. Die Youtuberin Tyra The Creative berichtete von einem Kunden, der sich weigerte, zu zahlen, nachdem sie zehn fertige Produktfotos abgeliefert hatte. Der Grund? Auf den Fotos waren Schwarze Models zu sehen. Obwohl das Design-Briefing keine Angaben zur Hautfarbe gemacht hatte, stellte sich der Kundensupport auf die Seite des Klienten.

Fiverr wurde auf dem Rücken von Freelancern errichtet – das Geschäftsmodell des Unternehmens basiert auf saftigen 20 Prozent Provisionsgebühren, selbst auf Trinkgelder. Außerdem erheben sie Paypal-Gebühren, was bedeutet, dass bei einem 5-Dollar-Logo am Ende weniger als 4 Dollar an Einkommen übrigbleiben.

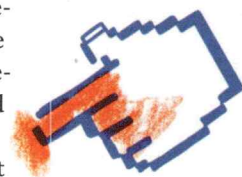
»Ihr Lektorat ist der Grund dafür, dass mein Erotikroman von den Verlagen abgelehnt wurde.«

Du fragst Dich jetzt wahrscheinlich, wie ein 5-Dollar-Logo aussieht. Als ich Fiverr vor einigen Jahren erstmals durchstöberte, konnte man noch sagen: Man bekommt, was man bezahlt. Heute gilt das nicht mehr. Zwar sorgt das exponentielle Wachstum der Plattform dafür, dass die Qualität im Durchschnitt mäßig bleibt, jedoch haben inzwischen auch professionelle Designerinnen mit Abschlüssen und jahrelanger Erfahrung die Arena betreten. Es gibt einige beeindruckende Portfolios. Aber die bestbezahlten und beliebtesten Designer sind nicht unbedingt die talentiertesten.

Ein Auge für Design zu entwickeln, ist ein lebenslanger Prozess. Eine hervorragende Designerin ist nicht einfach eine angeheuerte Arbeitskraft, sondern eine Lehrerin, die den Kunden durch den Gestaltungsprozess führt und ihm die Prinzipien guten Designs nahebringt. Kunden mit großen Egos und schlechtem Geschmack gibt es überall, aber das Machtungleichgewicht auf Fiverr führt dazu, dass hochqualifizierte Arbeitskräfte als entbehrlich behandelt werden. Die Plattform anonymisiert die Beziehung zwischen Auftraggeberinnen und Auftragnehmern, indem sie die Weitergabe persönlicher Informationen und externer Links verbietet. Der Wettlauf gegen die Zeit verhindert jede sinnvolle Kommunikation. Machtlos und unsichtbar, produzieren talentierte Freelancer fade, immergleiche Inhalte.

Die Neoliberalen haben recht, wenn sie argumentieren, dass der uneingeschränkte Wettbewerb Kreative dazu zwingt, sich der neuesten Technologie anzupassen und ihre Arbeitsprozesse zu beschleunigen: Plagiate, Betrügereien und dubiose Workarounds sind Standard. Recherche, Inspiration und Konzeption lassen sich nicht automatisieren.

Der Verzicht auf existenzsichernde Löhne sorgt bekanntermaßen nicht dafür, dass die Lebenshaltungskosten auch wegfallen. Deshalb sind die Arbeiterinnen und Arbeiter gezwungen, mehr Output in kürzerer Zeit zu produzieren. In ihrer Verzweiflung beginnen sie, an allen Ecken und Enden zu sparen. Wer »wie kann man mit Fiverr richtig Geld machen« googelt, findet Hunderte von Youtube-Tutorials, die erklären, wie man mithilfe fragwürdiger Taktiken schneller produzieren kann. Da es unmöglich ist, ein Logo in weniger als einer Stunde zu entwerfen, und es ebenso unmöglich ist, von einem Stundenlohn unter Mindestlohn zu überleben, greifen einige zur Technik des Plagiats. Kreative setzen auch zunehmend auf KI-Tools, die in Sekundenschnelle generische Logos ausspucken, sowie auf algorithmische GANs-Technologie, welche die immergleiche Konzeptkunst erzeugt.



»Ich habe mir auf Fiverr drei Freundinnen gekauft.«

Viele Werbetexter, die mit dem Korrekturlesen von Romanen nicht über die Runden kommen, bieten nebenher illegale Leistungen an, wie das Verfassen gefälschter Amazon-Rezensionen. Ein weiterer, sehr beliebter »Tipp« zum Geldmachen: Arbitrage. Ein Artikel mit dem deprimierenden Titel »Fiverr Arbitrage: Ways To Build A Sustainable Business« ermutigt Unternehmer, »gut bezahlende Kunden mit billigen Arbeitskräften zusammenzubringen und die Differenz einzusacken«. Um in das Geschäft des Lohnmissbrauchs einzusteigen, eröffnet man ein Konto auf einer anderen E-Lancing-Plattform, auf der die Freelancer etwas besser behandelt werden, um dann sämtliche Aufträge heimlich an Fiverr outzusourcen. In einer Welt, in der jeder jeden frisst, wird Innovation für Ausbeutung verschwendet.

Auf Fiverr gibt es keinen Unterschied zwischen einem Käufer- und einem Verkäuferaccount. So können ausgebeutete Arbeiter vorübergehend zu »Mini-Kapitalisten« zu werden, wie es die Ökonomin Grace Blakeley ausdrücken würde. Wenn man sich übergangen fühlt, kann man, anstatt sich darüber zu ärgern, jemand anderen übergehen. Diese gegenseitige Ausbeutung hat ein Youtube-Phänomen hervorgebracht, bei dem besser verdienende Freelancer schlechter verdienende dazu beauftragen, verschiedene, oft absurde Aufgaben auszuführen. Die Ergebnisse werden dann öffentlich zu Unterhaltungszwecken beurteilt. Weil die Preise so niedrig sind, werden meist mehrere Leute auf einmal für die gleiche Sache angeheuert, wobei nicht immer klar ist, ob diese zugestimmt haben, auf Youtube vorgeführt zu werden. Die Titel folgen



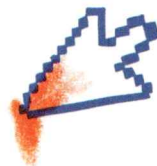
dem Muster »Ich habe auf Fiverr X für Y angeheuert« und laden das Publikum in den Zoo der unterbezahlten Arbeit ein. Zu bestaunen gibt es alles von Designwettbewerben – »Ich habe auf Fiverr fünf Designer für dasselbe Logo angeheuert« – über Kinderausbeutung – »Ich habe auf Fiverr einen zwölfjährigen Pro-Gamer angeheuert, um mir bei Fortnite zu helfen« – bis hin zu emotionaler Arbeit: »Ich habe mir auf Fiverr drei Freundinnen gekauft.«

Die Hoffnung, dass solche Videos zumindest kritische Kommentare ernten, wird enttäuscht: Die meisten reagieren mit ekstatischem Unglauben darüber, wie viel man für 5 Dollar kaufen kann, und applaudieren den Youtubern für ihren Unternehmergeist. Die lächerlich günstigen Fiverr-Preise erleichtern es, sich selbst als potenzielle Käufer zu sehen und sich mit den schnäppchenjagenden Youtubern zu identifizieren anstatt mit den ausgebeuteten Arbeitern. Auf Fiverr zeigt sich nicht nur, wie erschreckend weit die Kommerzialisierung sämtlicher Lebensbereiche fortgeschritten ist – besonders beunruhigend ist, dass das Mindestalter für Freelancer auf der Plattform bei gerade einmal dreizehn Jahren liegt.

Alle lieben »Vom Tellerwäscher zum Millionär«-Geschichten. Jüngst ist die »Solopreneurin« und Fiverr-Millionärin Alex Fasulo zum Postergirl des Erfolgs digitaler Sweatshops geworden. Nachdem sie ihren miserablen Job gekündigt hatte, meldete sie sich in ihrer wirtschaftlichen Not als Texterin bei Fiverr an. Ihr Angebot: eine Pressemitteilung für 5 Dollar. Anfangs hatte sie Mühe, Kunden zu finden und verdiente nur magere 40 Dollar im Monat. Aber sie blieb hartnäckig und versprach, rund um die Uhr erreichbar zu sein. Als sie dann genügend Fünf-Sterne-Bewertungen gesammelt hatte, strömte die Kundschaft nur so herbei und sie konnte ihre Preise erhöhen. Nachdem sie fünf Jahre lang sieben Tage die Woche gearbeitet hatte – und an manchen Tagen bis zu achtzehn Stunden –, verdient sie inzwischen ein sechsstelliges Jahreseinkommen und bezeichnet sich selbst als »stolze Besitzerin eines Eigenheims« – unter den schuldengeplagten Millennials das ultimative Zeichen des Erfolgs. »Sechs Jahre, in denen ich mir nie einen Tag frei genommen habe. Ich habe alles gegeben«, lässt sie ihre wachsende Tiktok-Fangemeinde wissen und erinnert sie daran: »Man kann auf Fiverr niemals einen Tag frei machen.«

Aber wenn man einmal nachrechnet, offenbart sich ein anderes, eher düsteres Bild: Alex Fasulos Preise liegen zwar deutlich über dem Fiverr-Durchschnitt, sind für jemanden mit ihrer Erfahrung aber immer noch niedrig. Auf ihrem Fiverr-Account kann eine professionell geschriebene Pressemitteilung mit 300 Wörtern für 125 Dollar erworben werden. Ein E-Book mit 10.000 Wörtern kostet 1.200 Dollar – weit weniger als die 50 Cent pro Wort, die freiberuflichen Autorinnen und Autoren empfohlen werden. In ihren fünf Jahren bei Fiverr hat sie 11.000 Projekte abgeschlossen. Angenommen, dass sie sieben Tage die Woche arbeitet, entspricht das sechs Projekten pro Tag.

Fasulo ist ohne Zweifel eine außergewöhnlich schnelle Texterin: Sie schreibt mit einer Geschwindigkeit von 3.000 Wörtern pro Stunde und braucht nur zwei Tage für ein ganzes E-Book. Aber was ist mit den entscheidenden Arbeitsschritten, die vor dem Schreibprozess kommen – etwa nach-



denken oder recherchieren? In einem Youtube-Interview beschreibt sie ihren Schreibprozess wie folgt: »Der Auftraggeber sagt zum Beispiel: ›Ich möchte einen Blogbeitrag über die fünf Gründe, warum CBD dieses Jahr eine große Sache wird.‹ Diesen Satz kopiere ich dann zu Google rüber und sehe mir an, was andere dazu geschrieben haben. Ich mache keine Vorrecherche, ich lese und schreibe einfach drauf los. Ich suche mir Quellen heraus, die ich für solide halte, und übernehme ihre Ideen. Und ich füge sie so zusammen, dass dabei etwas Neues herauskommt.«

Heute, da Fiverr zu einem wahren Giganten in der digitalen Dienstleistungsbranche geworden ist, müssen Neulinge noch mehr Zeit investieren, bevor sie sich ein existenzsicherndes Einkommen verdienen können. Man müsse bereit sein, zwölf Stunden am Tag zu arbeiten, ohne dabei mehr als 10.000 Dollar im Jahr zu verdienen – so rät es Fasulo ihren Followern. Ihr Motto lautet: »Niemand schuldet Euch auch nur das Geringste.« Sie will vom Schreiben in die Lehre wechseln und vermarktet sich dieser Tage als »Vordenkerin«. Das Thema Privilegien lässt sie in ihrer Erzählung jedoch außen vor. Man kann nicht guten Gewissens von jemandem verlangen, sich etwas anzusparen, um Monate über Monate unter dem Existenzminimum zu arbeiten. Ebenso sollte man von niemandem das geistige Durchhaltevermögen erwarten, ohne Wochenenden durchzuarbeiten. Fasulo wirbt bei Hunderttausenden von jungen Leuten für den libertären Traum, dass jeder erfolgreich sein kann, wenn er nur bereit ist, hart genug dafür zu arbeiten. Auch die Werbekampagnen von Fiverr werben für einen Lebensstil des Schuftens bis zum Abwinken: Eine Anzeige zeigt das Schwarz-Weiß-Foto einer jungen Frau mit der Tagline: »Du isst einen Kaffee zum Mittag. Wenn Du durchziehst, ziehst Du durch. Schlafentzug ist Deine Lieblingsdroge. Vielleicht bist Du eine Macherin.«

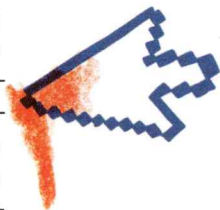
Manche Freelancer fühlen sich dabei vielleicht angehalten, anderen Freelancern vorzuwerfen, dass sie die Preise drücken, indem sie bereit sind, für so wenig Geld zu arbeiten. In der Welt der Selbstständigkeit sind Connections alles – Kaltakquise führt selten zum Erfolg. Gute Kunden neigen dazu, mehr gute Kunden mit sich zu bringen. Schlechte Kunden tun das nicht. Am Anfang verlassen sich Freelancer auf ihre Beziehungen: Familienunternehmen, Kommilitoninnen, Freundesfreunde. Aber wenn einmal ihre Mahngebühren eintrudeln und sie einige Aufträge an Fiverr verloren haben, werden sie vor Verzweiflung gezwungen sein, in Konkurrenz zu treten. Gute Connections zu haben und schlecht bezahlte Aufträge ablehnen zu können, ist ein Privileg.

Wenn Youtuber damit angeben, einen guten Deal auf Fiverr gelandet zu haben, dann pahlen sie damit, die schwächste Arbeiterin gefunden zu haben, die sich am meisten ausbeuten lassen muss. Dadurch erklärt sich auch ein Phänomen, das viele Zuschauer so sehr erstaunt – nämlich dass ein 5-Dollar-Logo genauso gut sein kann wie ein 100-Dollar-Logo. Da niedrigere Sätze die Wahrscheinlichkeit erhöhen, einen Auftrag zu bekommen, spiegelt der Preis nicht das Talent oder den Arbeitseinsatz, sondern den Grad der Verzweiflung wider.

An dieser Stelle dankst Du im Geiste vielleicht gerade Deinen Eltern, die Dich davon abgehalten haben, Deine kreativen Träume zu verfolgen.



Aber Schätzungen zufolge wird bis 2027 die Mehrheit der Arbeiterschaft in den USA aus Vertragsarbeitern bestehen. Kein Job ist sicher. Fiverr ist nicht nur eine Plattform für visuelles Design, sondern ein Alles-Laden für Freelancer – und er expandiert rasant. Man kann heute schon eine Hellseherin, einen Lifecoach, eine Therapeutin, einen Anwalt, eine Biologielehrerin, einen Steuerberater, eine Promi-Imitatorin, einen persönlichen Assistenten, eine PR-Agentin, einen Influencer, eine Beziehungsratgeberin, einen Privatdetektiv, eine 4k-Video-Unboxerin und einen Chatbot-Programmierer auf Fiverr finden. Der Mangel an Regulierung und Arbeitsschutz für unabhängige Auftragnehmerinnen macht Fiverr zu einem wilden Westen der Ausbeutung. Und Fiverr ist nicht einmal das schlimmste Unternehmen seiner Art. Auf Amazon Mechanical Turk – einer digitalen Dienstleistungsplattform für niedrigqualifizierte Arbeitskräfte – lag der durchschnittliche Stundenlohn 2018 bei rund 2 Dollar – und die Mehrheit der AMT-Arbeiter lebt in den USA.



»Schlafentzug ist Deine Lieblingsdroge. Vielleicht bist Du eine Macherin.«

Es ist vier Jahre her, dass ich zu der Dinnerparty dieser übermäßig optimistischen angehenden Entrepreneure eingeladen war. Es war meine erste Begegnung mit Fiverr. Seitdem habe ich viele weitere Kunden verloren. Obwohl die Mieten heute höher sind als damals, sind meine Freelancing-Sätze inzwischen niedriger. Meine Wochenenden sind ständig für Treffen mit potenziellen Kundinnen und Kunden reserviert. Ich bin jetzt über dreißig – ein Alter, bei dem frühere Generationen bereits ihre Eigenheime besaßen – und lebe immer noch in einer WG mit anderen Freelancern, die ebenfalls am Wochenende arbeiten. Ich weiß nicht, was aus meinem Tischnachbarn geworden ist, aber ich weiß, dass mehrere seiner nicht weniger motivierten Freunde den Hustle aufgegeben haben und wieder bei ihren Eltern eingezogen sind.

Den Gerüchten zum Trotz, dass wir Millennials all unser Geld für Avocado-Toast ausgeben, leben wir in Wirklichkeit ziemlich sparsam. Wir teilen uns unsere Wohnungen, nutzen Carsharing, vermeiden es, Kinder zu bekommen, vermieten halblegal unsere Schlafzimmer auf Airbnb, um unerwartete Rechnungen zu bezahlen, mieten Musik und professionalisieren unsere Hobbys. Das müsste nicht so sein – aus der Entfernung zu arbeiten kann wunderbar sein, wenn Arbeitsrechte durchgesetzt und Freelancer für ihre Tätigkeiten angemessen entlohnt werden. Aber das muss jetzt bald geschehen. Denn langsam gehen uns die Dinge aus, die wir noch teilen, auf die wir noch verzichten und die wir noch zu Geld machen können. ⑦

A
N
G
S
T

V
O
R
M

A
B
S
T
I
E
G

Der
Kapitalismus hat
die Mittelschicht fallen
lassen. Die Linke sollte auch
sie für den Sozialismus gewinnen.

TEXT Göran Therborn
ÜBERSETZUNG Thomas Zimmermann
ILLUSTRATION Andy King

Der Anstieg der Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten kommt nicht von ungefähr. Er wurde von den reichsten 10 Prozent in unseren Gesellschaften vorangetrieben, vor allem aber vom obersten Prozent und noch kleineren Fraktionen von wahrhaft pharaonischem Reichtum. Die anderen 90 Prozent sind nicht allesamt verarmt, in jedem Fall sind sie aber auf der Strecke geblieben. Eine Fülle verbitterter journalistischer und akademischer Publikationen im Globalen Norden zeugt von dieser desillusionierenden Entwicklung – und bildet ein interessantes Gegengewicht zur von den Entwicklungsbanken herbeigeredeten »aufsteigenden Mittelschicht« des Globalen Südens.

Um der Bourgeoisie in diesem Moment der Krise und des liberalen Selbstzweifels neuen Mut einzuflößen, haben die Ökonomen Torben Iversen und David Soskice mit ihrem Buch *Democracy and Prosperity* aus dem Jahr 2019 eine Hommage an die »fortgeschrittenen kapitalistischen Demokratien« verfasst – wobei sie dem Kapitalismus mehr Ehrerbietung zollen als der Demokratie, welche sie für die Ungleichheit verantwortlich machen. »Die Essenz der Demokratie«, so behaupten sie, »ist die Förderung der Interessen der Mittelschicht«.

Sie argumentieren, dass die Mittelschicht über zwei Schlüsselmechanismen mit dem Kapital verbunden ist. Der eine ist ihre »Einbeziehung in den Wohlstandsstrom«, der durch die Kapitalakkumulation entsteht. Der andere ist der Sozialstaat, der über sein Steuer- und Transfersystem sicherstellt, dass die Gewinne der Wissensökonomie »mit der Mittelschicht geteilt werden«. Eben jenes Verhältnis des »Einbeziehens« und des »Teilens« zwischen den Kapitalisten und der Mittelschicht löst sich der Ungleichheitsforschung zufolge gegenwärtig auf.

Die Mitte bleibt auf der Strecke

Anfangs begünstigte der Neoliberalismus tatsächlich die Interessen der Mittelschicht. Die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen verschaffte bestimmten Teilen von ihr einige Vorteile. In Schweden zum Beispiel bot die öffentliche Finanzierung des Zugangs zu Privatschulen durch ein Gutscheinsystem Fami-

lien aus der Mittelschicht eine willkommene Gelegenheit, ihre Kinder auf Schulen zu schicken, in denen es kaum Einwanderer- oder Arbeiterkinder gibt. Die Privatisierung der Pflege war weniger populär und besonders anfällig für Skandale, wird aber nach wie vor mehrheitlich als vertraute Begleiterscheinung von Sparmaßnahmen und der Verknappung öffentlicher Angebote hingenommen.

In den Städten schreitet der Ausschluss der Mittelschicht von hochwertigem Wohnraum voran, während sich die Einkommens- und Vermögensschere immer weiter spreizt. Zugleich findet der Anspruch auf einen Umweltschutz, der ökologische Nachhaltigkeit über die Interessen des Kapitals stellt, immer mehr Anklang bei der gebildeten Mittelschicht.

Da der Median die exakte Mitte einer Verteilung darstellt, ist das Verhältnis zwischen den Einkommen des reichsten Prozents und dem Median ein gutes Maß für den Abstand zwischen der Ober- und der Mittelschicht. In den USA ist dieses Verhältnis in den Jahren von 1980 bis 2016 von 11:1 auf 26:1 angestiegen. In Großbritannien und Schweden stieg es von einem relativ niedrigen Wert von 3:1 auf etwa 10:1. In Deutschland stieg das Verhältnis ebenfalls an, während es in Frankreich von einem vergleichsweise hohen Wert leicht zurückging.

Aufgrund der Einkommenspolarisierung ist die Größe der mittleren Einkommensklasse – diejenigen mit einem Einkommen zwischen 75 und 200 Prozent des Medians – im OECD-Raum geschrumpft, wobei auch die Chancen, in diese Klasse aufzusteigen, geschmälert worden sind. Die Aufwärtsmobilität in den tertiären Bildungsbereich ist seit 1975 zum Stillstand gekommen, während das Risiko der Abwärtsmobilität in den 2010er Jahren deutlich zugenommen hat, am stärksten in Großbritannien.

Covid-19 hat den Bruch zwischen Ober- und Mittelschicht fortgesetzt und in einigen Ländern sogar noch beschleunigt. In den USA stieg der Reichtum der Milliardäre von Mitte März 2020 bis Ende Februar 2021 um 44 Prozent – und das zu einer Zeit, in der 50 Prozent der Menschen mit College- oder Hochschulbildung Schwierigkeiten hatten, ihre alltäglichen Haushaltsausgaben zu stemmen. Ende Juli 2020 war das Vermögen der britischen Milliardäre im Vergleich zum Vorjahr um 35 Prozent gewachsen, während die Ersparnisse der Hälfte aller Erwerbstätigen mittleren Einkommens stagnierten und ein Fünftel von ihnen einen Rückgang verzeichnete.

Arbeit ohne Wert

Im gesamten OECD-Raum haben Kinder geringere Aufstiegschancen – aber das ist nur der Anfang. Die Arbeit der Mittelklasse ist in ihrem Kern ausgehöhlt worden. Diese hatte drei Hauptformen: Selbstständigkeit, Bürotätigkeiten mit einer gewissen delegierten Autorität und die freien Berufe. Auf lange Sicht hat das selbständige Kleinbürgertum – in den Städten die Ladenbesitzerinnen, auf dem Land die Bauern – an Zahl und Bedeutung abgenommen.

Zwar ist in Großbritannien in diesem Jahrhundert die Anzahl selbständiger Geschäftsinhaber in den Städten gewachsen, jedoch ist dies ausschließlich auf Einzelunternehmer zurückzuführen, die in der Mehrzahl eher dem Prekariat als dem schrumpfenden Kleinbürgertum zuzuordnen sind. Das durchschnittliche Jahreseinkommen in dieser Gruppe lag 2015/16 bei 21.000 Pfund – einem Drittel des durchschnittlichen Angestellteinkommens.

Büroangestellte und das untere Management werden einem Prozess unterworfen, den der Autor David Boyle treffend als »digitalen Taylorismus« bezeichnet hat, und anschließend gänzlich entlassen. Viele Post- und Bankangestellte hat dieses Schicksal bereits ereilt. Ein Bürojob ist heute kein sicherer und komfortabler Ausweg aus der Arbeiterklasse mehr, sondern das primäre Ziel der Automatisierung.

Den dritten Bereich klassischer Mittelschichtsjobs bilden jene Berufe, die auf einer langen und anspruchsvollen Ausbildung beruhen und über besonderes, der Öffentlichkeit nicht ohne weiteres zugängliches Fachwissen verfügen. Dazu gehören die altherwürdigen Professionen der Lehre, der Medizin und des Rechts und in vielen Ländern auch der öffentliche Dienst sowie die im 20. Jahrhundert hinzugekommenen Berufe der Krankenpflege und der Sozialarbeit, um nur zwei zu nennen.

Diese Berufe galten lange Zeit als respektabel und waren für das Kapital nicht von Interesse. In Deutschland wurden sie in der Tradition des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zum »Bildungsbürgertum« zusammengefasst und mehr oder weniger mit dem »Wirtschaftsbürgertum« auf eine Stufe gestellt.

Ebenso hat die Soziologie diese Berufsgruppen von der Geschäftswelt abgegrenzt, insofern es ihnen um die Kultivierung von Wissen und den öffentlichen Dienst ging anstatt um den Profit.

Invasion des Managements

Diese Professionen der Mittelschicht – Juristinnen und Juristen weitestgehend ausgenommen – sind nun heftigen Angriffen ausgesetzt. Diese kommen aus verschiedenen Richtungen, lassen sich aber insgesamt als eine Invasion des Managements verstehen. Was geschieht, ist eine relative Abwertung des Fachwissens und eine Unterordnung von Fachleuten, Lehrenden, Forschenden, Pflegenden, Ärztinnen, Ingenieuren und anderen unter das Management von Schulen und Universitäten, Krankenhäusern und Unternehmen.

Aus Misstrauen gegenüber der Autonomie und Berufsethik dieser Professionen werden sie der Prüfung, Bewertung und Sanktionierung durch Managerinnen und Manager unterworfen. Dabei werden ihnen allgegenwärtige, oft speziell erfundene Kosten-Nutzen-Kalkulationen interner Quasi-Märkte auferlegt – etwa wenn Universitätsverwaltungen den Fakultäten für die Nutzung von Räumlichkeiten Gebühren in Rechnung stellen. Solche Kosten-Nutzen-Erfindungen bedeuten einen schweren antiprofessionellen Angriff unter dem Banner der Marktwirtschaft.

Die Durchsetzung einer Idealnorm des Marktes – dem Gegenteil der professionellen Denkweise mit ihren intrinsischen Werten des Wissens, des Dienstes an den Bedürfnissen und der Unparteilichkeit von Gesetz und Regulierung – geschieht einerseits durch die private Kommerzialisierung (von Schulen, Krankenhäusern, Gefängnissen und so weiter) und andererseits durch das sogenannte »New Public Management« in steuerfinanzierten Institutionen. Demzufolge sollen diese intern wie private Unternehmen nach quasi-marktwirtschaftlichen Vorgaben arbeiten, indem sie ihre Dienstleistungen untereinander kaufen und verkaufen, und extern

Ein Bürojob ist heute kein sicherer und komfortabler Ausweg aus der Arbeiterklasse mehr, sondern das primäre Ziel der Automatisierung.

echte Privatunternehmen mit der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen beauftragen.

Auf diese Weise sind die Bildung, das Gesundheitswesen und die Sozialfürsorge zu profitablen Bereichen der Kapitalakkumulation geworden, die das große Interesse des Wirtschaftsbürgertums auf sich ziehen, während das Kulturbürgertum auf seinem eigenen, angestammten Terrain Boden verliert.

Die klassischen Professionen der Mittelschicht sollten allerdings nicht idealisiert werden – sie neigen dazu, starr, konservativ, selbstgefällig und in ihren Routinen ineffizient zu werden. Diese Tendenz ist aber keine unausweichliche Folge der Professionalität. Eine Lehrerin, ein Beamter oder eine Ärztin zu sein, war einst eine Quelle großen Stolzes und Selbstvertrauens. Dieser Stolz und dieses Selbstvertrauen werden nun mit Füßen getreten, und die Peitsche des Managements übertrumpft die Kollegialität. Einigen wenigen gelingt die Flucht in eine obere Mittelschicht von Managerinnen und »Star«-Professionals, aber für alle anderen ist die Gegenwart – und wahrscheinlich auch die Zukunft – von Instabilität und Abstieg gezeichnet.

Eine Politik für die 99 Prozent

Die Dialektik des industriellen Kapitalismus, die Marx mit beeindruckender Genauigkeit analysiert und vorhergesagt hat, ist im Globalen Norden nicht mehr am Werk und wird im Süden blockiert. Der postindustrielle Kapitalismus bringt nicht länger eine wachsende, immer stärker konzentrierte Arbeiterklasse hervor. Dieser Prozess endete im Norden in der Zeit von 1965 bis 1980, als das soziale Gewicht der Arbeiterklasse seinen Höhepunkt erreichte. Im Globalen Süden kam der Anstieg der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe in den 1990er Jahren und in der Industrie – einschließlich dem Bauwesen und dem Bergbau – um 2010 zum Stillstand.

Selbst wenn die Teile der Arbeiterklasse, die die Linke an die Rechten verloren hat, zurückgewonnen werden können, wird die Arbeiterklasse nur noch ein notwendiger Bestandteil egalitärer Politik

sein, nicht mehr aber allein ihr natürliches Zentrum bilden können. Entscheidend für eine erfolgreiche egalitäre Politik im postindustriellen Zeitalter ist daher eine positive Mittelschichtspolitik der Linken.

Entscheidend für eine erfolgreiche egalitäre Politik im postindustriellen Zeitalter ist eine positive Mittelschichtspolitik der Linken.

Das ist ein sehr heikles und kompliziertes Thema. Eine solche Politik für die Mittelschicht darf weder die Schwächsten in unseren Gesellschaften, noch die untere Hälfte der Bevölkerung Privatisierungen und Einkommensstagnation ausliefern. Ebenso wenig darf sie die Rechte der Arbeitenden gegenüber den Chefs untergraben. Sie

muss das genaue Gegenteil der rechtsgerichteten Mittelschichts-Orientierung eines Tony Blair sein, die der Bevölkerung den Rücken kehrt, mit dem Kapital kokettiert und dabei die Weltsicht der oberen Mittelschicht vertritt. Es war diese politische Einstellung, die auch die französische Parti Socialiste und die deutsche SPD zerstört hat.

Unsere Aufgabe besteht darin, die Mittelschicht – oder wesentliche Teile von ihr – von den Vorteilen der Gleichheit und der Solidarität im Gegensatz zu neo-pharaonischen Privilegien und Prämien für das Kapital und seine Kinder zu überzeugen. Unsere Ausgangslage ist heute, dass der postindustrielle Finanzkapitalismus die Mittelschicht im Stich lässt und eine Gesellschaft hervorgebracht hat, in der das oberste Prozent gegen die übrigen 99 Prozent steht. Wer auch immer in diesen trostlosen Demokratien den Ton angibt – der Medianwähler, den wir aus der ökonomischen Demokratietheorie kennen, ist es sicher nicht. »Mit dem Durchschnitt ist es zu Ende« könnte die neoliberale Grabinschrift für die Mittelschicht lauten. 7

Dies ist die Übersetzung eines Auszugs aus Göran Therborns Buch *Inequality and the Labyrinths of Democracy* (Verso, 2020).



Die Roboter nehmen uns die Jobs nicht weg

71

Die Roboter nehmen uns die Jobs nicht weg

Der Kapitalismus ist einfach schlecht darin,
Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Gespräch mit dem Wirtschaftshistoriker
AARON BENANAV über die falschen Versprechen der Technologie.

INTERVIEW Astrid Zimmermann
ILLUSTRATION Paul Paetzel

In der Debatte über die Automatisierung stehen sich zwei Positionen gegenüber: Die eine erblickt in ihr die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit, die andere die utopische Verheißung unserer Befreiung von der Lohnarbeit. Du argumentierst, dass beide falsch liegen.

Mit einem liegen sie richtig: Heutzutage ist es schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Das zeigt sich nicht nur an höheren Arbeitslosenquoten, sondern auch an der Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse und steigender ökonomischer Ungleichheit. Man muss den Automatisierungstheorien zugute halten, dass sie unsere Aufmerksamkeit auf dieses sehr reale Problem gelenkt haben. Aber sie missverstehen, wie es dazu kommt.

In Wahrheit schreitet die Automatisierung gegenwärtig langsamer voran als in der Vergangenheit. Das belegen die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität: Wenn Roboter tatsächlich menschliche Arbeit ersetzen würden, müssten diese schnell ansteigen – aber das tun sie nicht. Das Problem ist nicht, dass die Wirtschaft Arbeitsplätze schneller vernichtet als früher, sondern dass sie viel langsamer neue Arbeitsplätze schafft als früher. Und das liegt nicht an irgendeiner technologischen Innovation, sondern daran, dass die Wirtschaft stagniert.

Dann hat das, was wir gerade erleben, seine Ursache nicht in technologischen Innovationen, sondern in ökonomischen Dynamiken, die dem Kapitalismus wesentlich sind?

Das ist richtig. In der Geschichte des Kapitalismus war Arbeit die längste Zeit über sehr prekär. Nach dem Zweiten Weltkrieg sah es auf einmal so aus, als könnte die kapitalistische Wirtschaftsweise der breiten Masse finanzielle Sicherheit und Wohlstand bieten. Auch in dieser Periode des Wirtschaftsbooms war eine reguläre Festanstellung natürlich nur für einen kleinen Teil der Welt-

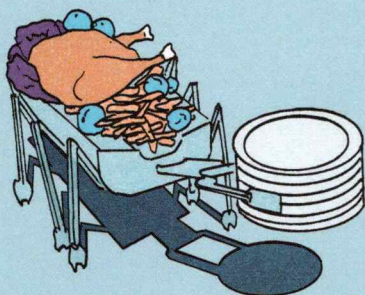
bevölkerung Realität. Aber es gab zumindest das Versprechen, dass sich ein Kapitalismus der Vollbeschäftigung schließlich weltweit durchsetzen würde. In Wirklichkeit hat sich das System durch diese Periode des schnellen, globalen Wirtschaftswachstums selbst untergraben.

Während dieser Zeit, etwa von 1950 bis 1973, bauten mehr Länder industrielle Kapazitäten auf als jemals zuvor in der Geschichte. Die Ökonomen nahmen an, dass sich die Länder auf unterschiedliche Sparten der Produktion spezialisieren und am Ende alle vom Handel profitieren würden. Aber so kam es nicht. Die Unternehmen in den verschiedenen Ländern produzierten alle dieselbe Art von Gütern und konkurrierten auf immer überfüllteren globalen Märkten. Dann fielen die Profitraten, die Investitionsraten sanken, und die Weltwirtschaft trat in ein Zeitalter der Stagnation ein.

Man mag einwenden, dass China in dieser Zeit schnell gewachsen ist – aber das gelang ihm größtenteils dadurch, dass es anderen Ländern Anteile an den globalen Exportmärkten entzog. Anders kann eine nationale Wirtschaft in einer stagnierenden Weltwirtschaft nicht wachsen.

Wie zeigen sich die Effekte der Stagnation heute?

Die Nachkriegszeit war in vielerlei Hinsicht eine Ausnahme. Heute sind wir zur Norm des Kapitalismus zurückgekehrt, nämlich zu steigender Ungleichheit und wirtschaftlicher Unsicherheit für die meisten Menschen. Noch in den 1970er Jahren war ein Großteil der Weltbevölkerung in irgendeiner Weise mit dem Land verbunden. Wenn der Arbeitsmarkt einbrach, konnten die Menschen in landwirtschaftlich geprägte Gebiete zurückkehren. Heute leben wir in einer stark urbanisierten Welt, in der die Menschen keine andere Wahl haben, als zu versuchen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen – ganz gleich, ob es Nachfrage gibt oder nicht. Das hat die Ungleichheit weltweit verschärft, weil nichts – und vor allem nicht der Dienstleistungssektor – in der Lage war, die Industrie als Wachstumsmotor zu ersetzen.



»Das Problem ist nicht, dass die Wirtschaft Arbeitsplätze schneller vernichtet als früher, sondern dass sie viel langsamer neue Arbeitsplätze schafft als früher.«

Der Dienstleistungssektor ist der am schnellsten wachsende Wirtschaftsbereich in stagnierenden Ökonomien. Warum ist dieser als Wachstumsmotor so ungeeignet?

Die Tätigkeiten, die im Dienstleistungssektor verbleiben, sind tendenziell solche, die sich der Industrialisierung widersetzt haben. Die extrem niedrigen Wachstumsraten der Produktivität rühren daher, dass Mechanisierung die zentrale Methode ist, um hohe und beständige Produktivitätsanstiege zu erzeugen. Sie ist der Hauptmotor des wirtschaftlichen Wachstums im Allgemeinen.

Anstatt von der Industrie absorbiert zu werden, sammeln sich heute immer mehr Arbeitende im Dienstleistungssektor. Das bedeutet aber, dass immer mehr Menschen in Tätigkeiten mit geringer Produktivität gedrängt werden, wo sie nicht viel zum Wachstum beitragen.

Und die geringe Produktivität des Dienstleistungssektors macht ihn so anfällig für Überausbeutung?

Genau. Ein großer Teil des Preises einer Dienstleistung ist der Preis der erbrachten Arbeit. Der Markt für solche Tätigkeiten lässt sich vor allem dadurch vergrößern, dass man Menschen rekrutiert, die diese Arbeit für weniger Geld verrichten. Das lässt sich überall auf der Welt beobachten: Die Unternehmen, die die Löhne am tiefsten drücken, sind auch am erfolgreichsten. Das gilt genauso für den informellen Sektor der Wirtschaft, wo die Arbeitenden keinen Chef haben. Ob sie einen Platz auf dem Markt für sich finden können, hängt davon ab, wie sehr sie ihre eigene Ausbeutung verschärfen und ihren eigenen Konsum einschränken können.

Das verschärft wiederum die Ungleichheit. Gesellschaften, die strengere Arbeitsgesetze und höhere Löhne aufweisen, neigen eher zu höheren Arbeitslosenquoten als zu einer steigenden Quote der Unterbeschäftigung. Das sieht man etwa in Ländern wie Frankreich und Italien, wo der Schutz vor befristeter oder prekärer Arbeit besser ist und die Arbeitslosigkeit konstant hoch bleibt. Das war auch in Deutschland so, bis die Hartz-IV-Reform die Arbeitslosenzahlen nach unten trieb, indem sie einen riesigen Niedriglohnsektor schuf. Und die meisten Menschen im Niedriglohnsegment landeten natürlich im Dienstleistungssektor.

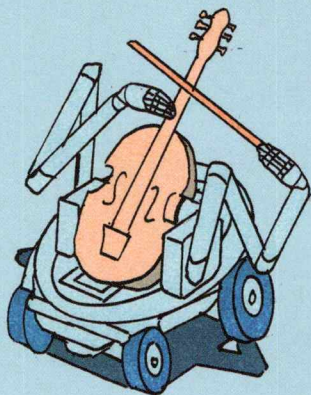
Solche Arbeitsmarktreformen zeigen die politische Dimension dieser Geschichte auf. Ist das, was wir heute erleben, nicht auch die Folge eines einseitigen Klassenkampfes, bei dem die kapitalistische Klasse etwas von der Macht zurückzugewinnen versucht, die sie durch den Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit in der Nachkriegszeit verloren hatte?

Die Hauptstrategie, mit der die Politik auf Arbeitslosigkeit und Stagnation reagierte, war der Versuch, Investitionsanreize für das private Kapital zu schaffen. Das »Investitionsklima« zu verbessern, bedeutet im Grunde nichts anderes, als die Wirtschaft zu deregulieren und es den Unternehmen leichter zu

machen, Arbeitende ohne Arbeitsschutz einzustellen, Tarifverträge zu umgehen und der gewerkschaftlichen Organisation entgegenzuwirken. In ihrem Bestreben, das Investitionsniveau zu erhöhen und die Wirtschaft wieder schneller wachsen zu lassen, haben Regierungen solche Geschäftspraktiken in Kauf genommen – und trotzdem versagt. Statt einer vorübergehenden Periode der Unsicherheit und Not für die arbeitende Klasse, auf die dann ein neuer Boom folgen sollte, haben wir nichts als Stagnation erlebt. Der versprochene Wirtschaftsboom ist nie gekommen.

Was unsere aktuelle Situation so interessant macht, ist, dass die Vergeblichkeit dieser Strategie weithin anerkannt wird. Die politischen Eliten stecken in einer echten Krise, weil sie nicht wissen, welchen Weg sie angesichts des Scheiterns der neoliberalen Reformen einschlagen sollen.

»Die politischen Eliten stecken in einer echten Krise, weil sie nicht wissen, welchen Weg sie angesichts des Scheiterns der neoliberalen Reformen einschlagen sollen.«



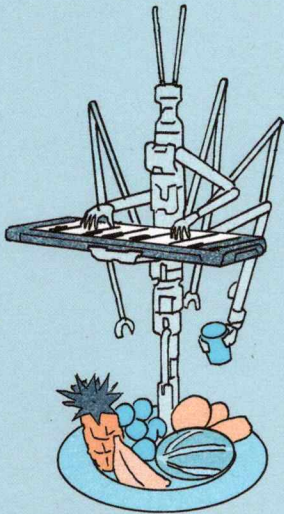
In der aktuellen Krise scheinen keynesianische Ansätze ein Comeback zu erfahren. Du stehst dem sehr kritisch gegenüber.

Viele glauben, die keynesianische Ära sei irgendwann in den 1970er Jahren geendet und vom Neoliberalismus abgelöst worden. Aber die Statistiken zeigen, dass die Länder seitdem im Verhältnis zur Größe ihrer Volkswirtschaften immer mehr Staatsschulden angehäuft haben, um sich durch das Zeitalter der Stagnation zu retten. Das Paradoxe ist, dass es während der neoliberalen Ära eine Menge keynesianischer Ausgaben gab, die den Abschwung aber nicht aufgehalten haben. Dass wir in einer Welt des freien Handels leben, in der es keine Kapitalverkehrskontrollen gibt, bedeutet, dass der Keynesianismus mehr Lücken hat.

Heute erkennen immer mehr Ökonomen und Ökonomen, dass in einem Kontext der Stagnation die Stimulierung privater Investitionen nicht ausreicht. Sie argumentieren, dass der Staat eingreifen und die Investitionen selbst tätigen muss. Was wir ihrer Auffassung nach brauchen, sind staatliche Investitionen, nicht private.

Diese radikalere keynesianische Wende, wenn sie denn tatsächlich eintritt, kann ein Potenzial für linke Politik schaffen. Der keynesianische Anspruch, unsere kollektiven Ressourcen zu nutzen, um das Leben der Menschen zu verbessern, ist richtig. Was wir aber kritisieren sollten, ist die Entpolitisierung und technokratische Verwaltung von Investitionsprioritäten, die dem Keynesianismus eigen ist. Denn unser Ziel ist ja, auf eine wirklich demokratische Weise für unsere Bedürfnisse zu sorgen. Die Art des Keynesianismus, die wir historisch erlebt haben – die Erhöhung der Staatsausgaben, um private Investitionen zu stimulieren – hat zu nichts geführt, außer zu steigenden Schulden und einer immer stärker stagnierenden Wirtschaft.

Der Verlust von Arbeitsplätzen in den westlichen Industrienationen wird gemeinhin als Folge der Verlagerung von Industriearbeit in die Schwellenländer angesehen. Du weist jedoch darauf hin, dass einige der Hotspots der Deindustrialisierung im Globalen Süden liegen.



»In Wirklichkeit hat die Produktion von Industriegütern in den reichen Ländern nie abgenommen.«

Viele überrascht das. In Wirklichkeit hat die Produktion von Industriegütern in den reichen Ländern nie abgenommen. Es hat sich lediglich das Tempo verlangsamt, mit dem ihre Industrieproduktion wächst. Und genau durch diese Verlangsamung verschwinden mit der Zeit immer mehr Arbeitsplätze. In den 1960er und 70er Jahren verschärfte sich der Wettbewerb zwischen Firmen in Ländern wie Deutschland, Japan und den USA. Daraufhin suchten sie nach Niedriglohngebieten, um dort die arbeitsintensiveren Komponenten ihrer Industrieprodukte herzustellen. Die Länder des Globalen Südens versuchten, Teil dieser Lieferketten zu werden, indem sie freie Exportzonen einrichteten, um multinationale Konzerne anzulocken. Dabei wurden aber weniger Arbeitsplätze geschaffen, als man erwartet hatte. Denn diese Länder traten zu einer Zeit in den Weltmarkt, als die globale Nachfrage wegen der einsetzenden Stagnation viel langsamer anstieg.

Als sich die globalen Überkapazitäten auf die Weltwirtschaft auszuwirken begannen,

wurde es für die armen Länder immer schwieriger, sich auf diesen Märkten zu behaupten. Um noch größere Standortvorteile zu bieten, machten sie den Konzernen immer mehr Zugeständnisse, etwa in Form von Steuererleichterungen oder Lockerungen der Arbeitsschutzgesetze.

Die Technik verdrängt die Arbeit also nicht, aber beeinflusst sie in anderer Weise. Ein Großteil des technologischen Fortschritts scheint eher der Überwachung der Arbeitenden zu dienen, um mehr Produktivität aus jeder einzelnen Arbeitskraft herauszuholen. Übernimmt die Technik heute die Rolle des Aufsehers?

Wir sollten nicht außer Acht lassen, dass technologische Innovationen wie maschinelles Lernen und algorithmisches Management bestimmte Jobs besser machen werden – aber größtenteils sehen wir in der Tat, dass diese Technologien zur Kontrolle eingesetzt werden. Das ist jedoch ein schleichender Prozess.

Für viele schlecht bezahlte Arbeitende im Dienstleistungssektor ist mit das Schlimmste an ihren Jobs, dass ihre Arbeitsplätze meist unterbesetzt sind und ihre Manager sie dazu anmahnen, härter zu arbeiten. Da scheint die Plattform-Ökonomie zumindest auf den ersten Blick die befreiende Möglichkeit zu bieten, arbeiten zu können, ohne dass einem ständig jemand im Nacken sitzt. Tatsächlich hat das algorithmische Management die Beziehung zwischen den Arbeitenden und dem Management neu gestaltet. Indem es sie fast ununterbrochen überwacht, arbeiten die Menschen nicht nur härter – es wird auch sichergestellt, dass sie nur für die Minuten oder Sekunden bezahlt werden, in denen sie tatsächlich Arbeit leisten, die ihrem Chef Gewinn einbringt.

Du hast in Deinem Buch dargelegt, wie wirtschaftliche Erholungsprozesse, bei denen keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, die ökonomische Ungleichheit verschärfen. Wie schätzt Du die aktuelle pandemiebedingte Rezession ein?

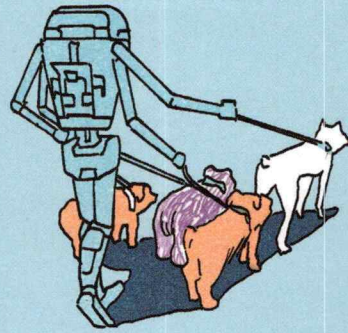
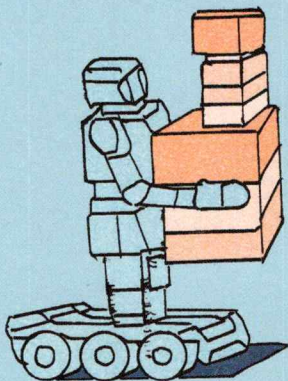
Aus eigener Kraft wird sich die Wirtschaft nur sehr langsam von der Covid-Krise erholen können. Auch das ist ein Merkmal stag-

nierender Volkswirtschaften: Die Wirtschaft erholt sich nur schleppend von einer Krise, weil es noch länger dauert, Arbeitsplätze für all die Menschen zu schaffen, die ihre Arbeit verloren haben.

Nach der Covid-Rezession wird es unvermeidlich einen Wachstumsschub geben. Aber dieses anfängliche Wachstum wird sich dann sehr schnell wieder abschwächen. Uns dürfte also eine Periode anhaltend langsamen Wachstums und niedriger Investitionsraten bevorstehen, ähnlich den 2010er Jahren. Wir werden wieder den Dienstleistungssektor wachsen sehen und das wird die Ungleichheit weiter verschärfen.

Ich denke, die 2020er Jahre werden politisch und wirtschaftlich eine turbulente und entscheidende Zeit sein, weil die Erholung von der Krise sehr lange dauern und sich mit einer weiteren Krise – der Klimakrise – überschneiden wird. Für alle, die an einer besseren Welt interessiert sind, werden dies die zehn Jahre sein, in denen es besonders wichtig ist, sich in sozialen Kämpfen zu engagieren, um sich für eine bessere Zukunft einzusetzen.

»Eine Zukunft ohne Knappheit lässt sich nicht daher automatisieren.«



»Manche stellen sich eine Welt nach der Knappheit als eine Ära der Ruhe und Entspannung vor. Ich glaube da nicht dran.«

Was diese andere, bessere Zukunft angeht, hast Du darauf hingewiesen, dass wir die Vision einer Gesellschaft ohne Mangel nicht so sehr als eine Frage technologischer Möglichkeiten, sondern vielmehr als eine der sozialen Beziehungen begreifen sollten.

Ich glaube zwar nicht daran, dass sich eine Zukunft ohne Knappheit daher automatisieren lässt, aber ich möchte damit nicht sagen, dass wir den Traum einer solchen Gesellschaft aufgeben sollten. Allerdings müssen wir anders über Knappheit nachdenken. Der Kapitalismus sagt uns, das Hauptproblem bestünde darin, dass die Ressourcen begrenzt sind, unsere Wünsche aber grenzenlos. Und die Automatisierungstheorien glauben, dass ein sprunghafter technologischer Fortschritt unsere Ressourcen so unerschöpflich machen wird, wie unsere Wünsche vermeintlich sind.

In jüngerer Zeit wurde diese Vorstellung der Knappheit von Psychologinnen und Psychologen kritisiert. Sie sagen, dass Menschen Knappheit als einen Zustand empfinden, in dem es ihnen an lebensnotwendigen Dingen fehlt und sie sich vollkommen auf die Sicherung ihrer Existenzgrundlagen konzentrieren müssen. Dieser Zustand hält sie davon

ab, in einem umfassenderen Sinne mit der Gesellschaft zu interagieren.

Diese neuere Vorstellung aus der Psychologie knüpft an eine viel ältere Tradition an, die bis zu Marx und sogar noch weiter zu Thomas More, François Noël Babeuf und Étienne Cabet zurückreicht. In dieser Denktradition ging es darum, die Produktion so neu zu organisieren, dass sowohl die Arbeit, die getan werden muss, gerecht verteilt wird, als auch der Zugang zu den Gütern und Dienstleistungen, die alle benötigen, um sich sicher zu fühlen. Dann könnten die Menschen ihr Leben als einen Raum von Möglichkeiten auffassen und nicht als einen beängstigenden Kampf um die Sicherung der eigenen Lebensgrundlagen.

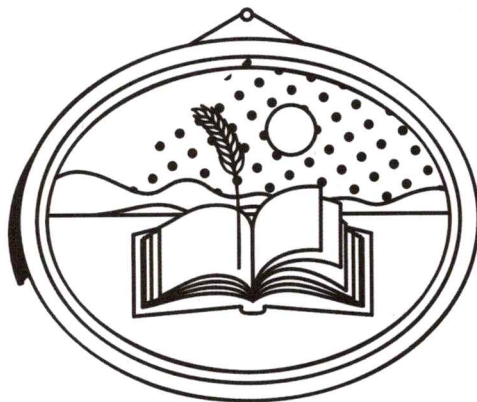
Wir lässt sich diese Vision realisieren?

Wir verfügen heute mehr denn je über Technologien, die uns diesem Ziel näher bringen können. Wir können Arbeit umverteilen und reduzieren – auch jene Arbeit, die derzeit nicht Teil der Wirtschaft ist, wie Hausarbeit und Sorgearbeit. Wir haben die Möglichkeit, einen Großteil der Güter und Dienstleistungen, die die Menschen zum Leben brauchen, frei verfügbar machen. Das würde eine erweiterte Sphäre der Freiheit eröffnen, die es den Menschen erlaubt, frei zu entscheiden, was sie mit ihrem Leben anfangen wollen.

Manche stellen sich eine Welt nach der Knappheit als eine Ära der Ruhe und Entspannung vor. Ich glaube da nicht dran. Menschen, die ihr ganzes Leben lang hart gearbeitet haben, werden sich natürlich nach Erholung sehnen. Aber ich denke, im Grunde wollen wir alle unseren persönlichen und kollektiven Interessen nachgehen. Und diesen Zustand können wir als Gesellschaft erreichen, indem wir allen Menschen Sicherheit garantieren und die notwendige Arbeit gerecht verteilen. 7

Aaron Benanav ist Wirtschaftshistoriker und forscht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sein Buch *Automation and the Future of Work* (Verso, 2020) erscheint im Herbst 2021 in deutscher Übersetzung bei Suhrkamp.

Für mehr Bibliodiversität!



Bewirb Dich auf ein Verlagsvolontariat beim Brumaire Verlag

Im deutschen Buchhandel machen 2 Prozent – die vierzig größten Verlage – knapp 80 Prozent des gesamten Umsatzes. Das führt nicht nur zu einer immer größeren Machtkonzentration, sondern auch zu einem Verlust an Bibliodiversität und kritischer Öffentlichkeit.

Wir haben den Brumaire Verlag gegründet, um die demokratisch-sozialistische Publizistik zu stärken. Zunächst mit dem Jacobin Magazin – und in Zukunft auch mit Büchern und weiteren Publikationen. Wenn Dich dasselbe Ziel antreibt, Du Verlagserfahrung mitbringst und das Brumaire Team verstärken willst, dann bewirb Dich jetzt auf unser erstes Verlagsvolontariat.

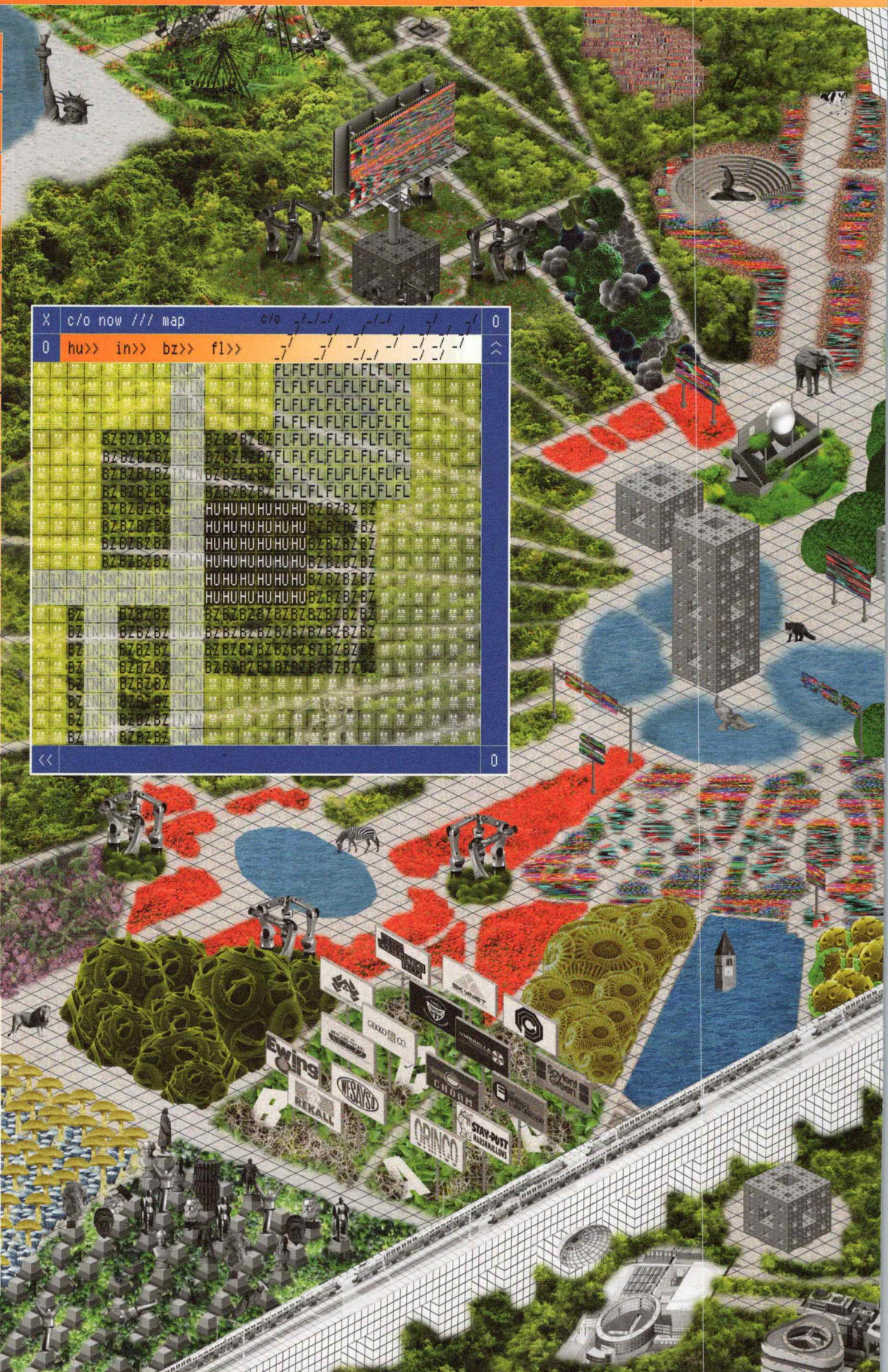
 jacobin.de/info/jobs

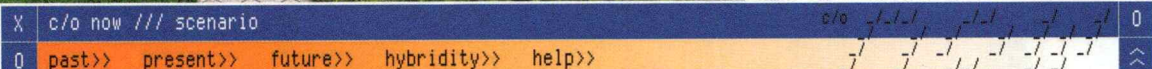


Brumaire


```
0 hominibus>> animalia>> fungi>> virae>> plantae>> chromista>> protozoe>> bacteria>> help>>
```

工作	没工作
活的	不生活
闲暇	没有空闲时间
交通	没有交通
公园	没有公园
人们	动物
蘑菇	病毒
植物	不等鞭毛類
原生動物	細菌
城市	国家
毛刺	主意
过去的	在场
未来	杂种性
感觉	废话
危机	空的
媚俗	山寨
自然	人類世
加速	慢慢地
救援	救援







Jahre Seuchen

**Auf Pandemien folgen Umwälzungen in der Arbeitswelt –
und zwar nicht erst seit Corona.**

TEXT Freg J. Stokes
ÜBERSETZUNG
Thomas Zimmermann

Wenn wir uns die vier Reiter der Apokalypse vorstellen, denken wir an Krieg, Hungersnot, Pest und Tod, die mit vereinten Kräften die Menschen malträtieren. Aber die aktuelle Pandemie hat gezeigt, dass sich zu dieser bösartigen Truppe noch ein fünfter Reiter gesellt: die Arbeit. Überall von Singapur bis Paris wurden die Communities prekärer, schlecht bezahlter Arbeiterinnen und Arbeiter besonders hart von Covid-19 getroffen. Unsichere Arbeitsbedingungen und die Zunahme von

Gelegenheitsjobs haben die Verbreitung des Virus auf der ganzen Welt begünstigt.



Die verwobene Dynamik von Pandemien, Arbeitsregimen und Klassenkämpfen erscheint uns wie eine Entwicklung der jüngsten Zeit, reicht in Wahrheit aber sieben Jahrhunderte zurück. Diese Geschichte hat sich in drei großen Zyklen abgespielt: Im 14. Jahrhundert trieb der Schwarze

Tod einen Pfahl durchs Herz des europäischen Feudalismus; die europäische Invasion der Amerikas und die Seuchen, die sie mit sich brachte, trugen zur Entstehung des Kapitalismus bei; und in den letzten zwei Jahrhunderten brach eine Reihe globaler Pandemien aus, deren Frequenz sich mit der Abholzung der Wälder und der Expansion des Industriekapitalismus erhöht hat. In jeder Phase dieser 700 Jahre überspannenden Saga hatte der Umgang der Arbeitenden und der Herrschenden mit den Pandemien erheblichen Einfluss auf den Ausgang von Klassenkämpfen. Die aktuelle Krise wird keine Ausnahme dieser Regel sein.

Der Schwarze Tod und das Ende des Feudalismus

Zwischen 1347 und 1352 wütete die Beulenpest in Europa und schickte dabei das bereits knarrende Feudalsystem in seinen letzten Todeskampf. Mindestens ein Drittel – und in manchen Gegenden sogar bis zu zwei Drittel – der Menschen ließen dabei ihr Leben. Das lässt sich teilweise auf den ohnehin schon schlechten Gesundheitszustand der europäischen Bevölkerung zurückführen. Im Spätféudalismus führte das Zusammenwirken von zermürenden landwirtschaftlicher Arbeit, Hungersnöten und Kriegen zwischen Feudalherren zu einem hohen Grad an Unterernährung in der Bauernschaft, was sie für die Pest besonders anfällig machte. Der unbesungene Reiter der Arbeit war stets zur Stelle, um seinen berühmteren Komplizen Hunger, Krieg und Pest zur Seite zu stehen.

Der darauffolgende demografische Kollaps hatte unerwartete Folgen. Da es plötzlich an Arbeitskräften mangelte und Land im Überfluss vorhanden war, war die Bauernschaft in vielen Regionen nun besser in der Lage, es mit der Macht der Feudalherren aufzunehmen. Sie organisierten sich kollektiv, um sich von feu-

dalen Verpflichtungen zu befreien, führten Pachtstreiks durch, flüchteten auf unbesetztes Land und leiteten damit das »Goldene Zeitalter des europäischen Proletariats« ein, wie es die Sozialtheoretikerin Silvia Federici und andere zuvor bezeichnet haben.

Diese Zeit sollte nicht idealisiert werden. Doch die uns verfügbaren Quellen deuten tatsächlich darauf hin, dass im Laufe der nächsten hundert Jahre sowohl ländliche als auch städtische Arbeiterinnen und Arbeiter höhere Löhne, billigere Lebensmittel und mehr freie Tage für Feste und Feiern erkämpfen konnten. Auch die Kluft zwischen den Löhnen von Männern und Frauen nahm in dieser Zeit deutlich ab. Im Falle des Schwarzen Todes waren es die Arbeitenden, nicht die Feudalherren, die die gesellschaftliche Krise am besten für sich nutzen konnten.

Anschließend versuchten die herrschenden Klassen, ihre Macht über die Arbeiterschaft zurückzugewinnen. Der Ausgang dieser Konflikte wurde nicht allein durch die Demografie bestimmt, sondern auch durch das Kräfteverhältnis zwischen

den Klassen, wie es in den jeweiligen Regionen Europas vorherrschte. In England führten die Herrschenden im Jahr 1349, auf dem Höhepunkt der Beulenpest, die »Ordinance of Labourers« ein: Diese Verordnung bestimmte, dass die Löhne nicht höher liegen dürften als vor der Pest und dass alle Personen unter sechzig Jahren, die die Arbeit verweigerten, ins Gefängnis geworfen werden sollten. Einem Boris Johnson dürfte bei diesem Gedanken ganz warm ums Herz werden.



Doch die Maßnahmen scheiterten an den Aufständen der Bauernschaft. Den Herrschenden gelang es erst viel später – unter anderem durch die Einhegung von Gemeindeland –, die Kleinbauern wieder ihrer Unabhängigkeit zu berauben. Im Mittelmeerraum dezimierte der Schwarze Tod die Bevölkerungen von Zypern, Kreta und anderen zuckeranbauenden Inseln. Um den Bedarf an Arbeitskräften zu gewährleisten, schickten italienische Plantagenbesitzer daraufhin Versklavte auf die Felder. Die Portugiesen und Spanier würden dieses brutale Experiment auf dem amerikanischen Kontinent fortsetzen – begleitet von einem neuen Zyklus von Seuchen.



Die Krankheiten der Konquistadoren und die Entstehung des Kapitalismus

In ihrem Kampf um die Kontrolle über die Arbeit war die Invasion der Amerikas ein Glücksfall für die herrschenden Klassen Europas. Im Zuge der spanischen und portugiesischen Eroberungen wurde die indigene Bevölkerung von zahlreichen Krankheiten befallen, darunter Pocken, Masern, Grippe und Ruhr. Wie groß die Bevölkerung der Amerikas im Jahr 1492 genau war, ist umstritten, doch die meisten aktuellen Schätzungen gehen von einer Sterblichkeitsrate von über 90 Prozent zwischen 1492 und 1650 aus, was eine Gesamtzahl von 50 bis 90 Millionen Toten bedeutet. Dieser katastrophale Verlust von Menschenleben wurde durch die Einführung europäischer Arbeitsregime im Zuckeranbau und Silberabbau noch verschärft. Einmal mehr stand der fünfte Reiter, die Arbeit, seinem Komplizen, der Pest, zur Seite.

Diese Bevölkerungsimplosion schuf für die Konquistadoren das gleiche Problem, mit dem sich die Feudalherren Europas nach dem Schwarzen Tod konfrontiert sahen: eine geschrumpfte Arbeiterschaft, die sich auf verschiedenste Weise gegen die ihr auferlegten Anforderungen wehrte. Im Atlantischen Regenwald verbündeten sich Anführer der Guaraní mit jesuitischen Missionaren, um ihren Konflikt mit den spanischen Kolonisatoren öffentlich zu machen. Sie klagten explizit an, wie die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft die Verbreitung von Krankhei-

ten in ihren Gemeinden begünstigte: »Die Karai (Spanier) bezahlen uns nicht für unsere Erschöpfung. Was wir von der Arbeit mitbringen, ist Müdigkeit; was wir mitbringen, ist Krankheit. Von unseren Leuten sterben viele unterwegs, andere nach der Ankunft, wieder andere bleiben ewig krank.«

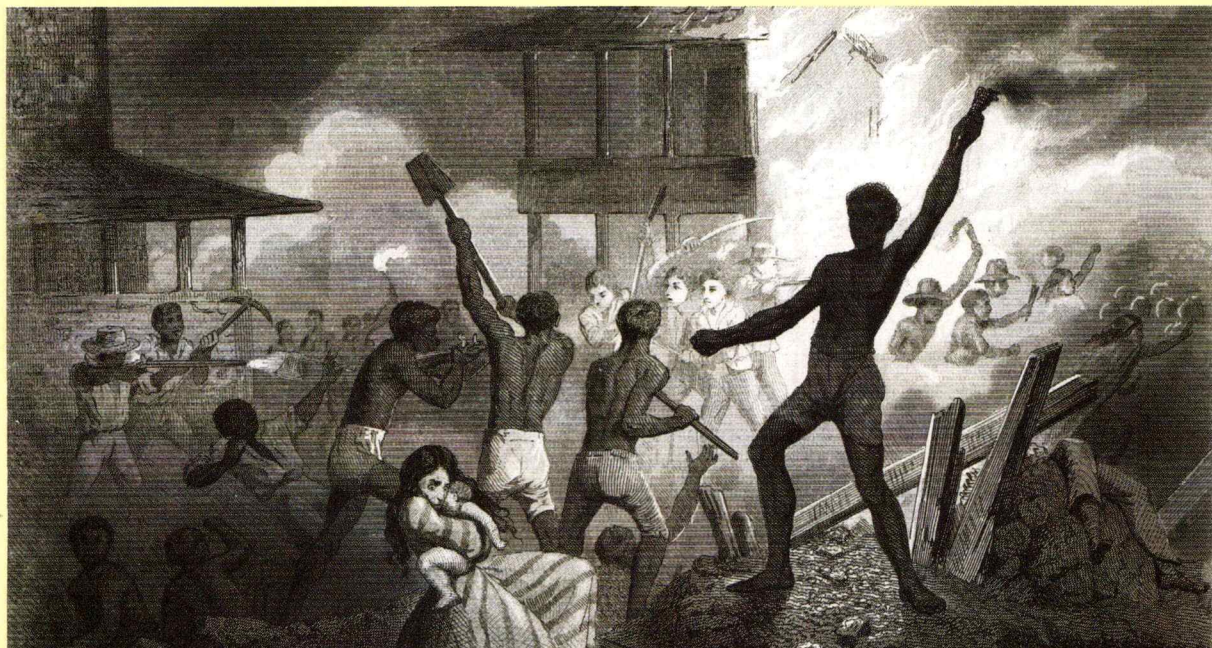
Aber die Missionare waren mitunter ebenso große Ausbeuter wie die Konquistadoren, und so gingen viele indigene Gemeinschaften im Atlantischen Regenwald, am Amazonas und anderswo in Isolation, anstatt in Verhandlungen zu treten. Sie zogen sich aus den kolonisierten Gebieten zurück und begrenzten ihren Kontakt mit den Invasoren auf ein Minimum. Genauso wie uns heute die Pandemie bei der Verteidigung unserer Arbeitsrechte beeinträchtigt,

»Was wir von der Arbeit mitbringen, ist Müdigkeit; was wir mitbringen, ist Krankheit. Von unseren Leuten sterben viele unterwegs, andere nach der Ankunft, wieder andere bleiben ewig krank.«



blieben damals auch den indigenen Gemeinschaften nur wenige Optionen: Während die einen versuchten, bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln, weigerten sich die anderen, überhaupt zu arbeiten.

Die Pandemien in den Amerikas trugen auch zur Entstehung des transatlantischen Sklavenhandels bei. Da die europäischen Mächte ihre indigenen Arbeitskräfte nur schwer unter Kontrolle halten konnten, begannen sie bald, junge Menschen von den Küsten Afrikas zu entführen. Die Gewinne aus der Sklavenarbeit in Goldminen sowie auf Zucker- und Baumwollplantagen flossen dann zurück nach Europa und halfen dort der industriellen Revolution auf die Sprünge.



Es wird zwar noch immer debattiert, wie, wann und wo der Kapitalismus begann, zwei häufig genannte Faktoren sind jedoch die Etablierung des Systems der Plantagensklaverei in den Amerikas und die Entstehung einer vom Markt abhängigen Arbeiterklasse in England, die unter anderem durch die Einhegung von Ländereien gezwungen war, in den Städten nach Arbeit zu suchen. Beide neuen Arbeitsregime entwickelten sich nicht zuletzt durch die Versuche der herrschenden Klasse, die im Zuge von Pandemien widerständig gewordenen Arbeiterinnen und Arbeiter wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben, mussten die Herrschenden neue, ineinandergreifende Systeme der Unterdrückung schaffen: Die »verhüllte Sklaverei der Lohnarbeiter in Europa« baute dabei direkt auf der »Sklaverei sans phrase in der neuen Welt« auf, wie Karl Marx es formulierte. Auch wenn das nur ein Aspekt einer komplexen Geschichte ist, so zieht sich doch

ein roter Faden von den Pandemien in Europa und den Amerikas über die jeweils nachfolgenden Klassenkämpfe bis hin zur Entstehung des Kapitalismus.

Aber der Kampf zwischen Kapital und Arbeit setzte sich fort. Selbst auf den Plantagen gelang es versklavten Arbeiterinnen und Arbeitern,

Erfolgreiche biologische Kriegsführung hat nicht unwesentlich zur Unabhängigkeit Haitis im Jahr 1804 beigetragen.

Krankheiten als Waffen gegen ihre Unterdrücker einzusetzen. Der Sklavenhandel hatte auch neue, durch Mücken übertragene Krankheiten – etwa Malaria und Gelbfieber – in die Amerikas gebracht, die in den tropischen Zonen der Karibik und des Festlandes schnell endemisch wurden. Während der Sklavenaufstände auf Saint-Domingue nutzte auch der Revolutionsführer Toussaint Louver-

ture sein Wissen über diese Krankheiten, um seine französischen und englischen Gegner in die Knie zu zwingen.

Denn im Gegensatz zu den eintreffenden europäischen Soldaten war die lokale, aufbegehrende Bevölkerung gegen diese Krankheiten immun. Das machten sich Louverture und die anderen Schwarzen Jakobiner zunutze, indem sie ihre Gegner während der Regenzeit in langwierige Guerillakämpfe verwickelten. Der Erfolg dieser biologischen Kriegsführung hat nicht unwesentlich zur Unabhängigkeit Haitis im Jahr 1804 beigetragen. Die Angst der Herrschenden vor weiteren Aufständen nach haitianischem Vorbild spielte dann bei der Abschaffung der Sklaverei im 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle. Doch leider war dies nur ein Teilsieg für die globale Arbeiterklasse. Denn zur gleichen Zeit setzten die europäischen Mächte zu einer neuen Welle der Kolonialisierung in Asien und Afrika an und lösten dabei neue Pandemien aus.

Regenwälder, Schweinefarmen und globale Pandemien

In den letzten zwei Jahrhunderten hat der fossile Kapitalismus die tropischen Regenwälder abgeholzt und zugleich die industrielle Landwirtschaft ausgebreitet – und damit die Büchse der Pandora der Krankheitserreger geöffnet. Internationale Handelsnetzwerke haben die Übertragung dieser Krankheiten zwischen ausgebeuteten und erschöpften Bevölkerungen auf dem ganzen Planeten befördert.

Dieser Prozess hat sich zwar seit dem Zweiten Weltkrieg beschleunigt, doch wie der Historiker und Soziologe Mike Davis dargelegt hat, lassen sich Präzedenzfälle für die gegenwärtige Krise schon in der Welle von Pandemien finden, die durch den Imperialismus des 19. Jahrhunderts in Asien und Afrika ausgelöst wurde. Beispielhaft ist dafür etwa die britische Invasion Indiens: Über die Marine- und Handelsnetze des British Empire verbreitete sich die Cholera nach 1817 rund um den Erdball. Nur so konnte eine Krankheit, die zuerst auf den Reisfeldern des Gangesdeltas ausbrach, zur Kulisse für Gabri-



Im 20. Jahrhundert war das Vordringen in die Regenwälder Zentralafrikas ein Hauptgrund für das Auftreten neuer Krankheiten, wobei HIV/AIDS das bisher verheerendste Beispiel dafür ist.



el García Márquez' Roman *Liebe in Zeiten der Cholera* werden, der an der Küste Kolumbiens spielt.

Ähnliche Kräfte trieben die Ausbreitung einer neuen Welle der Beulenpest an, die von Yunnan in China ausging, wo die Qing-Dynastie mit dem Abbau von Kupfer begonnen hatte. In den dichten Bergregenwäldern der Provinz zirkulierte *Yersinia Pestis* – das Bakterium, das die Beulenpest verursacht – unter der lokalen Nagetierpopulation. Bis 1855 war die Krankheit auf die Minenarbeiter übergesprungen und gelangte dann entlang der Opiumhandelsrouten – die von den Briten eingerichtet worden waren, um den chinesischen Markt durch den Verkauf von Drogen zu erschließen – bis an die chinesische Küste und von dort aus in viele andere Länder. Die »dritte Pest« tötete mehr als 12 Millionen Menschen und wurde von der WHO bis in die 1960er Jahre als aktiv eingestuft.

Im 20. Jahrhundert war das Vordringen in die Regenwälder Zentralafrikas ein Hauptgrund für das Auftreten neuer Krankheiten, wobei HIV/AIDS das bisher verheerendste Beispiel dafür ist. Der Wettkampf der europäischen Kolonialmächte um Afrika leitete einen Ansturm auf die Elfenbein- und Kautschukgewinnung ein. Ferne Monarchen wie König Leopold von Belgien und der deutsche Kaiser Wilhelm II. zwangen lokale Arbeitskräfte, unbezahlt für sie und ihren Reichtum zu schuften, was Millionen von Menschen das Leben kostete.



Neuere Studien deuten darauf hin, dass sich durch den Verzehr von Buschfleisch – höchstwahrscheinlich im Kongo oder in Deutsch-Kamerun – das Simian Immunodeficiency Virus (SIV) von Schimpansen auf Menschen übertrug und dabei HIV-1 erzeugte. Es ist möglich, dass dieses Buschfleisch während Zwangsarbeitsexpeditionen verzehrt wurde und das Virus anschließend mit der Eisenbahn und der Fähre entlang der Elfenbein- und Kautschuk-Ex-

portrouten reiste. In den 1920er Jahren sprang das Virus von Kinshasa in Belgisch-Kongo nach Haiti über, bevor es schließlich in den 1980er Jah-

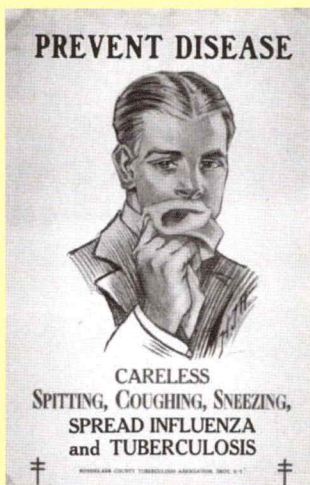
ren noch immer nicht eindeutig geklärt. Aber es ist möglich, dass auch sie von Tieren auf den Menschen übertragen wurde und sich dann in den

In den 1920er Jahren sprang das Virus von Kinshasa in Belgisch-Kongo nach Haiti über, bevor es schließlich in den 1980er Jahren in den USA identifiziert wurde.

ren in den USA identifiziert wurde. In den folgenden Jahrzehnten hat die anhaltende Ausweitung der Fischerei, des Bergbaus und anderer Wirtschaftszweige in Zentralafrika die Übertragung einer wachsenden Zahl von Krankheitserregern von Tieren auf Menschen begünstigt, darunter das Zika-, Chikungunya-, Ebola- und Marburg-Virus. Gleichzeitig hat die Massentierhaltung einen Nährboden für Influenzaviren geschaffen: Zwischen 1957 und 2010 löste die Interaktion zwischen Menschen, Schweinen und Vögeln eine Reihe von Grippeausbrüchen aus.

Der genaue Ursprung der »Spanischen« Grippe von 1918/19 ist

Reihen der erschöpften jungen Männer verbreitete, die die militärische Drecksarbeit für die Herrschenden Europas ausführten, bevor sie dann an den von der britischen Besatzung zermürbten Bevölkerungen Indiens und Irans ein noch verheerenderes Unheil anrichtete. Wie immer spielten neben Pest, Krieg und Hungersnot auch brutale Arbeitsregime eine Rolle. Es ist kein Zufall, dass zu dieser Zeit allorts Streiks und Proteste durchgeführt wurden: von anticolonialen Aktivisten in Amritsar, von Anarchisten in Buenos Aires und von Schneiderinnen in New York.



Ein gemeinsamer Kampf um Arbeit und Gesundheit

Die Ursprünge von Covid-19 sind ebenfalls ungewiss, aber einer häufig genannten Hypothese zufolge hat sich das Virus von Fledermäusen über in Käfigen gehaltene Schuppentiere auf den Menschen übertragen. Wie der Historiker Andrew Liu angemerkt hat, ist der massenhafte Verzehr von Schuppentieren in China ein junges Phänomen – ein gastronomisches Spektakel, das inmitten eines Wirtschaftsbooms den Privilegierten zur Distinktion dient. Der fünfte Reiter der Apokalypse schürt den Wettbewerb am Arbeitsplatz, das Streben nach Status und den Zusammenbruch der Klassensolidarität, indem er den Besserverdienenden immer extravaganteren Luxus bietet. Wie die weltweit wachsende Nachfrage nach Rind- und Schweinefleisch ist auch der Konsum exotischer Wildtiere in China durch die frenetische Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft befeuert worden. Und ihr ungebremsstes Vordringen in die Lebensräume von Tieren wird mit Sicherheit weitere Plagen über uns bringen.

Die Behauptung des australischen Premierministers Scott Morrison, die derzeitige Pandemie sei ein Ereignis, das nur einmal in hundert Jahren vorkomme, ist Unsinn. Das Gegenteil ist der Fall: Die neuesten wissenschaftlichen Prognosen lauten, dass wir mit fünf oder sechs Epidemien im Jahr rechnen müssen, wenn die Abholzung im derzeitigen Tempo fortschreitet. Auch die internationalen Rohstofflieferketten tragen dazu bei: Die Schweine in China und Europa, von denen die nächste Grippepandemie ausgehen könnte, bekommen als Futter Sojabohnen

von Plantagen, für die in Südamerika Savannen und Regenwälder vernichtet werden. Genau dort sind in den letzten siebzig Jahren wiederholt neue Krankheitserreger entstanden – etwa das Machupo-Virus, das von Nagetieren im Amazonasgebiet übertragen wird. Die Zerstörung des Amazonas-Regenwalds würde wiederum die globale Erwärmung beschleunigen und zum weiteren Rückgang des arktischen Permafrostes führen, wo auftauende Kadaver von Rentieren schon heute seit langer Zeit schlummernde Erreger wie Milzbrand freisetzen.

Aber es gibt Maßnahmen, die wir ergreifen können, um dieses Alptraumszenario noch zu verhindern. Zum einen müssen wir die Tren-

nung zwischen Kampagnen für Arbeitsplatzsicherheit, indigene Landrechte und Umweltschutz auflösen. Wir sollten die Artenvielfalt nicht nur deshalb verteidigen, weil wir Affen und Schuppentiere niedlich finden – wir sollten sie verteidigen, weil wir nicht wollen, dass uns Affen und Schuppentiere mit furchterregenden neuen Krankheiten infizieren. Dazu müssen Abholzung und illegaler Wildtierhandel stark beschränkt werden. Die Einrichtung und Erhaltung gut geschützter ökologischer Reservate und indigener Territorien könnte das erwirken.

Es liegt im gesundheitlichen Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Städten, die Kämpfe der Indigenen zu unterstützen, die in tropischen Regenwäldern und anderen artenreichen Regionen leben und sich dem weiteren Vordringen kommerzieller Holzfäller und Wilderer entgegenstellen. Das bedeutet

Wie die weltweit wachsende Nachfrage nach Rind- und Schweinefleisch ist auch der Konsum exotischer Wildtiere in China durch die frenetische Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft befeuert worden.





Die Corona-Streiks in städtischen Warenlagern und die indigenen Kampagnen gegen den Bergbau im Amazonasgebiet sind zwei Seiten desselben Kampfes um Arbeit und Gesundheit.

auch, indigene Gruppen zu unterstützen, die sich noch immer gegen ihre Eingliederung in das kapitalistische System der Rohstoffextraktion wehren – die sich also weigern, für den fünften Reiter zu arbeiten. Die Corona-Streiks in städtischen Warenlagern und die indigenen Kampagnen gegen den Bergbau im Amazonasgebiet sind zwei Seiten desselben Kampfes um Arbeit und Gesundheit.

Ebenso können wir Solidarität aufbauen, indem wir anerkennen, dass die Pandemien und Klassenkämpfe der letzten 700 Jahre sowohl bezahlte als auch unbezahlte Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen haben, im Globalen Norden wie im Globalen Süden. Jede neue Seuche hat sich die Schwachstellen des jeweils herrschenden Arbeitsregimes zunutze gemacht – aber die daraus resultierenden Krisen schufen immer

auch Möglichkeiten, diese Regime zu stürzen.

Wie die Journalistin Naomi Klein argumentiert hat, nutzen Regierungstechnokraten und Tech-Milliardäre die Pandemie, um einen »Screen New Deal« einzuleiten, der die Risse im gegenwärtigen System überbrückt, indem er Studierende und Angestellte dazu zwingt, zu Hause zu lernen und zu arbeiten – auf Abruf und unter permanenter Überwachung. Wenn der Reiter der Pest sie gerade nicht auf der Straße niedertrampelt, dann werden sie vom Reiter der Arbeit angegriffen, noch bevor sie überhaupt aus der Tür getreten sind.

Um sie zurückzudrängen und unsere eigenen Alternativen zu diesem Szenario zu finden, das einem zweitklassigen Cyberpunk-Roman entsprungen zu sein scheint, können wir

auf vergangene Kämpfe auf mehreren Kontinenten zurückblicken. Wir können uns davon inspirieren lassen, wie mittelalterliche Bauern in England, Guaraní-Gemeinschaften in Paraguay, Revolutionäre in Haiti und Schneiderinnen in New York inmitten verheerender Seuchen sowohl für das Recht auf besser bezahlte Arbeit gekämpft haben als auch für das Recht, überhaupt nicht zu arbeiten.

Die anhaltende weltweite Streikwelle, bei der Menschen zum Schutz ihrer Gesundheit während der Pandemie die Arbeit verweigern, die Kampagnen der Indigenen in Brasilien für die Einrichtung von Kontrollpunkten in der Nähe ihrer Gemeinden, um ihre soziale Isolation aufrechtzuerhalten, und die vielerorts zu vernehmenden Forderungen, die Altenpflege in die öffentliche Hand zu geben, bilden eine moderne Fortsetzung dieser globalen Tradition. Wir dürfen diese Kämpfe vergangener Generationen nicht vergessen. Aus ihren Erfolgen können wir Kraft schöpfen, während wir zu unserem eigenen Kampf gegen die fünf Reiter der kapitalistischen Apokalypse antreten. 7

**ENTDECKE DEIN POTENZIAL
JETZT ANMELDEN**

Für ein Recht auf echte Faulheit

An der gesellschaftlich notwendigen
Arbeit müssen wir uns alle beteiligen.
Über die verbleibende Zeit schulden wir
niemandem Rechenschaft.

NOW!

**Investiere in
DICH**

TEXT Alexander Brentler
ILLUSTRATION Bartholomäus Zientek

Wer psychisch und physisch in der Lage dazu ist, der sollte arbeiten – wer dies nicht tut, leider oft darunter. Die psychologischen Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit sind in vielen Fällen verheerend. Die meisten, denen dauerhaft das Gefühl vermittelt wird, nicht gebraucht zu werden, verlieren über die Zeit zumindest einen Teil ihres Selbstwertgefühls. Das Recht auf Teilhabe an gesellschaftlich sinnvoller Arbeit zu anständigem Lohn sollte deshalb zum Grundkonsens sozialistischer Politik gehören.

Aber ist dieser Gedanke nicht überholt, teil einer toxischen Arbeitskultur, die für das 21. Jahrhundert untauglich geworden ist? So argumentieren zumindest viele Fürsprecherinnen eines bedingungslosen Grundeinkommens. Man solle Menschen lieber ökonomisch absichern und es ihnen erlauben, sich selbständig ihre Rolle in der Gesellschaft zu suchen, ohne Zwang und Verbindlichkeit. Angeblich trauern nur hängengebliebene Retro-Sozialisten der Vollbeschäftigung nach.

Hinter dieser antiautoritären Fassade verbirgt sich jedoch ein viel tieferer Produktivitätswahn, als man ihn Sozialistinnen und Sozialisten jemals vorwerfen könnte. Denn die Erwartungshaltung, sich nach Erhalt des Existenzminimums ganz freiwillig »Sinnvollem« zuzuwenden, ist nur eine weitere Spielart des Zwangs zur Selbstoptimierung in der Marktgesellschaft. Als Kompensation für Sorgearbeit ist das BGE ein wenig zielgenaues Instrument. Wer sich wirklich Vollzeit um andere kümmert, hat mehr verdient als ein Existenzminimum. Die »Freiheit«, die das BGE verspricht, zielt eher auf Selbstentfaltung ab – daher sein besonderer Appeal unter Kreativen. Die unausgesprochene Erwartung lautet, das Leben über die Erwerbsarbeit hinaus als

zielorientierte Karriere zu begreifen.

Dass sich immer breitere Schichten der Gesellschaft dazu genötigt sehen, ihre Freizeit, Hobbies und sozialen Netzwerke im echten und digitalen Leben zu monetarisieren, sollte uns beunruhigen. Per-



VERGOLDE DEIN TALENT

manente Selbstvermarktung und *hustle culture* werden für immer mehr Menschen zu einem normalen Bestandteil ihres Lebens: »50 Euro nebenher verdienen durch einen Youtube-Kanal oder Direktmarketing? Nehm ich mit!« Diese niedrigschwelligen Angebote zur Selbstausbeutung sind für viele auch deswegen so anziehend, weil sie jedem versprechen, individuelle Talente ans Licht zu bringen. »Du bist etwas ganz besonderes, nur weißt Du es vielleicht noch nicht« lautet die Verheißung dieses digitalen Mitmachkapitalismus, selbst wenn es nur darum geht, sich als scheinselbstständiger Taxifahrer besonders gute Kundenbewertungen auf verschiedenen Apps zu erschufen.

Warum tut sich die politische Linke so schwer damit, gegen diese gesellschaftliche Fehlentwicklung vorzugehen? Ein Grund dafür ist, dass wir die Prämissen, auf denen sie beruht, nicht selten unausgesprochen oder unbewusst teilen. Auch wir Linke wollen den Menschen zu oft veredeln, nur unter anderen Idealvorstellungen als die Libertären und Transhumanisten im Silicon Valley. Dabei sind die Menschen, so wie sie sind, mehr als gut genug für den Sozialismus.

Wir sollten akzeptieren, dass es das eine richtige Lebensziel nicht gibt. Für die große Mehrheit ist Arbeit nach wie vor Mittel zum Zweck – und sollte das auch bleiben. Dem Druck, privat oder am Arbeitsplatz aus dem eigenen Leben so viel Nutzwert wie möglich herauszupressen, sollten wir unsere eigene Verheißung entgegenstellen: »Du bist okay, so wie Du bist.« Ein anständiges Leben haben wir alle verdient. Wir sollten dem Kampf gegen Ausbeutung und das Recht auf mehr Freizeit nicht verschämt zu einem Recht auf mehr »freiwillige« Selbstoptimierung umdeuten, sondern offensiv kommunizieren, worum es uns geht: Die Aussicht auf weniger Arbeit für mehr Geld.

Einige von uns haben das Bedürfnis, sich zu fordern und ihre Talente zu entwickeln, andere möchten das Zusammenleben im Kleinen verbessern, indem sie sich in Vereinen oder in sozialen Bewegungen engagieren oder sich um Kinder und Alte kümmern, und manche wollen einfach nur in Ruhe gelassen werden. Diese Charakterunterschiede sind vollkommen in Ordnung. Sie moralisch zu bewerten, führt uns Linke in eine politische und argumentative Sackgasse.



Jeder Altenpfleger und jede Handwerkerin, der oder die sich Woche für Woche dreißig oder vierzig Stunden lang um das Wohl von Menschen oder das Funktionieren von Infrastruktur kümmert, hat ein Anrecht darauf, nach der Arbeit zu studieren,

Romane zu schreiben, im Tierheim zu helfen oder Jugendfußballmannschaften zu trainieren und dabei am Arbeitsplatz und von der Gesellschaft unterstützt und gewürdigt zu werden. Genauso gut haben sie aber das Recht, das Wochenende durchzufeiern, durchzuzocken oder beikifft die Seele baumeln zu lassen, und zwar ohne eine Sekunde des schlechten Gewissens.

Lassen wir die alberne performative Aske der digitalen Marktgesellschaft also hinter uns. Konzentrieren wir uns lieber darauf, die gesellschaftlich notwendigen Aufgaben gerecht zu verteilen und so angenehm wie möglich zu gestalten. Denn das Schönste an der Arbeit ist und bleibt der Feierabend. 7



Artikel schließen und
erstmal chillen?

Abbrechen

Schließen



Lauter kleine Diktaturen



Die Wirtschaft ist der undemokratischste Bereich unseres Lebens. Wie können wir das ändern?

TEXT Thomas Zimmermann
ILLUSTRATION Zane Zlemeša

Wir leben in einer Demokratie – oder zumindest haben wir uns daran gewöhnt, das zu denken. Damit meinen wir, dass uns der Staat die Möglichkeit gibt, an Wahlen teilzunehmen, die über die Zusammensetzung seiner politischen Führungsriege entscheiden. Doch sofern wir nicht gerade selbst in der Politik arbeiten, spielt sich ein Großteil unseres Lebens in Zusammenhängen ab, in denen das Spitzenpersonal nicht demokratisch bestimmt worden ist.

In der Wirtschaft legitimiert sich Macht nicht mittels allgemeiner Wahlen, sondern über privates Eigentum. Die meisten Unternehmen gleichen eher Diktaturen als Demokratien: Schließlich wird das Anrecht der Vorgesetzten, ihre Belegschaften zu kommandieren, in der Regel nicht von den Angestellten selbst erteilt. Wo es Betriebsräte gibt, haben diese das Recht, vom Chef angehört und informiert zu werden sowie in einzelnen betrieblichen Angelegenheiten mitzubestimmen – was die unternehmerischen Entscheidungen angeht, haben sie aber nichts zu melden.

Einen Staat, dessen Parlament nur derart eingeschränkte Befugnisse besäße, würden wir ohne zu zögern als Scheindemokratie bezeichnen. Aber da es sich um »private« Unternehmen, also vermeintlich um eine Privatsache der Eigentümerinnen und Eigentümer handelt, nehmen wir das einfach als rechtens hin. Dass auch die Privatwirtschaft politisch ist, gehört zu den Grundeinsichten des Sozialismus – und die Demokratisierung der Wirtschaft zu seinen wichtigsten Zielen.

Der Drahtseilakt zum Sozialismus

»Demokratisierung der Wirtschaft« kann zweierlei bedeuten: Im Rahmen des einzelnen Unternehmens bilden die Beschäftigten das »Volk«. In dieser Hinsicht müsste eine Demokratisierung die Arbeiterinnen und Arbeiter in die Lage versetzen, selbst darüber zu bestimmen, was sie mit ihrer Arbeitskraft und den durch sie erzeugten Profiten anfan-

gen wollen. Auf Ebene der Gesellschaft müsste die Wirtschaftsdemokratie hingegen die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden lassen, welchen Prioritäten die Wirtschaft ihres Landes folgen soll. Beide Ansprüche sind absolut gerechtfertigt – in der Praxis können sie sich aber leicht in die Quere kommen.

Heute hat eine Privatkapitalistin Kraft ihres Eigentums die Möglichkeit, einerseits weitgehend über ihre Beschäftigten und deren Arbeitsbedingun-

**Einen Staat,
dessen Parlament
nur derart ein-
geschränkte
Befugnisse besäße
wie ein Betriebsrat,
würden wir ohne
zu zögern als
Scheindemokratie
bezeichnen.**

gen zu bestimmen und andererseits – abhängig von der Größe und der Wirtschaftskraft ihres Unternehmens – Druck auf den Staat auszuüben. Sie kann dadurch erwirken, dass dieser seine Arbeits-, Umwelt- und Steuergesetzgebung sowie die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Subventionen in einer Weise regelt, die für ihr privates Profitinteresse günstig ist.

Würden wir die Kontrolle über die Unternehmen ganz auf ihre Belegschaften übertragen, so wäre ein Problem gelöst: Die Beschäftigten würden von nun an nicht mehr unter Fremdherrschaft arbeiten, sondern zu den Konditionen und mit den Zielvorgaben, über die sie selbst kollektiv entschieden hätten.

Doch das andere Problem, dass nämlich große Unternehmen mit ihren Sonderinteressen ganze Staaten gefügig machen können, wäre damit nicht erledigt: Anstelle eines kleinen Kreises von Kapitalisten würde nun ein größerer Kreis von Beschäftigten dieser Konzernriesen überproportional viel gesellschaftliche Macht vereinnahmen. An die Stelle des Privatkapitalismus wäre ein Produzentenkapitalismus getreten.

Wenn wir hingegen die Kontrolle über die Unternehmen aus der privaten Verfügung autokratischer Kapitalisten in die öffentliche Hand eines demokratischen Staates übergäben, dann hätten wir damit zwar die politische Übermacht der wirtschaftlichen Eliten ausgeschaltet. Die Beschäftigten in den Unternehmen hätten jedoch keine Selbstbestimmung gewonnen. Sie wären den vom Staat eingesetzten Funktionären im Zweifelsfall genauso ausgeliefert wie zuvor dem vom Kapital eingesetzten Management. Wir hätten damit einen Staatskapitalismus geschaffen, aber noch nicht den Sozialismus erreicht.

Der jugoslawische Versuch

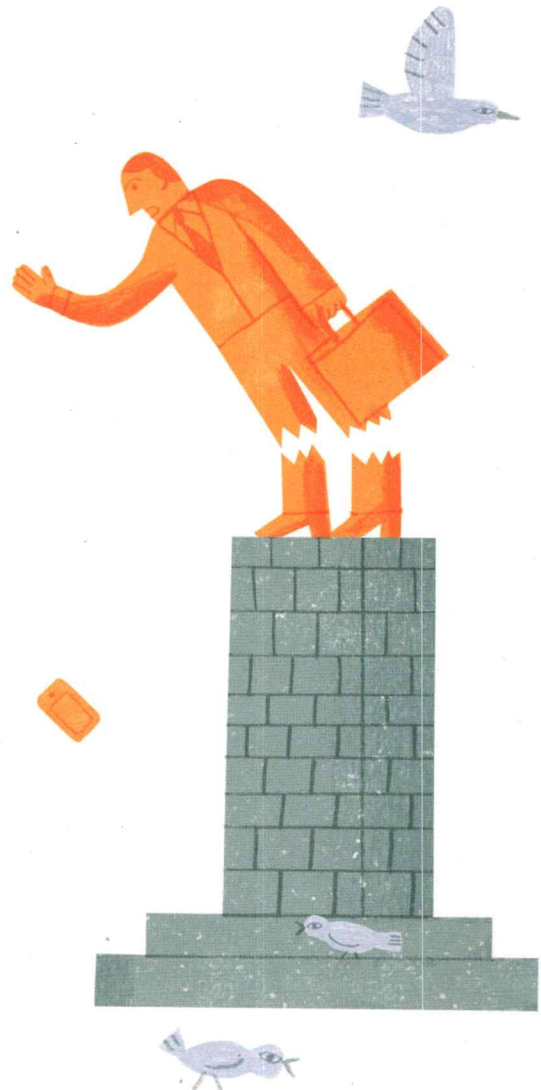
Zu diesem Schluss kam Ende der 1940er Jahre auch die sozialistische Führung von Jugoslawien unter Josip Broz Tito. Nachdem das Land 1948 mit der Sowjetunion gebrochen hatte, versuchte es, einen eigenständigen Weg zum Sozialismus zu beschreiten und wählte als Vehikel die Wirtschaftsdemokratie.

Ein Gesetz vom Juni 1950 institutionalisierte Arbeiterräte in allen jugoslawischen Staatsunternehmen. Die gesamte Belegschaft wählte einen Arbeiterrat, der wiederum eine Unternehmensleitung ernannte. Doch der Unternehmensdirektor, der diesem Leitungsgremium vorstand, wurde von staatlicher Seite bestimmt. In der Folge gab es zwar eine Beteiligung der Arbeiterinnen und Arbeiter an den Profiten, nicht aber eine reale Demokratisierung der unternehmerischen Entscheidungsprozesse, die weiterhin einer zentralen staatlichen Planung folgen mussten.

Auf Drängen der Arbeiterräte schuf die Staatsführung in den Folgejahren einen immer größeren Spielraum für unternehmerische Eigeninitiative. Die Unternehmen gingen aus staatlichem in »gesellschaftliches Eigentum« über und gehörten von nun an kollektiv sich selbst. Die geforderte Abschaffung staatlicher Vorgaben und Regulierungen führte

zusammen mit Steuererleichterungen für Unternehmen über die Jahre jedoch zu einem steileren Lohngefälle, einer Verschärfung der regionalen Ungleichheiten und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Interesse der Steigerung ihrer Profite untergruben die Arbeiterräte zudem ihre eigenen demokratischen Standards und gaben immer mehr Kompetenzen an Spezialisten ab.

Im Jahr 1968 war es mit der Liberalisierung soweit gekommen, dass die Gewerkschaften den Staat dazu aufforderten, die Wirtschaft einzuhegen. Doch die anschließenden Versuche der Staatsführung, die Kontrolle wiederzugewinnen und die Unternehmensleitung mehr mit der Zivilgesellschaft zu integrieren, brachten keine wesentliche Veränderung ihrer festgefahrenen Arbeitsweise mehr zustande.



Das jugoslawische Experiment ist vom Staatskapitalismus in den Produzentenkapitalismus umgeschungen, ohne dazwischen oder danach einen stabilen Mittelpunkt gefunden zu haben. Die Herausforderung von damals wird in zukünftigen Versuchen die gleiche sein: eine institutionelle Architektur zu schaffen, die den Beschäftigten effektive Kontrolle über ihre Unternehmen gibt, sie aber zugleich darauf verpflichtet, im Interesse der gesamten Gesellschaft zu wirtschaften.

Eine andere Frage, mit der wir uns heute konfrontiert sehen, wenn wir unsere Wirtschaft demokratisieren wollen, hat sich im sozialistischen Jugoslawien jedoch gar nicht erst gestellt: Das Problem des Privatkapitalismus hatte sich durch die Verstaatlichung von Industrie und Banken nach der Staatsgründung 1945 bereits erledigt. Wir leben jedoch unter anderen Voraussetzungen, zu denen ein vorangegangener revolutionärer Bruch mit der kapitalistischen Eigentumsordnung nicht gehört. Also müssen wir auch hier noch nach weiteren Antworten suchen.

Der schwedische Plan

Im Schweden der 1970er Jahre hatten fast vier Jahrzehnte sozialdemokratischer Regierungen dem Kapitalismus einen starken Wohlfahrtsstaat aufgesetzt, der von ebenso starken Gewerkschaften flankiert war. Das Schwedische Modell beinhaltete schon seit den frühen 1950er Jahren ein System zum Ausgleich von Lohnunterschieden – nun aber wollte man einen Schritt weiter gehen und auch die Profite solidarisch teilen.

Im Jahr 1971 beauftragte der Verband der schwedischen Industriegewerkschaften eine Gruppe von Ökonominen und Ökonomen um Rudolf Meidner mit der Erstellung eines Plans, mit dem die regierende Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens eine gerechtere Vermögensverteilung in der Gesellschaft und eine Vergrößerung der Macht von Arbeiterinnen und Arbeitern herbeiführen könnte.

Der 1975 fertiggestellte Meidner-Plan schlug vor, branchenspezifische Lohnempfängerfonds einzurichten, an die alle Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten einen Anteil ihrer Gewinne abzuführen hätten. Die von den Gewerkschaften kontrollierten Fonds würden diese Finanzmittel wiederum in Unternehmensanteile investieren, um kollektives Eigentum in der Wirtschaft auszubilden und die Unternehmensführung zugunsten der Arbeiterinnen und

Arbeiter zu beeinflussen. Mit der Zeit – nach Meidners Schätzung innerhalb von 25 Jahren – würden die Fonds Mehrheiten an allen größeren Unternehmen des Landes besitzen. Damit wäre die Bestimmungsgewalt des privaten Kapitals über die schwedische Wirtschaft gebrochen.

Doch zu einer wirklichen Umsetzung dieses Plans kam es nie. Die bürgerliche Presse entfesselte eine Kampagne gegen Rudolf Meidner, den vermeintlich »gefährlichsten Mann des Landes«. Daraufhin verloren die Sozialdemokraten die schwedischen Reichstagswahlen von 1976. Diese Niederlage stärkte wiederum die Rechten innerhalb der Partei, sodass sich diese während ihrer Zeit in der Opposition gegen den Gewerkschaftsflügel durchsetzen konnten. Zwar führten die Sozialdemokraten die Lohnempfängerfonds schließlich im Jahr 1984 ein, als sie wieder an die Regierung zurückgekehrt waren, jedoch war das Konzept in der Zwischenzeit seiner Radikalität beraubt worden: Nun bezweckte man damit weder eine Demokratisierung der Unternehmen, noch eine vollständige Vergesellschaftung des Kapitals. Die Fonds kontrollierten zu keinem Zeitpunkt mehr als 7 Prozent des schwedischen Aktienmarktes und wurden schließlich im Jahr 1992 unter einer bürgerlichen Regierung privatisiert.

Auch wenn der Meidner-Plan niemals Wirklichkeit wurde, lohnt sich seine Betrachtung schon allein deshalb, weil er das ambitionierteste Vorhaben zur Demokratisierung der Wirtschaft darstellt, das jemals unter kapitalistischen Bedingungen von einer Regierung ernsthaft in Betracht gezogen wurde – und weil er ein Modell der Sozialisierung der Wirtschaft anbietet, das einen Systemwechsel nicht voraussetzt, sondern ihn umgekehrt erst bewirkt.

Dennoch sind auch die Voraussetzungen im Schweden der 1970er andere als unsere heutigen. In der Zwischenzeit hat die Globalisierung und Deregulierung der Finanzwirtschaft die gesellschaftliche Machtposition des privaten Kapitals noch weiter gestärkt. Gleichzeitig haben die Arbeiterinnen und Arbeiter heute bedeutend weniger Macht als damals: Ein Modell, in dem Gewerkschaftsfunktionäre mit der Verwaltung des vergesellschafteten Kapitals betraut sein würden, konnte nur deshalb als demokratisch gelten, weil der Organisationsgrad der Arbeiterinnen und Arbeiter in Schweden bei über 70 Prozent lag. Bei den gegenwärtig 14 Prozent in Deutschland hätte ein solches Modell hier und heute wohl kaum die nötige Legitimität.

Ein neuer Anlauf

Für unsere Gegenwart scheint ein Modell am nahelegendsten, das eine zunehmende, verpflichtende Kapitalbeteiligung der Beschäftigten vorsieht, wie der schwedische Meidner-Plan, diese aber nicht auf sektoraler Ebene ansiedelt und den Gewerkschaften unterstellt, sondern, wie das jugoslawische Experiment, die einzelnen Unternehmen als den Ort der Arbeiterselbstbestimmung begreift. Dies ist auch aus dem Grund sinnvoll, dass eine effektive demokratische Leitung durch die Beschäftigten am wahrscheinlichsten in ihren eigenen Betrieben erreicht werden kann, da sie mit deren Strukturen, Problemen und Potenzialen am besten vertraut sind.

In diese Richtung gehen auch die jüngeren wirtschaftsdemokratischen Konzepte, die 2018 von der britischen Labour Party unter Jeremy Corbyn und 2019 von Bernie Sanders in seinem Wahlkampf um die US-Präsidentschaft vorgestellt wurden. Beide Pläne würden größere Unternehmen dazu verpflichten, Kapitalbeteiligungsfonds für ihre Belegschaften einzurichten und jedes Jahr einen Bruchteil ihrer Anteile – 1 Prozent bei Labour, 2 Prozent bei Sanders – an diese zu übertragen. In beiden Modellen würden die Vorstände dieser Fonds direkt von den Beschäftigten gewählt werden und in deren Auftrag auf Hauptversammlungen und in Aufsichtsräten abstimmen.

Zwar bleiben die beiden Vorschläge durch die Festlegung willkürlicher Obergrenzen für die Kapitalbeteiligung der Belegschaften – 10 Prozent bei Labour, 20 Prozent bei Sanders – hinter dem transformatorischen Anspruch des Meidner-Plans zurück. Dies zeigt jedoch nur, wie weit sich der Rahmen des Sagbaren in den letzten Jahrzehnten nach rechts verschoben hat und wie weit wir ihn wieder in die richtige Richtung bewegen müssen.

Außerdem sehen beide Konzepte eine direkte Gewinnbeteiligung der Beschäftigten vor, wie es auch in Jugoslawien der Fall war. Die Sanders-Kampagne verkündete, dass bei einer erreichten Vergemeinschaftung von 20 Prozent der Unternehmensanteile eine durchschnittliche jährliche Dividende von mehr als 5.000 Dollar pro Person zu erwarten wäre. Der Plan der Labour Party beabsichtigte hingegen, den individuellen Gewinn auf jährlich 500 Pfund zu beschränken und darüber hinausgehende Überschüsse für die Finanzierung sozialstaatlicher Leistungen zu verwenden.

Ein solcher Mechanismus würde sicherstellen, dass Beschäftigte in kapitalintensiven Branchen und profitablen Betrieben gegenüber jenen in weniger profitablen nicht übermäßig bevorteilt würden. Zugleich wäre damit gewährleistet, dass von der Vergemeinschaftung der Unternehmen nicht nur ihre eigenen Belegschaften profitieren, sondern die gesamte Gesellschaft. Die Teilhabe an den Profiten ist aber wie im einzelnen Unternehmen, so auch für die Gesellschaft als Ganze nur die eine Seite der Wirtschaftsdemokratie. Zusätzlich müssen wir auch darüber nachdenken, in welcher Form und in welchem Maße gesellschaftliche Kontrolle über die Tätigkeit der Unternehmen ausgeübt werden soll.

Ein von der Ökonomin Grace Blakeley vorgelegter Vorschlag zur Demokratisierung der Finanzwirtschaft sieht etwa die Einrichtung eines Systems staatlicher Investitionsbanken auf regionaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene vor, deren Leitungsgremien mehrheitlich über direkte Wahlen durch die Bevölkerung bestimmt und um Vertreterinnen und Vertreter der Regierung ergänzt würden. Diese Investitionsbanken würden ihre Geldvergabe an die Bedingung knüpfen, dass die Unternehmen gesamtgesellschaftlichen Interessen – etwa an der Dekarbonisierung der Wirtschaft – nachkommen, und wären ihrerseits demokratisch rechenschaftspflichtig.

So wäre eine demokratische Wirtschaft vorstellbar, in der die Leitung von Unternehmen und die Tüftung von Investitionen nicht mehr, wie heute, im privaten Profitinteresse einiger weniger und ungeachtet der Bedürfnisse der Arbeitenden und der Allgemeinheit geschieht. Stattdessen würden die Belegschaften in ihren Unternehmen kollektiv und selbstbestimmt über Mittel und Ziele ihrer Arbeit entscheiden und ein öffentliches Finanzsystem die Investitionsflüsse so lenken, dass sie den demokratisch ermittelten Prioritäten der Gesellschaft entsprechen.

Das Problem Nummer eins

Doch bevor es dazu kommen kann, müssen wir erst noch das Problem der Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie lösen: In Schweden scheiterte sie am Widerstand bürgerlicher Zeitungen und rechter Sozialdemokraten. Und auch bei Jeremy Corbyn und Bernie Sanders setzten die Reichen, die Mächtigen und ihre Verbündeten in den privaten Medien und

**Geben die
Belegschaften
in den Unternehmen
einmal den Ton an,
ändern sich auch die
Prioritäten und
Ansprüche, welche
»die Wirtschaft« an
»die Politik«
durchgibt.**

den vermeintlich linken Parteien alles daran, zu verhindern, dass sie auch nur die Gelegenheit bekommen, sozialistische Politik umzusetzen.

Die kapitalistische Klasse bekämpft den Sozialismus deshalb so erbittert, weil sie weiß, dass mit seiner Verwirklichung die Welt vergehen würde, in der sie die Macht über die Wirtschaft ausüben und den Reichtum der Gesellschaft privatisieren kann. Dass sich auf der anderen Seite die populäre Unterstützung für den Sozialismus in Grenzen hält, liegt auch daran, dass der Blick der Menschen auf diese Welt, in der sie das Sagen hätten, verstellt ist. Linke politische Programme dürfen nicht einfach in einem Sammelsurium kleinerer und größerer Verbesserungen der Gesellschaft im Sinne der arbeitenden Bevölkerung bestehen. Sie müssen eine einleuchtende Vision einer besseren Zukunft ergeben – und eine demokratische Wirtschaft kann ein zentrales Element dieser Zukunftsvision sein.

Das erfordert auch, den gegenwärtigen Zustand schlüssig und öffentlichkeitswirksam als genau so absurd darzustellen, wie er auch wirklich ist. Denn es ist widersinnig, dass unsere dem Anspruch nach demokratische Gesellschaft praktisch unwidersprochen unzählige kleine diktatorisch regierte Enklaven beherbergt, die zudem mit ihren gezielten Desinformationskampagnen gegen progressive Steuerpolitik, sozialstaatliche Leistungen und gesetzliche Mindestlöhne die Substanz gelebter Demokratie untergraben.

Die Privatdiktatoren in ihren Unternehmensimperien werden Maßnahmen zur Demokratisierung der Wirtschaft nicht weniger erbittert bekämpfen als linke Fiskal- oder Sozialpolitik – im Zweifel eher mehr. Dennoch hat die Wirtschaftsdemokratie den Vorteil, nicht einfach nur den Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, welcher der arbeitenden Bevölkerung zufällt, auf Kosten der vermögenden Elite zu vergrößern. Zugleich erhöht sie die gesellschaftliche Macht der Arbeiterinnen und Arbeiter im Verhältnis zum politischen Gewicht des privaten Kapitals. Denn dieses schwindet, je mehr sein ausschließliches Kommando über die Wirtschaft aufgehoben wird.

Geben die Belegschaften in den Unternehmen einmal den Ton an, ändern sich auch die Prioritäten und Ansprüche, welche »die Wirtschaft« an »die Politik« durchgibt. Wirklich im Sinne der Menschen wird selbst ein demokratischer Staat erst dann handeln können, wenn auch die Wirtschaft demokratisiert ist. 7





Von unten

sieht alles ganz anders aus

Die Horrorfilmnächte meiner Kindheit
sind immer noch leichter zu verkraften als die
Missachtung der Linken für die Armen.

TEXT Christian Baron
ILLUSTRATION Marie Schwab

Als kleiner Junge durfte ich Horrorfilme sehen. Wenn meine Mutter nicht zu Hause war, holte mein Vater meinen Bruder und mich aus dem Bett, und dann lehrten uns Stephen-King-Verfilmungen vor dem Fernseher das Fürchten. Der Clown in *Es*, die Untoten aus *Friedhof der Kuscheltiere* oder die Geistesranke in *Misery* ängstigten mich, wie sie wohl jedes Kind ängstigen würden. Wie kann ein Vater so etwas tun? Das war die Frage, die sich mir immer stärker aufdrängte, je älter ich wurde. Als Sohn eines Möbelpackers und einer Hausfrau entstamme ich einem Milieu, über das sich die Leute gemeinhin ihren Teil denken. Mich trugen verschiedene Umstände bis zu einem Universitätsabschluss; und je mehr studierte Menschen aus studierten Elternhäusern mein soziales Umfeld bevölkerten, umso häufiger dachte ich an die Gruselfilmnächte.

Es ging mir nicht in den Kopf, warum dieser Mann in Kauf nahm, seine Kinder zu traumatisieren. Nach dem Abspann eines jeden dieser Filme schlief ich schlecht oder gar nicht. Jahrelang musste meine Mutter allabendlich unter dem Bett nachsehen, den Schrank durchsuchen und die Schlafstübentür offen-

stehen lassen. Mir fiel aber auch immer wieder ein, wie ich gegenüber meinen Schulfreunden in mannhafter Pose mit Horrorfilmwissen prahlte und mich dafür bewundern ließ, Szenen ausgehalten zu haben, die sie frühestens im späten Jugendalter würden ertragen können. Irgendwann, es ist erst ein paar Jahre her, kam mir dann ein unerhörter Gedanke: Was, wenn mein Vater sich in diesen Stunden von seiner besten Seite zeigte? Waren die Flimmerkistengräuel letztlich nichts anderes als – Liebesbeweise?

Mein Vater war ein Mensch, der in Vollzeit schuftete und unter dem viel zu geringen Lohn litt – denn seinen Kindern konnte er darum nichts bieten. Das hielt ihn im Alkoholismus, und es trieb ihn oft in die Gewalt; doch ebenso war er zu einer Herzenswärme fähig, die sich erst auf den zweiten Blick als solche herausstellte. Wem aus materiellen Gründen die Möglichkeit verwehrt bleibt, dem Sohn ein Musikinstrument samt Unterrichtsstunden oder der Tochter eine Skifreizeit in den Alpen inklusive Sportausrüstung zu schenken, der muss sich mit dem Alltagsglück begnügen. Das kann dann in einem Stephen-King-Filmabend für Kinder bestehen, der aus bildungsbürgerlicher Sicht nichts Gutes an sich hat. Aus der Perspektive »von unten« sieht selbst das scheinbar eindeutig Verwerfliche ganz anders aus.

Diesen Blickwinkel öfter einzunehmen, täte in diesen Zeiten vor allem dem Teil der gesellschaftlichen Linken gut, der die Diskurse bestimmt.

Verachtung für die eigenen Leute

In den Debatten der Gegenwart geht es wild durcheinander zwischen Identitäts- und Klassenpolitik, zwischen »einfachen Leuten« und »Lifestyle-Linken«, zwischen linker Häme für Kritikerinnen und Kritiker der herrschenden Pandemiepolitik und einem bürgerlichen Streit um den Klassismus-Begriff. Es gibt zumindest eine Partei in Deutschland, die Menschen in der Klassenlage meines Vaters ein attraktives Politikangebot unterbreitet. Hätte die Linkspartei das alleinige Sagen im Land, dann wären Mindestlohn und Renten armutsfest, es würde von oben nach unten umverteilt, und überhaupt wäre das gute Leben nicht mehr ein Privileg der Bessergestellten. SPD und Grüne wiederum, die vor knapp zwanzig Jahren als Regierungsparteien einen grausamen Sozialabbau vorantrieben, arbeiten ihre jüngere Vergangenheit auf. Sie sind inzwischen sogar bereit, einige Schandtaten der Agenda 2010 zurückzunehmen. Allein, was bringt es ihnen?

Zahlreiche Umfragen und Studien zeigen, dass Erwerbslose und Niedriglöhner – also das ärmste Drittel der Bevölkerung – kaum mehr eine der linken Parteien wählen. Besonders die Spitze der Linkspartei steht diesem Paradox ratlos gegenüber. In einem Abschiedsinterview – das sie bezeichnenderweise mit der *Zeit* führte, die vor allem von Zahnärzten und Studienräten gelesen wird – beklagte die aus dem Amt geschiedene Parteichefin Katja Kipping im Februar: »Unsere Ideen sind so gut, dass wir zweifellos sein müssten.« Dem lässt sich schwer widersprechen. Einerseits. Andererseits provoziert dieser Satz eine mögliche Antwort auf die große Frage nach dem Warum. Wenn einer Partei im Angesicht ihres Misserfolgs nichts mehr einfällt, als die Schuld auf die vermeintlich dummen Leute zu schieben, die das Parteiprogramm nicht kapieren, dann verweist das auf ein anderes Paradox: Offenbar lehnen Teile der Linken die Menschen ab, die sie zu vertreten vorgeben.

Das ist kein exklusives Kennzeichen der Linkspartei. Die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken erfand im vergangenen Jahr unter dem Beifall vieler Linker die Bezeichnung »Covidioten« für all jene, die gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung

demonstrieren. Da schwingt die Unterstellung mit, diese Menschen seien dumm. Und dumm zu sein, das ist im gesellschaftlichen Bewusstsein seit Jahrzehnten eng mit einem Leben in Armut verknüpft. Der ideologische Kitt der Bundesrepublik besteht in dem Mythos, jeder könne in diesem demokratischen Staat alles aus eigener Kraft erreichen, wenn er oder sie sich nur genug anstrengt. Nicht zuletzt die Sozialdemokratie hat viel getan, um diesen *alternative fact* nachhaltig im Denken der Menschen zu verankern. Darum ist die längst widerlegte Behauptung noch immer wirkmächtig. Armut gilt als selbstverschuldete Folge individueller Dummheit und Faulheit.

Wer einen Begriff wie »Covidioten« erfindet, tut das im vollen Bewusstsein aller klassenpolitischen Implikationen gegen »die da unten« – und das ungeachtet der Tatsache, dass nur selten die Armen gegen die Corona-Maßnahmen demonstrieren, sondern überwiegend ökonomisch Abgesicherte, die in vielen Fällen soziale Abstiegsangst empfinden. Aufschlussreich ist darum auch, dass Esken ihre Wortschöpfung zuerst auf Twitter verbreitet hat – einem sogenannten sozialen Medium, das nur nur 1,4 Millionen Menschen in Deutschland aktiv täglich nutzen. Darunter befinden sich fast alle politisch und medial Mächtigen, fast gar nicht jedoch die »einfachen Leute«, um die sich die Debatten drehen.

Der Regierung sind die Armen egal

Die Maßnahmen der Regierung zur Pandemiebekämpfung treffen in Armut lebende oder von Armut bedrohte Menschen am härtesten. Ökonomisch bedeutet das die Vernichtung von Existenzen. Von jenen, die im Kleingewerbe tätig waren und wegen des Dauerlockdowns im Zusammenspiel mit bürokratischen Hürden bei den »Corona-Hilfen« bereits pleite gegangen sind, war zuletzt noch recht viel die Rede. Dazu gehören aber auch Leute, denen es bereits vor Ausbruch der Pandemie dreckig ging. Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren Europas. Der Mindestlohn ist so gering, dass Millionen Menschen trotz Vollzeiterwerbstätigkeit ihr Einkommen mit Hartz IV aufstocken müssen, um zumindest halbwegs über die Runden zu kommen.

In der Pandemie zeigt die Regierung erneut, wie egal ihr die Armen sind. Das lässt sich gut am Beispiel Jockels zeigen: Seit dem ersten Lockdown hält er sich tagsüber meist im Hof seines Wohn-

blocks auf. Gerade im Winter war das kein Spaß, doch der Alleinstehende erträgt es nicht lange in seiner kleinen Bude. Er lebt seit zwanzig Jahren am Kalkofen, einem »sozialen Brennpunkt« in meiner Heimatstadt Kaiserslautern in Rheinland-Pfalz. In den meisten Wohnungen gibt es weder Dusche noch Badewanne, auch keinen Warmwasseranschluss und keine Zentralheizung. Wer es sich leisten kann, setzt auf Elektroheizer, deren Betrieb aber ganz schön ins Geld geht.

Im Frühjahr, wenn die Stromrechnung fällig wird, können viele die Kosten nicht stemmen, und die Stadtwerke drehen ihnen den Saft ab. So erging es 2020 auch Jockel. Ein Dreivierteljahr später stand der Endsechziger noch immer den lieben langen Tag frierend im Freien. Die Kanzlerin und ihre Ministerpräsidenten mögen das große Wort der Solidarität gern im Mund führen, aber Menschen wie Jockel fallen bei ihnen noch immer durch sämtliche Netze. Erst nachdem ein Fernsehteam des ARD-Politmagazins

Report Mainz wiederholt im Kalkofen gedreht hatte, wurde Jockel der Saft wieder aufgedreht.

Damit hat er es im Vergleich zu manch anderen noch gut: Obdachlose mussten zuletzt nicht nur dem Winter trotzen, sondern werden sich auch weiterhin dauerhaft einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen müssen. Dabei wäre es ein Leichtes, sie alle in Einzelzimmern der pandemiebedingt leerstehenden Hotels unterzubringen, was bislang nur vereinzelt geschieht. Leicht wäre es auch, Strom- und Gassperren ebenso zu untersagen wie Zwangsräumungen bei Zahlungsverzug der Mieterinnen und Mieter. Die Selbstmordrate ist bei Erwerbslosen zwanzig mal höher als bei Erwerbstätigen. Reiche Frauen leben gut acht, reiche Männer sogar knapp zehn Jahre länger als ihre von Armut betroffenen Geschlechtsgenossen. Etwa 30 Prozent aller in Armut lebenden Männer werden nicht älter als 65 Jahre – im 21. Jahrhundert, mitten in Deutschland. Arme sind überdurchschnittlich oft krank, sie leben auf engem Raum und arbeiten oft ohne ausreichenden Gesundheitsschutz.

Wer einen Begriff wie »Covidioten« erfindet, tut das im vollen Bewusstsein aller klassenpolitischen Implikationen gegen »die da unten«.



Der ganz normale Albtraum

Linke Bescheidwiser mögen da nur abwinken: Wen wundert es denn, dass diese neoliberale Regierung die Armen verachtet? Allerdings gibt es seit bald anderthalb Jahren in der deutschen Politik nur noch eine rechte Opposition. Während Linke und Grüne halbherzig ihre pflichtschuldigen Dreißig-Sekunden-Statements in den *ARD-Tagesthemen* abgeben (»Die sollten endlich mal das Parlament befragen, bevor sie Gesetze und Maßnahmen erlassen!«), stellte die AfD ihren jüngsten Parteitag unter das Motto: »Deutschland. Aber normal.« Wer etwas über die Verachtung vor allem der Linksliberalen für »die da unten« erfahren will, möge einmal bei Twitter die auf diesen Slogan gemünzten Hashtags aufrufen. Denn im Spott über das Parteitagsmotto der Rechten offenbart sich auch ein Unverständnis für all jene, die sich nach »Normalität« sehnen. Denn diese lehnen Linke rundweg ab. Sie wollen ja gerade eine andere Welt als die »Normalität« vor der Pandemie.

Für studierte Linke mit behüteter Herkunft bedeutet Wandel, dass sie sich weiterentwickeln, neuen Herausforderungen stellen und eine bessere Welt erkämpfen können. Für Niedriglöhner und jene, die ihren Rest von Wohlstand zu verlieren drohen, bedeutet Wandel in aller Regel, dass sie gefeuert

werden. Gut für die Linken, erst recht aber für die Gesellschaft, dass die AfD so ihre Schwierigkeiten hat, diese Menschen trotz ihrer Rufe nach »Normalität« dauerhaft an sich zu binden. Der rassistische, sexistische und ausbeuterische Standard, für den die AfD steht, ist glücklicherweise nicht mehrheitsfähig. Allerdings wählen die meisten dieser »einfachen Leute« auch nicht eine der anderen Parteien. Sie gehen stattdessen immer häufiger gar nicht zur Wahl.

Meine Tante arbeitet in Kaiserslautern als Reinigungskraft in einer Spielothek. Seit November 2020 durfte sie an keinem einzigen Tag ihrer Lohnarbeit nachgehen. In der Pandemie hat sie Schulden angehäuft, die ihr nachts schlimmere Albträume bereiten als mir früher jeder Stephen-King-Marathon. Wir sprechen beinahe täglich, und sie stellt kluge Fragen: Warum werden die Armen nicht bevorzugt geimpft? Wo ist die Kritik der Linken an Ausgangssperren und anderen Grundrechtseinschränkungen, die für Menschen in kleinen Wohnungen ohne Balkon oder Landsitz kaum erträglich sind? Warum gibt es keine kostenfreien FFP2-Masken und Schnelltests für Arme? Wieso zur Hölle musste sie im Internet in Facebook-Einträgen von Linken die Behauptung lesen, es habe noch keinen »echten Lockdown« gegeben? Meine Tante hat seit 2005 stets die Linkspartei gewählt. Heute weiß sie nicht, ob sie es wieder tun wird. Sie ist nicht Teil der Homeoffice-Elite. Sie muss um ihr ökonomisches Überleben bangen – und fühlt sich verhöhnt.

Eine gemeinsame Sprache

Anstatt sich der Lebenslagen dieser Menschen anzunehmen und eine Sprache zu finden, die auch Leute wie meine Tante erreicht, beschäftigt sich die Linke fast nur noch mit sich selbst. Sie hat ihre Insidersprache perfektioniert, kann aber nicht mehr wirksam nach außen kommunizieren. Da ist von »Heteronormativität« und »Intersektionalität« die Rede, von »Care Revolution« und »Gentrifizierung« – Worte, die eher die Klugheit des Sprechers unterstreichen als die Menschen außerhalb der linken Blase erreichen sollen.

Ein wesentlicher – das heißt: der in der Öffentlichkeit überwiegend wahrgenommene – Teil der Linken argumentiert vom Standpunkt der Utopie einer gerechten Gesellschaft mit globaler Verbundenheit und maximaler Freiheit für alle. An diesem Maßstab misst er jede Äußerung und jede

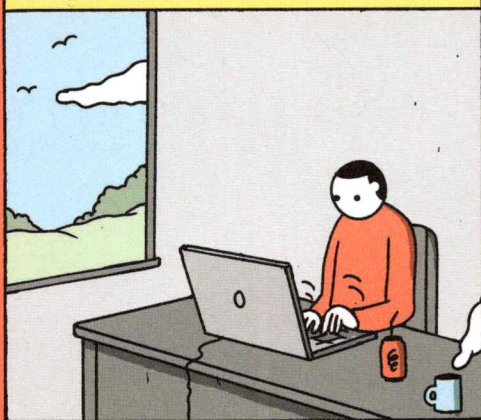
Handlung, die ihm unterkommt. Die Arbeiterklasse hingegen hält seit langem einen Leistungsbegriff hoch, der einem sozialistischen Begehren fremd ist. Respekt, Anerkennung und den Anspruch auf Hilfe knüpft diese Vorstellung an die Bereitschaft, seine Haut brav zu Markte zu tragen.

Die Linke hat ihre Insidersprache perfektioniert, kann aber nicht mehr wirksam nach außen kommunizieren.

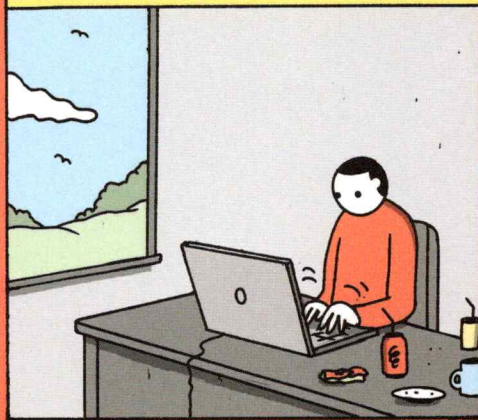
Gewerkschaften erreichen seit jeher Lohnsteigerungen am besten durch den Verweis auf einen »fairen Anteil am Wohlstand«, den die Beschäftigten mitgeschaffen haben. Sie knüpfen an die Tradition der protestantischen Arbeitsethik an. Staatliche Leistungen für Erwerbslose und Geflüchtete erscheinen in dieser Logik allerdings oft nicht etwa als Grundrechte, sondern als Ursachen einer zu hohen Abgabenlast. Um etwas an diesen Vorstellungen ändern zu können, muss die Linke aber fähig sein, durch solche Herrschaftsfilter zu sprechen. Allein mehr Solidarität mit den Schwächsten zu fordern, reicht in dieser Debattenlage nicht aus. Erst recht ist es fatal, alle Menschen als »Rassisten« oder »Vollidioten« abzukanzeln, die mit den aktuellen linken Parolen nichts anfangen können.

Wer mit Leuten spricht, die um ihre Arbeit oder ihre Gesundheit fürchten und die so arm sind, dass sie nicht wissen, wie sie die nächste Woche überstehen sollen, der hört den stummen Schrei nach linken Politikerinnen und Politikern, die nicht auf sie herabblicken. Im kurzen sozialdemokratischen Zeitalter gelang vor Jahrzehnten eine Allianz aus linken Intellektuellen, klassischer Arbeiterschaft und liberalbürgerlicher Mittelklasse. Der Neoliberalismus hat sie schrittweise pulverisiert. Wie schwer es wäre, dieses Band zu erneuern, erlebe ich als Grenzgänger zwischen den sozialen Milieus seit Jahren am eigenen Leib. Aber gibt es dazu eine Alternative? 7

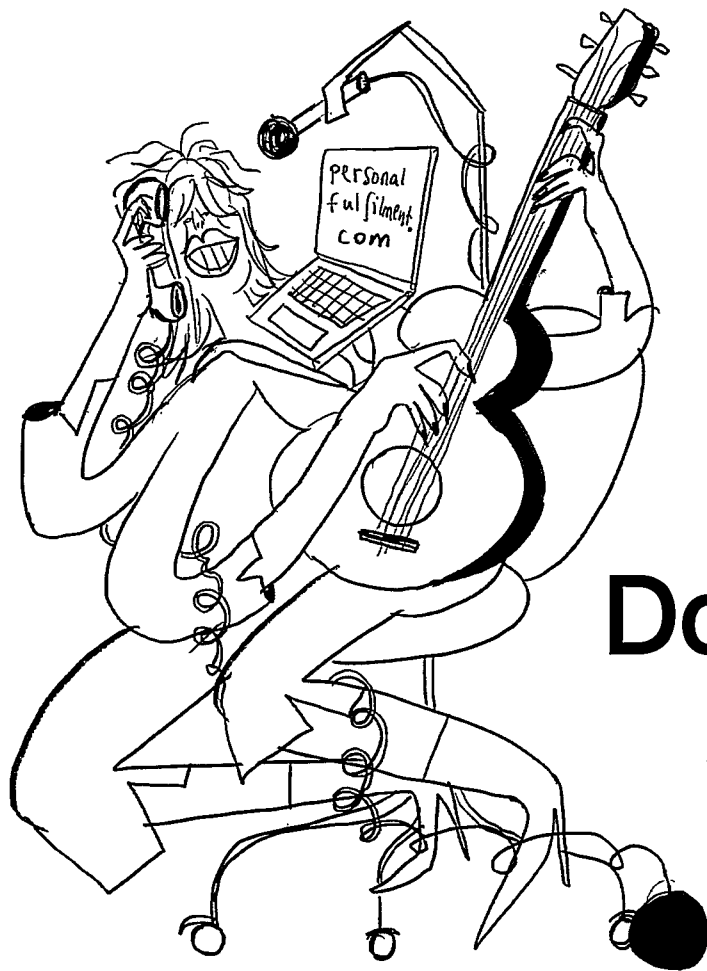
WORK HARD.



PLAY HARD.



War and Peas



Die Suche nach dem Traumjob ist eine Sackgasse. Abseits der Arbeit findet das Leben statt.

Dolly Parton hat uns verraten

TEXT Astrid Zimmermann
ILLUSTRATION Marie Schwab

Der Wunsch, im Job Erfüllung zu finden, ist ein verständlicher Gegenreflex auf die dröge Routine der Festanstellung in Vollzeit. All jenen, die an letzterem zu verzweifeln drohten, hat die Countrysängerin Dolly Parton im Jahr 1980 mit »9 to 5« eine Hymne geschrieben: »It's a rich man's game ... and you spend your life putting money in his wallet« – ein Leben lang hängt man sich rein in die Arbeit, aber am Ende kassiert der Chef die Profite, die in den unteren Etagen erwirtschaftet werden. Die Frustration darüber sitzt tief. Denn Arbeitszeit ist Lebenszeit.

Vier Jahrzehnte später hat sich einiges verändert. Wer auf der Arbeit unzufrieden, angeödet, überlastet oder unterbezahlt ist, hat sich schlichtweg für den falschen Job entschieden – so lautet die zeitgeistige Diagnose über Frust am Arbeitsplatz. »Hustle harder« ist das Mantra der Stunde: Wenn Du Dich nur mehr anstrengst und Deine Leidenschaft

zum Beruf machst, kannst Du Dich von der Monotonie und Ausbeutung der Erwerbsarbeit befreien. Der Ausweg aus der Entfremdung ist also nicht etwa die Emanzipation von der Lohnarbeit, sondern was? Genau: noch mehr Arbeit.

Anfang 2021 hat Dolly Parton ihren Klassiker von 1980 diesem neuen Zeitgeist angepasst. Aus »9 to 5« wird »5 to 9« – hier wird die Feierabendschicht besungen, die man nach dem Achtstundentag noch freiwillig hinterher schiebt, um dem eigenen Traumjob näher zu kommen: »Change your life, do something that gives it meaning, ... 5 to 9, you keep working, working, working«. Aus einer Arbeiterinnen-Hymne gegen Plackerei und miese Entlohnung wurde so eine Liebeserklärung an die Arbeit, die die völlige Entgrenzung des Arbeitstags zum Ideal erhebt.

Heute arbeiten wir härter, länger und für weniger Geld. Der Anteil an Teilzeitstellen, Dauerbefristungen und Mehrfachbeschäftigungen steigt stetig an. Das ist alles kein Zufall. Denn parallel zur Entstehung des neuen Arbeitsethos hat sich auch die

Arbeitswelt verändert. Die Idee eines Jobs, der so traumhaft ist, dass man ihm liebend gerne nachgeht, pervertiert die Revolte von 1968, die sich dagegen auflehnte, dass wir den Großteil unserer Lebenszeit damit verbringen, einer Tätigkeit nachzugehen, die wir als entfremdend und bevormundet erfahren. An die Stelle der Forderung nach Freiheit und Entfaltung traten »Flexibilisierung« und »Eigeninitiative« – groteske Euphemismen für die aggressive Zersetzung des fordistischen Klassenkompromisses der Nachkriegszeit, der den höchsten Grad an Beschäftigungssicherheit, steigende Löhne und geregelte Arbeitszeiten garantierte.

Die Vorstellung eines Jobs, von dem man sich gern vereinnahmen lässt, ist verführerisch. Doch wir sollten uns vergegenwärtigen, dass nicht die Sehnsucht nach diesem Ideal, sondern vielmehr der Widerstand gegen die Vereinnahmung unseres Lebens durch die Arbeit den sozialen Fortschritt angetrieben hat: Arbeitskämpfe wurden nicht zuletzt im Widerstand gegen die Entgrenzung des Arbeitstags geführt – mit dem Ziel, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in jene klar definierten vertraglichen Verhältnisse zu gießen, die nun seit Jahrzehnten erodieren.

In Wirklichkeit hat uns die Liebe zum Job nichts zu bieten. Wenn Arbeit vorgibt, der Entwicklung der eigenen individuellen Talente und Fähigkeiten zu dienen, und nicht etwa dem Broterwerb, wird Arbeit zum Selbstzweck. Das lässt uns Zustände akzeptieren, die wir unter anderen Umständen niemals hinnehmen würden – in der Hoffnung auf ein diffuses Gefühl der Selbstwirksamkeit. So schleift die Liebe zum Job den Zumutungen des Arbeitsalltags die scharfen Kanten ab.

Nicht Erlösung in der Arbeit, sondern von ihr

Hat man sich von dem Mantra des Traumjobs, der sich gar nicht anfühlt wie Arbeit, erst einmal einlullen lassen, vergisst man darüber nach und nach, dass man eben nicht aus reiner Freude arbeitet, sondern für einen Lohn. Es geht nicht darum, abzuerkennen, dass man das, was man tut, durchaus sinnvoll finden

kann. Aber Lohnarbeit bleibt Lohnarbeit. So zu tun, als würde sich das ändern, wenn man nur mit genug Liebe und Leidenschaft an die Sache rangeht, schadet uns allen. Denn es entwertet die Arbeit, die wir tatsächlich leisten.

Die Erwartung, dass Arbeit unserem Leben Sinn verleihen soll, spiegelt die sehr menschliche Sehnsucht nach Entfaltung, Selbstbestimmtheit, Zeitsouveränität – kurz: einem weniger entfremdeten Leben. Doch die endlose Suche nach dem perfekten Job verhindert auch, dass wir uns als Akteurinnen eines gemeinsamen Klasseninteresses

begreifen. Wer das Glück hat, seine Erwerbsarbeit gerne auszuüben, ist angehalten, sich in Dankbarkeit über dieses Privileg zu ergehen und keine anmaßenden Ansprüche zu stellen. Wer hingegen in seinem Job unzufrieden ist, soll sich einen anderen suchen. Das lässt uns vereinzeln. Anstatt uns gemeinsam Freiräume von der Arbeit zu erkämpfen, damit wir alle genug Zeit haben, um das zu tun, was wir wirklich lieben – ganz egal, ob sich damit Geld verdienen lässt oder nicht – wird nun die Arbeit selbst zum Fluchtpunkt der Erlösung.

Von Hingabe allein ist noch niemand satt geworden. Die wahnhaftige Suche nach der Selbstentfaltung am Arbeitsplatz hat uns überarbeitet und unterbezahlt zurückgelassen. Die Entsicherung der Arbeitsverhältnisse, der die Idealisierung des »Side Hustle« unternehmerischen Glamour zu verleihen versucht, hat die Ausbeutung am Arbeitsplatz nur verschärft. So eintönig das Leben der Nachkriegsjahre mit einer soliden Vollzeitstelle auch gewesen sein mag – besser wird's nicht. Zumindest nicht im Kapitalismus.

Was wir brauchen, ist nicht mehr Liebe zur Arbeit, sondern größere Kontrolle über die Verhältnisse, in denen wir arbeiten. Den meisten Menschen bietet die Lohnarbeit nicht die idealen Umstände zur Entfaltung des Selbst – und daran wird sich erst einmal nicht viel ändern. Daher lohnt es sich, dafür zu kämpfen, dass sie so wenige Stunden unseres Lebens wie möglich einnimmt. Dafür ist es hilfreich, mit einem weniger verklärten Blick auf die Arbeit zu schauen. So, wie es uns Dolly Parton vor vierzig Jahren schon einmal vorgemacht hat. ⑦



**Wollen
wir wirklich
Arbeitern
beim Arbeiten
zusehen?**



Vom Kino über die Klassengesellschaft können wir mehr erwarten.

TEXT Wolfgang M. Schmitt
ILLUSTRATION Andreas Faust

Die Arbeit und jene, die sie verrichten, sind im Hollywoodfilm stark unterrepräsentiert. Darüber wird selten gesprochen, obwohl die Diskurse um Repräsentation derzeit sehr dominant sind. Inzwischen haben Preise wie die Oscars, aber auch einige deutsche Filmförderinstitutionen Diversity unter ihre Kriterien aufgenommen. Dabei liegt der Fokus auf *gender* und *race*, die Kategorie *class* jedoch spielt überhaupt keine Rolle – weder am Set noch auf der Leinwand wird eine Arbeiterquote verlangt. Dass der Proletarier Jack in *Titanic* untergehen muss, das Upper-Class-Girl Rose aber gerettet wird, und der Haijäger und Kriegsveteran Quint in *Der Weiße Hai* von eben diesem gefressen wird, der Akademiker Hooper und der Polizeichef Brody hingegen überleben, ist typisch für Hollywoods Umgang mit der Arbeiterklasse.

Zwar stammen einige Hollywood-Größen selbst aus dem Proletariat – wie der in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsene Tom Cruise –, jedoch täuschen solche Aufstiegsgeschichten kaum darüber hinweg, dass in der Filmindustrie häufig clan-artige Strukturen vorherrschen. Familiendynastien, die mitunter noch auf Stummfilmzeiten zurückgehen, sorgen in Hollywood dafür, dass auch der mindertalentierte Nachwuchs zum Star gemacht wird. Darüber hinaus ist der Besuch einer Schauspiel- oder Filmhochschule häufig nur für eine privilegierte Schicht erschwinglich, da es zu wenig öffentlich finanzierte Institutionen gibt. Dass die Absolventinnen wenig Bezug zur Lebenswirklichkeit von Werktätigen, Reinigungs- und Servicekräften haben, scheint einerseits einleuchtend, andererseits aber wird ihre Alltagserfahrung auch nicht mit jener von Aliens und Superhelden übereinstimmen, welche trotzdem fortwährend repräsentiert werden.

Was, wenn die weitreichende Abwesenheit von Arbeiterinnen und deren Arbeitsleben gar nicht so sehr soziologisch, sondern vielmehr filmisch und

rezeptionsästhetisch zu erklären ist? Bevor wir über Hollywood schimpfen, sollten wir deshalb zunächst uns selbst mit einer unangenehmen Frage konfrontieren: Wollen wir im Film wirklich Arbeiter arbeiten sehen?

Plackerei zur Primetime

Am 31. März dieses Jahres ereignete sich auf Prosieben ein besonderer Fernsehabend: Joko Winterscheidt und Klaas Heufer-Umlauf präsentierten die komplette Arbeitsschicht der Krankenpflegerin Meike Ista im Knochenmarktransplantationszentrum des Universitätsklinikums Münster. 402 Minuten – ohne Werbeunterbrechung – zeigte die von Ista umgeschnallte Bodycam, wie sie Utensilien desinfiziert, Handschuhe an- und auszieht, Pflaster wechselt, Patienten hilft und ihnen Mut zuspricht. Näher konnte man als Fernsehzuschauer dem Arbeitsalltag in der Pflege nicht kommen. Selbstverständlich wurde die Sondersendung in erster Linie als Statement rezipiert – als ein Aufschrei für bessere Bedingungen und höhere Löhne im Pflegeberuf. Dem lässt sich nichts als zustimmen – widmen wir uns also einer anderen Frage: Wer hat sich das wirklich angesehen?

Laut Quote viele: im Durchschnitt 730.000 Menschen. Mit 16 Prozent Marktanteil bei den 14- bis 39-Jährigen war Prosieben sogar der erfolgreichste Sender in der Zielgruppe. Zahlen sagen hier aber wenig aus. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer mit der Fernbedienung demonstrierten wollten, dass sie – im Gegensatz zur herrschenden Politik – die Pflegearbeit würdigen. Niemand würde sich sonst freiwillig Stunde um Stunde einen Arbeitsalltag ansehen, der aus vielen Routinen und Wiederholungen besteht und keiner klassischen Spannungsdramaturgie folgt. Es ist schlichtweg langweilig. Und würde der Privatsender nun jede Woche auf diese Art einen anderen Berufsalltag vorstellen, lägen seine Quoten rasch im nicht mehr messbaren, unteren Bereich.

Nun wird man dagegenhalten, dass DIY-Videos sehr beliebt sind, in denen Menschen basteln und bauen. Oder denken wir auch an die Videos, in denen man Maschinen dabei beobachten kann, wie sie Felder pflügen. Solche Videos werden natürlich nicht der Spannung wegen rezipiert, sie sind visuelle Beruhigungsmittel. In Asien gibt es den Trend, dass man Menschen dabei zusehen kann, wie sie am Schreibtisch arbeiten, was einen selbst aus der ewigen Prokrastination befreien soll – es handelt sich im Prinzip um virtuelle Coworking-Spaces. Wie aber ist es mit dem Reality-TV, das gelegentlich Hebammen oder Polizisten bei der Arbeit zeigt? Davon abgesehen, dass diese Formate vor allem der Nebenbeiunterhaltung dienen und nicht den konzentrierten Zuschauer voraussetzen, sind die Sendungen dramaturgisch stark aufbereitet: Man setzt auf Storytelling, dramatisiert selbst Nicht-Ereignisse und arbeitet mit Stereotypisierungen.

Das europäische Kunstkino hat immer wieder versucht, Arbeit und Arbeiter möglichst naturalistisch zu zeigen. Solche Werke wurden bisweilen mit überschwänglicher Begeisterung von einem Publikum aufgenommen, das ähnlich wie das von Prosieben verführt, insofern es die Botschaft, nicht das Werk rühmt – mit dem Unterschied, dass jenen Cinephilen die dargestellten Arbeitswelten beinahe exotisch erscheinen müssen, während sich vor dem TV wohl recht viele Zuschauerinnen und Zuschauer unmittelbar identifizieren konnten. Die film- und medienwissenschaftlichen Debatten über den politischen Gehalt des dokumentarischen oder zumindest unverstellten, ungeschönten Blicks auf prekäre Arbeit füllen unzählige Sammelbände.

Die »Betroffenen« wissen von diesen Filmen hingegen nichts – die Glücklichen! Wenn ich mir auf Filmfestivals, in Programmkinos und in einsamen Sitzungen vor dem Fernseher daheim stundenlang ansah, wie Menschen aus aller Welt Brotteig kneten, Schafe scheren, Alte waschen, Dächer decken, an Fließbändern Ausschussware herausfischen, dann fragte ich mich häufig: Ist das die ausgleichende Gerechtigkeit? Die einen müssen diese Arbeit tun, die anderen sie sich ansehen? Jedenfalls sollte man niemals von einem Arbeiter verlangen, dass er sich am Feierabend eines harten Tages einem solchen Film aussetzt.

»Aber Ken Loach!«, werden nun manche einwenden. Zweifelsohne ist der britische Regisseur ein Meister des sozialen Dramas. Loach ist immer dann

genial, wenn er seine Filme – wie etwa in *Looking for Eric* oder *Angel's Share* – fürs Poetische öffnet und Utopien konkret werden lässt, oder wenn er wie in *Ich, Daniel Blake* die Solidarität der Unterdrückten beschwört. Hingegen wird es fade, wenn er schlicht die Ungerechtigkeit des Kapitalismus abbildet – wie in *Sorry We Missed You*, der die Schufterei eines gegängelten Paketboten begleitet. Ein wichtiger Film – das ist schnell gesagt –, doch fragt sich für wen. Mein Paketbote, der mir die DVD brachte, wird ihn sich jedenfalls nicht ansehen. Und ich weiß

Ist das die
ausgleichende
Gerechtigkeit?
Die einen müssen
diese Arbeit tun,
die anderen sie
sich ansehen?

ohnehin Bescheid – trotzdem habe ich den Film beim reichsten Mann der Welt bestellt.

1986 veröffentlichte die Science-Fiction-Autorin Ursula K. Le Guin den Essay »Die Tragetaschentheorie des Erzählens«, in dem sie erläutert, dass die Geschichten des Abendlandes nahezu allesamt von Helden und ihren Taten handeln, andere Formen der Arbeit dabei jedoch nicht vorkommen. »Es ist schwer, eine wirklich packende Geschichte davon zu erzählen, wie ich erst einer wilden Haferpelze ein Haferkorn abgerungen habe und dann noch einer und dann noch einer und dann noch einer

und dann noch einer«, schreibt sie. Gleiches lässt sich auch für die additive Struktur sowohl des Prosieben-Events als auch des Loach-Films sagen. Dennoch hält Le Guin das Schreiben solcher Geschichten für erstrebenswert, da ein Roman eigentlich wie eine Tragetasche sei, in dem sich völlig unheroisch alles sammeln ließe. Das mag sein, Adalbert Stifter bewies es im *Nachsommer*, und auch Peter Handke schreibt grandios über das Pilzesammeln. Für den Unterhaltungsfilm aber – und nur dieser wird unter heutigen Bedingungen die Arbeiterklasse erreichen – ist eine spannende Handlung unabdingbar. Spannend aber sind nur drei Formen der Darstellung: Ausnahmezustand, Allegorisierung und Widerstand.

Klassenkämpfe in Hollywood

Im ersten Fall werden Leben und Arbeit in einer Notsituation gezeigt. Michael Bays *Armageddon* und Wolfgang Petersens *Der Sturm* sind Arbeiterfilme par excellence, insofern sie die körperliche Arbeit als systemrelevant exponieren. Bay lässt Arbeiter von einer Bohrsinsel zu Astronauten umschulen, damit sie auf einem auf die Erde zurasenden Asteroiden eine Atombombe platzieren können. Und Petersen lässt nicht nur ausgebeutete Tagelöhner heldenhaft gegen einen Wirbelsturm kämpfen, sondern auch fragen: Warum müssen eigentlich Fischer auf hoher See ihr Leben riskieren, während der im Trockenen sitzende Kapitalist, nämlich der Schiffseigentümer, den Mehrwert einsteckt?

In der Pandemie ist längst klar geworden, dass die Bundesregierung – in enger Abstimmung mit »der Wirtschaft« – wie der Ausbeuter in *Der Sturm* verfährt: Die prekär Beschäftigten müssen an die Front, um Profite zu erwirtschaften, und infizieren sich folglich wesentlich häufiger – den Unternehmern hingegen will man nicht einmal eine Schnelltestpflicht zumuten.

Das bringt uns zur zweiten Darstellungsform: der Allegorisierung. *Parasite* von Bong Joon-ho ist zum einen ein atemberaubender Thriller und zum anderen ein Lehrstück im Brecht'schen Sinne, das die kapitalistischen Verhältnisse so glänzend analysiert, dass es auch ein nicht mit der Marx'schen Theorie vertrautes Publikum begreift. Dabei nimmt *Parasite* die aktuelle Krise vorweg: Nach einem Unwetter steht die gesamte Wohnung der armen Familie unter Wasser und sie verliert ihr letztes Hab und Gut, während die hoch über der Stadt lebende

reiche Familie sich freut, dank des heftigen Regens endlich einmal wieder richtig frische Luft atmen zu können. Dem entsprechen heute die vielen Artikel und TV-Sendungen, in denen Promi-Intellektuelle schwärmen, dass man während des Lockdowns herrlich entspannen und entschleunigen könne.

Allegorisch arbeitet auch Boots Rileys *Sorry to Bother You*, der von einem schwarzen Mitarbeiter eines Callcenters handelt, der seine Stimme »weiß« klingen lassen muss, um erfolgreich zu sein. Doch damit nicht genug: Längst arbeitet die Geschäftsleitung daran, ein Mensch-Pferd-Mischwesen zu züchten, das produktiver als jeder Arbeiter ist. Die Ungleichheit wird hier genetisch manifestiert. Davor warnte bereits Francis Fukuyama in seinem Weckruf *Das Ende des Menschen*: Die Idee der Gleichheit könnte für immer passé sein, wenn wir erst solche Menschen mit Satteln auf dem Rücken und Stiefeln und Sporen an den Füßen züchten können.

In *Sorry to Bother You* kommt es außerdem zum Arbeitskampf, was uns zur dritten Darstellungsform führt: dem Widerstand. Der Film ist nicht dazu da, die Wirklichkeit – auch nicht die von Arbeiterinnen – bloß zu verdoppeln. Vielmehr soll er eine Alternative aufzeigen. Spannung entsteht, wo Arbeiter aufbegehren, sich widersetzen, revoltieren. Das kann wie in Spike Lees *Chi-Raq* ein Sexstreik von Chicagoer Frauen sein: Damit die Gewaltherrschaft der Männer endet, verweigern sie die Reproduktionsarbeit. Oder denken wir an Jim Carrey, der in vielen Filmen den idealen Büroangestellten verkörpert, bis plötzlich etwas den Alltag unterbricht und Carrey zum Beispiel als Kreditberater in *Der Ja-Sager* nichts mehr verneinen kann und nun jedes Darlehen bewilligt oder in *Die Truman Show* bemerkt, dass die bunte Konsumwelt ein falsches Bewusstsein erzeugt und bloß eine Simulation ist.

Erst durch die Reibung entsteht gutes Kino, das auch jene erreicht, die gern mehr Lohn, kürzere Arbeitszeiten, kurzum: ein besseres Leben hätten. Die Hoffnung ist nicht unberechtigt, dass der populäre Arbeiterfilm eine kritische Reflexion nicht nur über die ungerechten Verhältnisse, sondern auch über die Ideologie der Kulturindustrie ermöglicht. Wenn es in Brechts berühmtem Gedicht »Fragen eines lesenden Arbeiters« heißt: »Wer baute das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen«, könnte die eines sehenden Arbeiters bald lauten: Wer baute die Waffen, Rüstungen und Spaceshuttles der Marvel- und DC-Superhelden? 7



Die revolutionäre Komponistin

Wie Ethel Smyth der Frauenbewegung
des 19. Jahrhunderts eine Stimme gab.

TEXT Anna Schors
ILLUSTRATION Andy King

London, 1912: Im Hof des Frauengefängnisses Holloway marschieren frisch inhaftierte Frauenrechtlerinnen kampfeslustig auf und ab. Dabei singen sie die offizielle Hymne der Women's Political and Social Union – einer militanten Organisation, die sich für das Frauenwahlrecht stark macht: »Shout! Shout! Up with your song! Cry with the wind for the dawn is breaking!« schmettern sie im Chor aus voller Kehle.

Ethel Smyth, Schöpferin des *March of the Women*, blickt von einem der oberen Zellenfenster wohlwollend zu ihnen hinab und schlägt mit ihrer Zahnbürste vergnügt den Takt dazu. Nach einer Großaktion, bei der rund 150 Aktivistinnen fast 300 Schaufensterscheiben im Londoner Westend ein-

geschlagen hatten, war auch sie verhaftet worden. Smyths Steinwurf war dem Herzen des British Empire gefährlich nahe gekommen und hatte es immerhin bis durch das Fenster des britischen Kolonialsekretariats geschafft.

Mit ihrem stürmischen Naturell und ihrer Vorliebe für Tweed-Anzüge und Herrenhüte hatte Smyth schon auf so mancher feinen Teegesellschaft für Naserümpfen gesorgt. Als Mitglied der Suffragetten-Bewegung erlebte sie nun endlich Kameradschaft mit Gleichgesinnten. Später bemerkte sie süffisant, dass sie sich während ihrer zweimonatigen Gefängnisstrafe zum ersten Mal in ihrem Leben in wirklich guter Gesellschaft befunden hätte. Aus dem Munde von jemandem, der bereits in jungen Jahren die Bekanntschaft von Johannes Brahms, Edward Grieg und anderen Superstars der kulturellen Elite

gemacht hatte, ist das ein kaum zu überschätzendes Lob.

Als Neunzehnjährige hatte Smyth ihren Eltern unter Einsatz eines radikalen Hungerstreiks einen Bildungsaufenthalt in Deutschland abgetrotzt. Doch das Kompositionsstudium in der Musikstadt Leipzig enttäuschte sie. Besonders ärgerte sie sich darüber, dass sich die gesamte deutsche Musikwelt widerspruchslos vor Johannes Brahms in den Staub warf. Sein demonstratives Desinteresse an ihren Erstlingswerken und seine grundsätzliche Geringschätzung gegenüber Frauen trieben sie zur Weißglut. Ihr Leben lang erzürnte sie sich über solche Gatekeeper, die aus Angst vor künstlerischer Konkurrenz Frauen den Weg in musikalische Berufe versperrten.

Zwar hatte die Ausnahmekünstlerin Clara Schumann – Klaviervirtuosin und Ehefrau des Komponisten Robert Schumann – bereits erfolgreiche Pionierarbeit geleistet, doch Smyth wollte mehr als den Status einer komponierenden Gattin. Sie wollte in den großen Konzertsälen als hauptberufliche Komponistin anerkannt werden. Schumann hatte sich auf die kleine Form der Kammermusik beschränkt: Klaviersonaten oder Lieder hatten noch am ehesten die Chance, im Rahmen kleiner Salons der Leipziger High Society aufgeführt zu werden. Außerdem bedeuten große Formen wie Opern oder Symphonien lange, ausdauernde Schreibtischarbeit. Dafür ließen die Verpflichtungen einer Hausfrau und Mutter wenig Zeit. Das könnte mit ein Grund dafür gewesen sein, warum Smyth, die ohnehin offen lesbisch lebte, sich niemals in den wirtschaftlich komfortablen Hafen einer bürgerlichen Ehe zu retten versuchte. Fest steht, dass sie vor den großen, dramatischen Formen nicht zurückscheute und der Nachwelt mehrere Orchesterwerke und ganze sechs Opern hinterließ.

Auch die Heldinnen in Smyths Opern lassen sich vom Patriarchat nicht die Butter vom Brot nehmen. In *The Wreckers* setzt sich die junge Thirza gegen die Doppelmoral der Männergesellschaft zur Wehr. Diese Gesellschaft bereichert sich, indem sie vorsätzlich Seefahrer in die Irre führt, sodass ihre Schiffe an den Riffen zerschellen und ihre Ladungen ausgeplündert werden können. Um die Schiffer zu

warnen, entzündet Thirza ein Leuchtfeuer und bewahrt sie so vor dem sicheren Tod.

In Smyths naturmythischem Musikdrama *Der Wald* steht die geheimnisvolle Einsiedlerin Jolanthe im Zentrum. Sie ist eine wahre Femme fatale und bringt den jungen Holzfäller Heinrich mit ihrer sexuellen Freizügigkeit ziemlich in Verlegenheit. Ihr humoristisches Pendant finden Thirza und Jolanthe in der Figur der Witwe Waters, Protagonistin der komischen Oper *A Boatswain's Mate*: Einen geldgierigen und aufdringlichen Heiratskandidaten schlägt diese einfach mit ihrem Revolver in die Flucht. Mit derselben Vitalität besticht auch Smyths musikalische Sprache: In großen selbstbewussten Klängen und farbenreicher Orchestrierung entfaltet sie eine wilde und schwelgerische Schönheit – ohne dabei jemals sentimental zu sein.

Kein Wunder, dass viele in dieser energiegeladenen Engländerin mit ihrem unerschrockenen Willen zur Größe eine Wegbereiterin für die feministische Sache sa-

hen. Als Dank für ihre Verdienste schenkte ihr die Chef-Suffragette Emmeline Pankhurst einen vergoldeten Taktstock. Auch die 24 Jahre jüngere Schriftstellerin und Autorin des Essays *Ein eigenes Zimmer*, Virginia Woolf, fand bewundernde Worte für Smyth: »So ehren wir sie nicht nur als Musikerin und Schriftstellerin, sondern auch als eine Felsensprengerin und Brückenbauerin«. Smyth und Woolf schrieben sich bis an ihr Lebensende fast täglich Briefe.

Was bleibt von Ethel Smyths Vermächtnis? Trotz überbordender Schaffenskraft gelang es ihr nicht, sich dauerhaft im Kanon der klassischen Musik zu verewigen – denn die gläserne Decke besteht für Frauen bis heute. Auf den Opernbühnen dieser Welt ist weibliche Autorschaft eine Ausnahmeerscheinung: Die Werkstatistik des Deutschen Bühnenvereins verzeichnet für die Saison 2017/18 gerade mal achtzehn Frauen unter den insgesamt 321 gespielten Komponistinnen und Komponisten. Man kann nur hoffen, dass Smyths schillernde Persönlichkeit mehr und mehr aus dem Schatten des Vergessens treten und anderen Arbeiterinnen der Künste Lust auf die ganz große Oper machen wird. ⑦

Mit ihrem stürmischen Naturell und ihrer Vorliebe für Tweed-Anzüge und Herrenhüte hatte Smyth schon auf so mancher feinen Teegesellschaft für Nase-rümpfen gesorgt.



Schreib mit, Jungfrau, eine Sternschnuppe brachte gerade eine Nachricht für Dich rein. Speicher eine Notiz in Dein Handy oder kleb ein Post-it in Dein Portemonnaie. Die Nachricht lautet: »Es gibt hier kein Ziel zu erreichen.« Nutze diese Worte als Gegenzauber zu der Rastlosigkeit, die Dich in diesen Tagen erfüllt. Du kannst ihn so oft wiederholen, wie Du ihn brauchst.



In Siedlerkolonien wie den USA ist es unter bestimmten Linken üblich anzumerken, welche Bevölkerung einst lebte, wo man gerade steht. Was weißt Du, Zwilling, von den Stämmen, die einst in Neukölln, Schaffhausen oder Schwäbisch Gmünd siedelten? Stell Dir vor, wie diese Leute sich mit Moos bewarfen, Tiere jagten, die heute ausgestorben sind, wie sich junge und alte Leute beim Tanzen umarmten und morgens grantig zum grauen Himmel aufsahen. Sie taugen nicht für lahmes Germanentum. Aber an sie zu denken kann Dir in diesen verwirrenden Wochen helfen, auf dem Boden zu bleiben. Das Allermeiste war schon – oder kommt erst noch. Schnitz Deine Zwillie und erleg Dein Reh. Dann geh nach Hause und schlaf.



Du weißt, dass sich alles ändern muss, Stier. Aber wie? Ich glaube, dass Dir in diesen Tagen ein Zitat des Architekten Richard Buckminster Fuller auf die Sprünge hilft: »Man verändert die Dinge nicht, indem man das Bestehende bekämpft. Willst Du etwas verändern, dann entwickle ein neues Modell, das das bestehende Modell überflüssig macht.«



Fische-Philosoph Paul Ricœur beschrieb sein Verhältnis zum Glauben einmal als »einen Unfall, den eine fortwährende Entscheidung in ein Schicksal verwandelt hat«. Ich glaube, dass diese Worte auf vieles anwendbar sind, das Dir wichtig ist. Vertief Dich in diesen Wochen in die Unfälle Deiner Beziehungen, Deiner Arbeit, Deines politischen Handelns. Und verwandle sie unerschrocken in Schicksal.



Glaube ich daran, dass die physikalische Gravitation ferner Sterne irgendwie unser Leben lenkt? Um Gottes Willen, nein! Aber es ist richtig und schön, dem Kosmos als einer sinnvollen Ordnung zu begegnen. Seit Anbeginn der Zeit steigen die Leute in Sommernächten von ihren Mopeds und schauen in den Himmel. So macht man sich die Welt zum Zuhause, kleiner Steinbock. Geh raus und schalt auf Flugmodus.



Rundumtalent und Waage Donald Glover ist als Sänger unter dem Namen Childish Gambino bekannt. Er erhielt ihn durch einen Wu-Tang-Clan-Namensgenerator im Internet. Die Sterne sagen mir, dass auch Du Dir dringend einen Wu-Tang-Namen zulegen solltest. Hier: tinyurl.com/wu-namez. xo, Misunderstood Commander

Luna

Winters

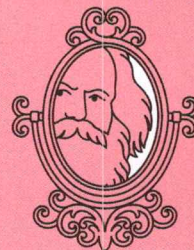


A red-ink illustration of a young boy with curly hair, wearing a simple tunic. He is holding a large, ornate key with both hands. The key has a decorative head and a long, straight shaft. The boy is looking down at the key with a focused expression. The background is plain white.

Das Universum bereitet derzeit einen extrem ausgeklügelten Witz vor, dessen Protagonistin Du bist, Schütze. Vielleicht ist er so versponnen, dass Du ihn gar nicht verstehen wirst. Aber wenn Du aufmerksam Durch Deine Tage gehst, erwischst Du vielleicht die Pointe. Sie ist wirklich gut.



Impressum



JACOBIN ist eine führende Publikation der sozialistischen Linken. Wir bringen Euch scharfe und lesbare Analysen zu Politik, Wirtschaft und Kultur. 2011 in New York geboren, erscheint JACOBIN auf Englisch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch – und seit Mai 2020 auch auf Deutsch.

***Jetzt abonnieren
unter jacobin.de/abo***

Abo (Druck)

35 € (Deutschland),

45 € (EU),

55 € (International)

Soli-Abo (Druck)

55 € (Deutschland),

65 € (EU),

75 € (International)

Abo (Digital)

20 € (Deutschland),

20 € (EU),

20 € (International)

Soli-Abo (Digital)

40 € (Deutschland),

40 € (EU),

40 € (International)

Einzelheft

10 € (DE), 12 € (AT), 14 CHF (CH)

V.i.S.d.P.

Chefredaktion: Ines Schwerdtner

schwerdtner@jacobin.de

Kontakt zur Redaktion:

redaktion@jacobin.de

Bildrechte

S. 22/23: Austrian National-library / unsplash

S. 38/39: Tran Phu / unsplash

S. 54/55: Hamid Samanian / unsplash

S. 80 oben: akg-images /

© NMHM/SCIENCE SOURCE

S. 80 unten: Albrecht Dürer / Wikipedia

S. 81: Triumph des Todes, Pieter Bruegel der Ältere / Wikipedia

S. 82: Bartolomé de las Casas, Kupferstich von 1552

S. 83 oben: IMAGO / KHARBINE-TAPABOR

S. 84 oben: Nebelspalter vom 2. November 1918, Zeichnung von Fritz Boscovitz

S. 84 unten: Eero Järnefelt – Unter dem Joch (Wikimedia Commons)

S. 85 oben: Mill Valley Public Library, Lucretia Little History Room / Annual Dipsea

S. 85 unten: Rensselaer County (New York) Tuberculosis Associat

S. 86: Natalie Ng / unsplash

S. 87: Antonio Cruz / Agência Brasil (Wikimedia Commons)

Druck

Papier: Enviro Clever U, 100 %

Recycling aus Altpapier,

Blauer Engel

Druckerei: Oktoberdruck GmbH,
Grenzgrabenstraße 4,
13053 Berlin

Versand

Heftwerk / OML GmbH & Co. KG,
Holzhauser Str. 140i, 13509 Berlin

Anzeigen

Ole Rauch

rauch@brumaireverlag.de

Buchhandel

Buchhandelsbestellungen:

bestellungen@brumaireverlag.de

Verlag

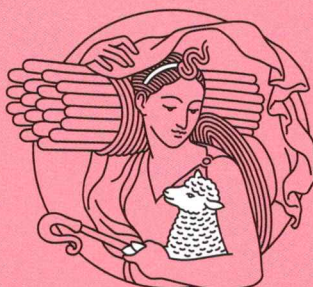
Brumaire Verlag GmbH

Geschäftsführer: Ole Rauch,
rauch@brumaireverlag.de

Brumaire Verlag
Erkelenzdam 59/61
10999 Berlin

www.brumaireverlag.de

© Brumaire Verlag

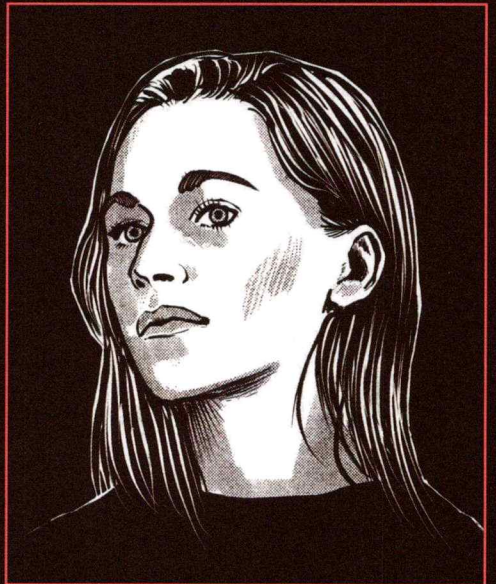


STOLEN

Das Buch der linken
Star-Ökonomin **Grace Blakeley**
jetzt auf Deutsch.

STOLEN deckt auf, weshalb die Wirtschaftspolitik nach der Finanzkrise vor allem dem obersten 1 Prozent zugutekam, und warum uns nur der demokratische Sozialismus vor einem neuen Crash und der Klimakatastrophe bewahren kann. Eine unverzichtbare Lektüre.

»Bringt Ihnen bei, wie Sie mit Ihren Kindern über Marxismus sprechen.« — **Financial News**



Brumaire

brumaireverlag.de



*Work,
work,
work,
work,
work,
work*

— Rihanna

10 € (DE), 12 € (AT), 14 CHF (CH)

ISBN 978-3-948608-17-0



9 783948 608170 >